1,00 DM

nr. 3

April 1973



INHALTSVERZEICHNIS

Kontaktadressen mitarbeitender Gruppen:

BREMEN: Proletarische Front c/o Gerd Stalljes, 28 Bremen, Kirchbachstraße 144
FRANKFURT: Revolutionärer Kampf, Postadresse: c/o S.C., 6 Ffm 1, Postfach 4202
Lotta Continua c/o Fischer, 6 Ffm, Bornheimer Landstr.64
HAMBURG: Proletarische Front c/o Renate Schmitt, 2 Hamburg 20, Haynstraße 3
KÖLN: Arbeiterkampf c/o Das politische Buch, 5 Köln 41, Zülpicher Str. 197
MÜNCHEN: Arbeitersache c/o Basis-Buchhandlung, 8 München 13, Franz-Josef-Straße 26
NÜRNBERG/ERLANGEN: Friederike Pfannenmüller, 852 Erlangen, Hindenburgstraße 17
WÜRZBURG: c/o Kollibri, 87 Würzburg, Ursulinergasse 2



WIDERSTAND IST MÖGLICH !

Am 19. März besuchen Genossen vom Häuserrat und Bewohner bestreikter Häuser eine Sitzung des Bauausschusses der Stadt Frankfurt im Römer, bei der über das weitere Schicksal des Viertels um den Kettenhofweg herum (im Westend) entschieden werden soll. Dieses Viertel soll nach den Plänen der Stadt vollständig abgerissen werden und befindet sich bis auf einige wenige Häuser bereits in den Händen der Großspekulanten. Der Häuserrat will nicht mehr mit den Stadtverordneten diskutieren, sondern ihnen nur noch einmal demonstrieren, daß das Viertel und die darin liegenden besetzten und bestreikten Häuser nicht freiwillig aufgegeben werden. Diskussionen, die sich über Jahre erstreckt haben, konnten an der Spekulation im Westend nichts ändern, die Stadt hatte sie nie ernst genommen!

Weiterhin wurden Wohnhäuser verslumt, wurden Ausländer zu Wuchermieten darin zusammengepfercht, unbewohnbar gemacht, abgerissen und Bürohochhäuser errichtet, die den Spekulanten Millionengewinne brachten. Dagegen wollte nun der Häuserrat in der Bauausschußsitzung protestieren.

'NIEMAND BESCHÄFTIGT SICH MEHR MIT DEM HÄUSERRAT ALS DIE POLIZEI' PRAHLT DIE FRANKFURTER RUNDSCHAU.

Am nächsten Tag überschlägt sich die Presse: „Gewalt im Römer!" „Prügelei im Stadtparlament!" „Gewaltsamer Angriff auf die parlamentarische Demokratie!" Was war geschehen? Die Bewohner der besetzten und bestreikten Häuser haben außerhalb der Tagesordnung einen Beitrag über die Zusammenarbeit von Magistrat und Spekulanten vor dem Ausschuß verlesen. Das kalte Büffet der Stadtverordneten wird aufgegessen und als ein CDU Stadtrat die Polizei holen will, wird er daran gehindert. Zudem werden die Ölschinken ehemaliger Frankfurter Oberbürgermeister, die dort an der Wand hängen, und die in der Vergangenheit die Bodenspekulation in Frankfurt kräftig gefördert haben, mit roter Farbe verschönert. Das war der anarchistische Terror im Römer!

Sämtliche Rathausparteien sprechen von einem „kriminellen Angriff auf die Demokratie" und Ober-

bürgermeister Arndt kramt in schlimmen Kindheitserinnerungen: er bezeichnet die Aktion im Bauausschuß als faschistischen Terror, „den es abzuwehren gilt, um kein neues 1933 zu erleben!" Sein Zynismus ist nicht mehr zu übertreffen: während bezahlte Schlägerbanden der Großspekulanten mietstreikende Ausländer terrorisieren, während Arndts Polizei dabei kräftig mitmischt, indem sie z. B. eine italienische Familie, die in einem Kellerloch für 300,- Miete hausen muß, und die in eine freiwerdende Wohnung im selben Haus eingezogen war, mit Gewalt in den Keller zurücktrieb, während das Wohnungsamt den Großspekulanten im Gebiet Kettenhofweg genehmigte, frei werdende Wohnungen in den mit Ausländern vollgestopften Häusern einfach zuzumauern, während die Gerichte Räumungsbefehl auf Räumungsbefehl aussprachen und während ein Hochhaus nach dem anderen die Zusammenarbeit von Stadt und Spekulanten jedem einsichtig macht, spricht Arndt vom faschistischen Terror des Häuserrats!

Tags darauf wird die Hetzkampagne des Magistrats noch verstärkt. Arndt: „Mit kriminellen Anarchisten wird nicht mehr verhandelt!" Jetzt wird nur noch hart durchgegriffen und geräumt. Das Räumungsverfahren durch den Gerichtsvollzieher gegenüber dem besetzten Haus Kettenhofweg 51, das gewöhnlich vier bis sechs Wochen in Anspruch nimmt, wird beschleunigt. Das Gerücht geht um, daß stündlich geräumt werden kann. Polizeipräsident Müller: „Wenn der Gerichtsvollzieher uns um Amtshilfe bittet, werden wir räumen."

In den nächsten Tagen stehen jeden Morgen mehrere hundert Genossen um 5.00 Uhr vor dem besetzten Haus im Kettenhofweg. In der Nacht zum 21.3. wird ein Genosse von Bullen im Westend festgenommen. Er soll in seinem Auto angeblich Molotowcocktails dabeigehabt haben. Am nächsten Tag in BILD: „Bomben in Frankfurt!" Man spricht von Resten der Baader-Meinhof Gruppe, von Terrorzentren in den besetzten Häusern. Die Polizei erwirkt einen Durchsuchungsbefehl für die Wohnung des Genossen. Jetzt wird Staatsmacht demonstriert: 300 Bullen umstellen das Haus, halten für bald eine Stunde sämtliche Bewohner gefangen, finden nichts in der Wohnung, nichts im Haus und stürzen sich deshalb gleich auf das nächste Haus. Dort wird ein Ausländer, der sich nicht ausweisen kann gefunden, und mit ihm als Trophäe wird abgezogen.

Am nächsten Tag ist der Genosse wegen mangelnden Tatverdachts wieder frei, wenn die Genossen, die morgens am Kettenhofweg stehen nicht einfach zu BM-Terroristen stilisiert werden können, so macht die Presse doch eine Diebesbande daraus, die morgens Brötchenfahrer anhält und bestiehlt. Der Bäckermeister dementiert selbst am nächsten Tag in der Zeitung, kommt wieder vorbei und diesmal schenkt er uns Brötchen. Aber die Atmosphäre für eine Politik des harten Knüppels war jetzt geschaffen. Die Räumung konnte anlaufen, ohne daß der Magistrat sich vor einer Massensolidarisierung fürchten mußte.

28.3.

ROTER MITTWOCH



RUDI ARNDT

WIR HABEN DICH GEWARNT

Häuserrat kündigt weitere Aktionen an

Der Oberbürgermeister erstattet Strafanzeige

↑ AM MITTWOCH IST DIE FR SCHON WIEDER SEHR ZURÜCKHALTEND, FÜR IHRE VERHÄLTNISSE ↓

Eineinhalb Seiten in Schreibmaschine wollten 50 Hausbesetzer aus dem Westend am Montagabend den „werten Damen und Herren" des städtischen Bauausschusses per Megaphon zu Gehör bringen. Doch statt Argumenten wurden Prügel und rote Farbe verteilt, eine Brötchenplatte geplündert, drei Bürgermeisterbilder mit Farbe beschmiert. Das gewaltsame „Go-in" im Römer veranlaßte OB Rudi Arndt zu einer Strafanzeige, Frankfurts FDP zum Ruf nach Sicherheit und Ordnung im Rathaus — den Rat der bestreikten und besetzten Häuser im Westend zu der an die empörte Öffentlichkeit gerichtete Frage: „Was sind schon ein paar verschmierte Ahnenbilder gegen die Zerstörung eines ganzen Stadtteils."

Am Dienstag gibt der Gerichtsvollzieher den offiziellen Räumungstermin für das besetzte Haus im Kettenhofweg bekannt. Mittwoch, 28. Marz, 1o.oo Uhr. Zu dieser Zeit finden sich am nächsten Tag etwa 600 Genossen vor dem Haus ein, um die Räumung zu verhindern. Diesmal sind sehr viele Lehrlinge dabei, die zum Teil die Berufsschule haben ausfallen lassen und Schüler, KPD, Spitzel. Als nach zwei Stunden noch immer nichts von Gerichtsvollzieher und Polizei zu sehen ist, beschließen wir in die Innenstadt zu ziehen und dort gegen die Räumung und die Bodenspekulation zu demonstrieren. Auf der Hauptwache hält der Demonstrationszug und über Lautsprecher wird die Demonstration den Passanten erklärt. Als wir nach 1o Minuten die Zeil hochziehen, tauchen plötzlich mehrere Hundertschaften Bullen mit Wasserwerfern, Schildern und Schlagstöcken vor uns auf und beginnen sofort wie wild draufloszuprügeln. Kein Stein war bis dahin gefallen! Die Demonstration wird zerschlagen, die Bullen knüppeln wie wild auf alles ein, was vor ihnen davonläuft, auch auf Passanten. Wir haben die ersten Schwerverletzten. Ein Grüner hat sich zu weit vorgewagt, plötzlich ist er allein mit uns und seinem Gummiknüppel, der ihm nun nicht mehr viel nützt. Auch er ist reif für das Krankenhaus: Am nächsten Tag gibt die Polizei den Grund für die Prügelei an: die Demonstration hat den Verkehr behindert! Zur gleichen Zeit genehmigt die Stadt dem Grundstücksspekulanten Göbel die Sperrung einer ganzen Straße für über eine Woche, um einen Baukran von seinem Hochhausriesen im Westend abmontieren zu können, den er mehrere Stockwerke höher gebaut hat, als genehmigt.

Nach der Zerschlagung der Demonstration sammeln sich alle wieder vor dem besetzten Haus im Kettenhofweg 51. Als bekannt wird, daß die Bullen anrücken, werden spontan Barrikaden gebaut. Sie haben allerdings mehr symbolischen Charakter — ein paar Mülleimer und -kippen aus der Nachbarschaft u.ä.. Ein zweites Mal werden wir uns heute nicht wehrlos verprügeln lassen. Steine werden gesammelt, Gehwegplatten ausgegraben und zerbrochen, Latten und Knüppel besorgt. Um 15.00 Uhr greifen die Bullen unter dem Hagel von Steinen an. Erst als der Wasserwerfer die Barrikade durchbricht, können die Grünen vorrücken. Den Kettenhofweg können die Bullen schnell räumen. Aber der Kampf geht jetzt in den zahlreichen Nebenstraßen weiter. Der Schwerpunkt der Auseinandersetzung liegt dann an der Ecke Bockenheimer Landstr.-Liebiegstr. Immer wieder werden die Bullen mit Steinen eingedeckt, sie schlagen bei ihren zahlreichen Vorstößen erbarmungslos alle zusammen, derer sie habhaft werden können. Keiner von uns hat jetzt noch Bedenken Steine zu werfen, wir wehren uns massenhaft gemeinsam gegen den Bullenterror. Wasserwerfer und Bullenautos sind von Steinen zerbeult, die Scheiben zum Teil eingeworfen, die Reifen bei manchen Autos ohne Luft. Die Polizei hat mittlerweile mehrere Verletzt auf ihrer Seite, der Widerstand im Westend hält an.

Es ist vor allem die Unterstützung der Bevölkerung, die viele von uns davor schützt, zusammengeschlagen und festgenommen zu werden.

- ein zusammengeknüppelter Genosse wird kurz vor seiner Verhaftung von Köchinnen einer Großküche gerettet; drinnen wird er verbunden und bekommt zu essen.
- Angestellte befreien einen Genossen aus dem Griff der Polizei, andere bewerfen die knüppelnden Schläger in Uniform mit Blumentöpfen und Kaffeetassen von ihren Büros aus.
- ein Arbeiter rettet einen Genossen und wirft den anstürmenden Bullen noch schnell eine Rolle Stacheldraht vor die Beine.
- ein Hausmeister versteckt mehrere Genossinnen vor den Bullen, die ein Nachbarhaus mit gezogener Pistole nach flüchtigen Demonstranten durchsuchen und hilft ihnen anschließend in Sicherheit, usw.

Andrerseits schlagen die Bullen auch wahllos auf Passanten und Westendbewohner ein:

- in einem Versicherungsgebäude werden Kunden zusammengeschlagen.
- ein Arzt, der Verletzten (und zwar Bullen!) zu Hilfe kommen will, wird mit Knüppeln zusammengeschlagen und am nächsten Morgen um 6.00 von den Bullen besucht, die ihn wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt festnehmen wollen!
- Leute, die in einer Kneipe zu Mittag essen, werden mit Knüppeln nach draußen getrieben.
- eine türkische Arbeiterin, die im Kettenhofweg wohnt, wird von den Bullen blutig geschlagen und kommt schwerverletzt in ein Krankenhaus usw.

Bullen und Magistrat wissen mittlerweile nicht mehr was sie tun. Von SPD-Stadtverordneten werden die Bullen über Funk aufgefordert, nur das notwendigste zu tun und die Straßenschlacht nicht ausufern zu lassen. Die Bullen entgegnen, daß sie dies nicht können, da sie immer wieder angegriffen werden. Der Polizeiapparat hat sich verselbständigt, keiner hatte mit einem so harten und langen Widerstand gerechnet. Über tausend Demonstranten wehrten sich einen Nachmittag lang mit Erfolg ihrer Haut. Das besetzte Haus wurde an diesem Tag nicht angetastet.

Genossen und Passanten waren verletzt und verhaftet worden. Die Bullen gaben 38 Verletzte an, davon mehrere schwer. Ein spanischer Genosse, der festgenommen wurde, hatte noch einmal „Glück" gehabt: die Bullen schlugen ihn im Auto zusammen und warfen ihn dann auf die Straße — er ist damit einer möglichen Ausweisung entgangen! →

Beitrag zum Teach-in KATHARINENKIRCHE 28.3.73

(gehalten kurz bevor die Prügelei auf der Zeil begann).

Die Arroganz der SPD ist nicht mehr zu übertreffen! Unser Landesvater Osswald steht am 21. März auf dem Balkon des Römer und weiß nichts besseres zu sagen, als: „Nun von hier oben sieht Frankfurt ja ganz menschlich aus, direkt idyllisch."

Wir wissen, daß das nicht stimmt. Wir müssen nämlich in dieser Stadt leben. Wir müssen mit den Problemen hier unten fertig werden, die dadurch entstehen, daß diese Bonzen da oben unfähig sind, eine menschliche Stadt zu schaffen. Sie müssen eine Politik der Reichen betreiben und folglich ist Frankfurt auch nur menschlich allenfalls für Reiche.

Das wird ganz deutlich, wenn man einige Ereignisse der letzten Zeit betrachtet: Vorige Woche besucht Ministerpräsident Osswald die türkischen Familien in der Westendstraße 60, die dort wirklich in beschissenen Löchern wohnen, so daß selbst die Rundschau sich erschüttert abwenden muß. Osswald klopft ihnen freundlich auf die Schulter. Sonst nichts! Kein Wort über den Mietstreik, den die Bewohner in der Westendstraße seit rund 60 Tagen führen. Kein Wort zu der drohenden Räumung! Kein Wort zu den Ursachen dieses Zustandes. OB Arndt wagt sogar noch darauf hinzuweisen, daß 4000 ausländische Familien so und schlechter leben. Völlig unverschleiert wird das Elend der türkischen Familien dazu verwandt, das soziale Image der SPD aufzupolieren, das gerade in letzter Zeit — auch durch die Arbeit des Häuserrates und der verschiedenen Stadtteilgruppen — stark gelitten hat.

Denn die gleichen Leute, die den Türken Mut zusprechen — obwohl sie ganz genau wissen, daß diesen Familien die Räumung droht — dieselben Leute haben ja durch ihre Politik diesen Zustand erst hervorgerufen. Durch einfaches Handaufheben lassen sie ganze Viertel einfallen, nachdem sie vorher die Spekulanten dazu aufgefordert haben, diese Gebiete aufzukaufen. Die Wahlversprechen der SPD haben sich als glatte Lüge entpuppt. Z.B. besteht im Westend seit Jahren ein Baustopp und trotzdem wird ständig weitergebaut. **Das kommt daher, daß die Stadt auf die Gelder der Spekulanten und Banken angewiesen ist, die diese ihr als Dank für die zahlreichen Ausnahmegenehmigungen in den Rachen werfen.**

Am Abend findet in der Uni ein Teach-In statt. Hier diskutieren wir über unseren Kampf und den Rückhalt, den wir in der Bevölkerung dabei gehabt haben. Berliner KPD-Kader unterbreiten den Vorschlag, noch am gleichen Abend eine Demonstration zum Kettenhofweg 51 zu machen und solange die Straße zu blockieren, bis der Magistrat die Zusicherung gibt das Haus nicht zu räumen. Alle anderen aber meinen, daß es jetzt darauf ankommt den Kampf auch in die anderen Stadtteile zu tragen. So beschließen wir für Freitag ein großes „Spekulanten-Tribunal" an der Hauptwache, für Samstag eine Massendemonstration. Dazu werden am Donnerstag massenhaft Flugblätter vor den Betrieben, vor den Schulen und Berufsschulen, in den Stadtteilen und vor allem am Kettenhofweg verteilt, wo an diesem Tag besonders viel Volk vorbeitobt. In der Presse werden vor allen Dingen die Bulleneinsätze als unbegründet und brutal kritisiert, nur noch am Rande taucht das Gerede von linken Terroristen auf. (Letzte Meldung . . . .)

Freitag früh verbietet OB Arndt Tribunal und Demonstration mit der fadenscheinigen Begründung, wir hätten in einem unserer Flugblätter „Gewalt" verherrlicht. Die Frankfurter „Rundschau am Abend" meldet die Mobilisierung starker Polizeikräfte rund um Frankfurt, BILD kündigt ein blutiges Wochenende an. Damit soll verhindert werden, daß Emigranten und Hausbesitzer öffentlich über den täglichen Terror von Spekulanten und Polizei berichten. Statt des verbotenen Tribunals wird massenhaft auf der Hauptwache bis 11 Uhr nachts diskutiert. Ganze Rudel von verstörten Bullen laufen an der Hauptwache rum, wissen nicht was sie machen sollen – sie hatten eine militante Auseinandersetzung erwartet.

Aufgrund der großen Solidarität der Bevölkerung mit unseren Aktionen muß Arndt die Demonstration dann erlauben. Auf dem Teach-In sind wir uns darüber einig, daß die Demonstration auf jeden Fall stattfindet. Von uns wird keine Gewalt ausgehen, solange die Bullen nicht versuchen uns daran zu hindern zu demonstrieren, wo wir wollen. Der Kampf gegen Spekulation und zu hohe Mieten kann nicht einfach von einem Bürgermeister oder Polizeipräsidenten verboten werden, die zusammen mit Spekulanten ganze Stadtteile entvölkern und in Bürowüsten mit einigen wenigen Luxusappartments verwandeln.

weiter S.4

VOR DEM SAMSTAG:

Die Demonstrationen wurden verboten
Arndt sieht schwarz

Und die Spekulanten machen auch nicht halt vor anderen Stadtteilen, nachdem sie das Westend zu einem toten Stadtteil gemacht haben.

Auch in anderen Stadtteilen wird die alte Wohnbevölkerung aus dem Stadteil in die Randgebiete der Stadt getrieben und die Leute landen dann in solchen lebensfeindlichen Betonkästen, wie z. B. in der Nordweststadt. Denn in den citynahen Gebieten lohnt es sich für die Baulöwen nur, gewinnträchtige Projekte, wie Luxuswohnungen und Bürohäuser zu bauen. In Bockenheim ist schon in allernächster Zeit die Ecke Adalberstraße-Leipzigerstr. dran. Dort wird ein Neckermann-Hochhaus entstehen, sowie ebenfalls teure Eigentumswohnungen und massenhaft Bürofläche.

Die Schanzenbach-Fabrik ist an den Spekulationslüsten ihres ehemaligen Besitzers kaputtgegangen. 800 Arbeiter haben dadurch ihren Arbeitsplatz verloren.

Auch in Bornheim gehts los: Selmi kaufte dort einen ganzen Straßenzug auf. Das Gesetz des großen Geldes zeitigt immer verheerendere Folgen und die SPD-Bonzen in ihren dicken Sesseln können nichts anderes machen, als zu versuchen, durch soziales Gerede diese tägliche Gewalt, die uns trifft, zu verharmlosen. Ein weiteres Beipiel für die Abhängigkeit der SPD sind die Mieterhöhungen bei der Aktienbaugesellschaft „Für kleine Wohnungen" und der Hellerhof-AG, beides sind stadteigene Gesellschaften, in deren Vorständen die SPD die Mehrheit hat. Trotz zweier Parteibeschlüsse war die SPD unfähig die Maßnahmen der Aktienbau und der Hellerhof AG auch nur vorerst zu verhindern. Die Herren von der Aktienbau wollen ihre Finanzmisere auf dem Rücken der Mieter sanieren. (Dazu Bericht in WWA 2)

Doch da hatten sie sich verrechnet! Die Mieter haben sich in vielen Stadtteilen versammelt, haben Mieterräte gebildet und nur durch ihren Widerstand konnten die Mieterhöhungen bis jetzt verhindert werden. Bei dieser Sache haben die Mieter selbst gemerkt, daß die Menschlichkeit dieser Stadt überhaupt nicht existiert und daß sie nur mit gemeinsamem Widerstand ihre Interessen – und zwar gegen die, die sie vorher selbst gewählt haben – durchsetzen können.

Stadtteilgruppe Bockenheim
(Montags 18 h Robert-Mayer Str. 30, Tel: 77 61 61)

Donnerstag, 29.3. (Abendpost/Nachtausg.)

Kampf mit Eisenplatten und „Krähenfüßen"

Kettenhofweg 51: Die Hausbesetzer arbeiten mit allen Mitteln

Pfundschwere Eisenplatten und „Krähenfüße" mit eisernen Zacken nach allen Seiten – die Besatzer des Hauses Kettenhofweg 51 und ihre außerhalb postierten Gesinnungsgenossen führen ihren Kampf gegen Stadtverwaltung und Polizei nicht nur verbal. Als „leichte Artillerie" gelten wohl nur noch Steine, vom kleinen Kiesel bis zu übergroßen Mauerstücken. Mittwoch mittag: Der Kettenhofweg rund um das umkämpfte Haus ist mit Wurfgeschossen, Müll und Möbeln übersät. Die Polizei hat die Seitenstraßen abgeriegelt, doch auf den 100 Metern zwischen den Sperren herrschen die Schwarz- und Rotbehelmten der Besatzergruppe. Sie setzen eigenes Recht.



Es wird geräumt

lf – Oberbürgermeister Rudi Arndt erklärte um 20 Uhr in einem Gespräch mit unserer Redaktion: „Es gibt keinen Zweifel, daß das Haus geräumt wird; ob in dieser oder in der nächsten Woche, das kann ich nicht sagen. Wir lassen uns das Gesetz des Handelns nicht von den anderen aufzwingen." Arndt sagte, er habe immer noch Hoffnung, daß doch noch die Vernunft siegen wird, vor allem mit Rücksicht auf die Tatsache, daß in dem Haus eine große Zahl „brennbarer Stoffe" lagere.

Am späten Abend bestritt Arndt, daß er gegen 20 Uhr mit fünf Hausbesetzern ein Gespräch im Römer über die Möglichkeit einer friedlichen Lösung der Räumung geführt hätte.

↓ Mittwoch, 28.3. ↓



Abendpost/Nachtausgabe, 30.3.73

Der Frankfurter Polizeipräsident nach den Barrikadenkämpfen mit Hausbesetzern:

„Besetzte Häuser entwickeln sich zu einer Brutstätte der politischen Kriminalität"

OB Arndt zieht Demonstrationsverbot für heutigen Samstag zurück

Freitag: Massen Diskussion auf der Hauptwache

Frankfurter Rundschau Samstag, 30.3.

Helm ab für die Diskussion

Polizei griff am Freitag nicht ein

Oberbürgermeister Rudi Arndt hat am Freitagabend, wie ein Polizeisprecher bestätigte, sein Verbot für die am heutigen Samstagmittag geplante Kundgebung des „Rates der besetzten Häuser", der „Roten Hilfe" und des „Revolutionären Kampfes" zurückgezogen. Arndt vertraut auf die Zusage der Demonstrationsveranstalter, zu denen auch der Allgemeine Studentenausschuß (AStA) der Frankfurter Universität gehört, daß die Demonstranten weder Gewalttätigkeiten verüben noch provozieren wollen, sagte der Polizeisprecher am Freitagabend zu der nachträglichen Demonstrationserlaubnis. Die Veranstalter hätten erklärt, die Teilnehmer seien aufgefordert worden, etwaige Wurfgeschosse oder Schlagwaffen nicht zu der Protestkundgebung mitzubringen.



Keiner betrat die Parolen: Die Demonstranten hatten ihre Argumente mit Kreide auf den Boden des Steinwegs gemalt. (FR-Bild: Meisert)

Der "blutige Samstag"



Bevor die Demonstration am Samstag auf dem Opernplatz beginnt, verteilen Bullen Flugblätter in denen sie mitteilen, daß die Demonstration nun doch verboten ist. Auf den Vollzug des Verbots soll verzichtet werden, wenn die Demonstration friedlich verläuft und nicht durch die Innenstadt führt. Während wir durch das Westend ziehen, wächst der Zug von 2000 auf 6000 Demonstranten an. Mit den Parolen:

RUDI ARNDT - BLOSS NET VERGESSE
DES NÄCHSTE HAUS WERD SCHON VERMESSE!

RUDI IST EIN HAMPELMANN
UND DER SELMI ZIEHT DARAN!

JA, WER HÄTTE DAS GEDACHT,
MITTWOCHS GAB'S NE STRASSENSCHLACHT
JA, WER HÄTTE DAS GEDACHT,
DASS DAS KÄMPFEN FREUDE MACHT!

ziehen wir an den besetzten Häusern vorbei zur Innenstadt.

Am Opernplatz angekommen sehen wir, daß die Bullen den Zugang zur Innenstadt mit Sperrketten und tropfenden Wasserwerfern verbarrikatiert haben. Aus Angst, daß sich nicht nur die Mieter des Westends, sondern auch die übrige Bevölkerung mit unserem Kampf solidarisiert, demonstrieren Arndt und Polizeipräsident Müller Staatsmacht. Wir lösen uns in kleine Gruppen auf und ziehen zur Hauptwache, um dort mit der Bevölkerung zu diskutieren. Es sind dort weit über 6000, die ihre Lebensinteressen nicht mehr durch irgendwelche Mauschelpolitiker mit Dienstvillen vertreten lassen wollen, sondern darüber gemeinsam in der Innenstadt- und das heißt auch auf der Straße - diskutieren wollen. Die Bullen lösen die Diskussion mit 7 Hundertschaften unter Einsatz von mehreren Wasserwerfern und Tränengas auf und provozieren damit erneut eine Straßenschlacht. Dieser Bulleneinsatz wird offiziell mit der Blockierung des Verkehrs begründet und damit, daß die Scheiben des Cafe Kranzler eingeschlagen worden seien. Am nächsten Tag sagt der Geschäftsführer des Cafes, daß bei ihm keine Scheiben kaputt gegangen seien! Tatsächlich haben die Bullen den Verkehr schon bei der Errichtung ihrer Sperren umgeleitet. Das Ergebnis des Einsatzes: 73 Verletzte.

weiter Seite 7

FOLTERUNGEN IN FRANKFURTER POLIZEI-GEFÄNGNISSEN

Diese Zeugenaussage über Folterungen in einem Frankfurter Polizeirevier wurde auf einer Versammlung auf der Hauptwache vorgetragen. Die Presse verschwieg sie natürlich.

In der Nacht von Samstag, 31.3.1973 auf Sonntag, 1.4.1973 wurde Konrad Kanppe (37) von mehreren Streifenwagen der Frankfurter Polizei auf der Bockenheimer Landstraße gestoppt, als er einen beschädigten PKW, der sich in seinem Besitz befand, auf einen Abstellplatz transportieren wollte.

Knappe, der keinen Widerstand leistete, wurden Handschellen umgelegt, auf seine Fragen nach dem Grund der Verhaftung wurde ihm mitgeteilt, daß man auf der Wache ein Protokoll anfertigen werde, worüber er sich wundern werde.

Darauf brachte man ihn zum Polizeirevier in der Hammelsgasse, wo er von mehreren Beamten der Polizei offenbar schon erwartet worden war.

Als Knappe sich weigerte, ein vorgefertigtes Protokoll zu unterschreiben, das ihm unterstellte, er habe sich mit seinem PKW auf dem Weg zum Kettenhofweg 51 befunden, um dort das Fahrzeug, in dem sich ein Reservekanister mit 5 l Benzin befand, als Barrikade zu verwenden, (mit dem Benzin habe er geplant, Molotow-Cocktails herzustellen) wurde er im Verlauf von drei Stunden gefoltert: die Handschellen wurden immer enger angezogen, mit gezielten Schlägen in den Magen wurde versucht, ein Geständnis zu erpressen.

Mehrere Male mußte sich Knappe erbrechen, nachdem die Polizeibeamten mit dem Gummiknüppel in seinem Mund herumgestochert hatten. Als Knappe ohnmächtig wurde, versuchte man, ihn durch Wassergüsse ins Gesicht wieder so weit zu bringen, daß man ihn weiter maltraitieren könnte.

Schließlich, als Knappe sich permanent weigerte, die aus der Luft gegriffenen Beschuldigungen durch seine Unterschrift zu bestätigen, wurde er in eine Einzelzelle gesteckt, wo er nach Stunden auf dem Steinfußboden zu sich kam.

Nach einem weiteren Verhör im Polizeipräsidium wurde Knappe auf freien Fuß gesetzt. Er hat das vorgefertigte Protokoll nicht unterschrieben.

Am Montag 12.00 Uhr, nach 36 Stunden Haft und Verhör wurde Konrad Knappe entlassen.

Protokollaufnahme: Rüdiger (ASTA)
Aussage: Knappe



FRANKFURTER ALLGEMEINE, MONTAG, 2.4.73

Eine Stadt braucht Hilfe

Me. Wenn Straßenschlachten zweimal binnen vier Tagen einen Großstadtkern solchermaßen in einen Hexenkessel verwandeln, daß die Feuerwehr den Notstand ihres Rettungsdienstes ausrufen muß, und wenn sich das jederzeit wiederholen kann und nach dem erklärten Willen der anarchistischen Urheber sogar wiederholen soll — dann ist diese Stadt kein geordnetes Verwaltungswesen mehr. Sie braucht Hilfe. Ihre Landesregierung und deren Innenminister müssen Beschlüsse fassen zur Abwehr der Gefahren, die dort die öffentliche Sicherheit und Ordnung bedrohen. Die Zustände in Frankfurt am Main habe die Züge typischer Doppelherrschaft angenommen: Gegen die anarchistischen Gruppen, die als „Rat der besetzten Häuser" oder mit ähnlicher Firmierung auftreten und die Zuzug von auswärts bekommen, kann sich die Stadtregierung nicht mehr durchsetzen; sie versucht, mit ihnen geheime Absprachen zu treffen, was am Ende das Blutvergießen nicht verhindert, weil der Anarchismus die Eskalation braucht.

Der Oberbürgermeister beruft sich schon selbst darauf, daß die Polizeigewalt in seiner Stadt rechtlich die Sache des Bundeslandes Hessen ist. Die nächsthöhere Gewalt ist jetzt am Zuge. Die Lage muß bereinigt werden, denn weder darf heute die Stadt Frankfurt noch morgen irgendeine andere Großstadt der Doppelherrschaft durch Machtergreifung von Rechtsbrechern überlassen werden. Wenn die Frankfurter Bürgerkriegsnester beseitigt sind — das ist jetzt das Vordringliche —, wird freilich auch über die Schuldfrage noch tiefer nachzudenken sein.

Ein Stadtoberhaupt, das es sehenden Auges zu Straßenkämpfen kommen läßt, obwohl sie sich seit langem klar abzeichneten, hat seine Pflichten gegenüber den Bürgern nicht erfüllt. Mag ein Oberbürgermeister, der selbst in seinem Herzen ein Linker ist, sich noch so sehr in einem tragischen Konflikt fühlen: Er muß gegen linksextremistische Rechtsbrecher rechtzeitig und wirksam die Polizei einsetzen. Daran hat es gefehlt. Er hat sich von extremistischen Elementen seiner eigenen Partei, Sympathisanten dieser Rechtsbrecher, im Wege des berüchtigten „imperativen Mandates" vorschreiben lassen, daß er den Schutz der Bürger hintanzustellen habe. Eine Stadtregierung muß der Stadt Bestes suchen — nicht das Wohlwollen ihrer radikalen Parteifreunde oder von entsprechenden Parteitagsgruppierungen. Wenn sie es nicht mehr kann, muß ihr das Bundesland — hoffentlich nicht sogar der Bund — zu Hilfe kommen.

Das war ein blutiger Samstag in der Frankfurter Innenstadt



4000 Linke lieferten der Polizei eine heiße Schlacht

BILD am SONNTAG

SAMSTAG AUF DER HAUPTWACHE

SAMSTAG AUF DER HAUPTWACHE

"BILD" vom Dienstag, 3.4.

Rudi Arndt will hart gegen Terroristen vorgehen

Wir geben Frankfurt nicht ohne Kampf auf

Von der Frankfurter BILD-Redaktion

Frankfurt, 3. April

Entschlossen hat Oberbürgermeister Rudi Arndt (44) gestern erstmals nach den blutigen Straßenschlachten hartes Vorgehen gegen die Aufrührer verkündet. Arndt erklärte: „Wir dürfen die Stadt Frankfurt nicht kampflos den Terroristen preisgeben. Diese Terroristen haben mit der rechtsstaatlichen Demokratie nicht gemein, sondern sind darauf aus, sie zu zerstören."



Eiserne Wurfgeschosse der Demonstranten rissen Wunden wie Dum-Dum-Munition

WER WISSEN WILL, WARUM HERR SPRINGER SO BÖSE AUF ALLE SPEKULANTENGEGNER IST, MUSS HIER WEITERLESEN!

↓ Süddt. Zeitung vom 4.4.73

TELEFONGESPRÄCH MIT EINEM SPEKULANTEN

Seit Wochen erscheint folgende Anzeige in der FR:

> **Volle Provision,** auch an Privat, bei Wohnungsnachw. Su. 2- u. 3-ZW in Ffm.-Stadtgeb. f. freundl. Fremdarb.-Fam. Tel 729207 und 725730

Markewitsch sucht Ersatzwohnungen für die Immigrantenfamilien, die noch in von ihm gekauften Häusern im Spekulantengebiet Kettenhofweg (nämlich 53 und 59) wohnen.

Wir rufen an und fingieren einen Hausbesitzer. Folgendes Gespräch mit der Markewitschsekretärin haben wir auf Tonband aufgenommen:

A.: Büro Markewitsch

B.: Kastner aus Bad Vilbel. Ich rufe an auf eine Anonce in der Frankfurter Rundschau, die sie am Samstag aufgegeben haben: Volle Provision auch für Privat bei Wohnungsnachweis für Zwei- und Drei-Zimmerwohnungen für ruhige Mieter.

A.: Hätten Sie irgendwo ne Wohnung, allerdings müßte sie in FFM sein?

B.: Ich habe ein Haus in FFM.

A.: Ei, wie schön.

B.: Das Haus ist leider nicht in einem hervorragenden Zustand.

A.: Wann wollen Sie es abreißen?

B.: Die Genehmigung ist noch nicht erteilt.

A.: Wann wird sie erteilt werden? Was haben Sie für eine Ahnung. Wir sind in der selben Lage. Wie ist Ihr Name?

B.: Kastner. Langfristig habe ich andere Pläne mit dem Ding. Ich werde mich bemühen und bemühe mich schon . . .

A.: Ja meinen Sie denn, daß das Ding noch zwei Jahre steht?

B.: Ja sicher, auf jeden Fall. Das ist eine reine Wohngegend, und da ist nicht so schnell mit einer Abbruchgenehmigung zu rechnen.

A.: Meine Situation ist die, wir haben Häuser im Westend, für die die Abbruchgenehmigung sozusagen bereits erteilt ist, also es dauert keine drei Monate mehr, dann sind die Häuser weg. Und wir müssen und wollen auch für unsere Mieter Wohnungen suchen. Nicht, das sind haupts. Türken. Also Facharbeiter, Flughafenarbeiter, Angestellte der Stadt, teils mit teils ohne Familie, und wir haben ungefähr noch zwanzig Familien drin, ursprünglich waren es 200. Und für die suchen wir auch noch Wohnungen und deshalb diese Annonce, die Provision zahlen wir selbstverständlich.

B.: Ja wissen Sie, da ist folgendes. Das Haus ist nicht im besten Zustand, wie ich gesagt habe, und ich habe nicht vor, große Reperaturen vornehmen zu lassen, das werden Sie ja verstehen.

A.: Hälts denn noch zwei Jährchen?

B.: Was?

A.: Hälts denn noch zwei Jährchen?

B.: Ja, ja, da ist zwar der Schwamm drin, aber . . .

A.: Ja, ne, den Schwamm haben wir auch drinne, also das ist . . .

B.: Ja, ja klar. Aber das Problem: Sie schreiben, daß das ruhige Mieter sind, nicht? Meinen Sie denn, daß man da wirklich damit rechnen kann, daß da kein Widerstand von denen kommt?

A.: Ja, ich verstehe, das ist so. Die Leute, die wir ihnen schikken werden, sind Familien, die ihrer Tätigkeit in Frankfurt nachgehen, zahlen regelmäßig und pünktlich die Miete, zwei Tage früher oder später, das ist nicht so wild, aber sie haben immer die Miete bezahlt und machen keinen Zopf. Die Leute, die Zopf machen, Herr Karstner, die hammer noch immer drin, für die suchen mer a keine Wohnung, die müssen zwangsgeräumt werden. Also die, für die wir Wohnungen suchen, die sind in Ordnung, aber sie wollen nicht so wahnsinnig viel zahlen, natürlich.

B.: Ja, ich habe natürlich ein Interesse, dies optimal zu nützen.

A.: Ja, natürlich.

B.: Was zahlen die denn im Moment so?

A.: . . . . (Schweigen)

B.: Kann ich mal bei Ihnen vorsprechen? etc. etc.

Millionenverdienst mit alten Häusern

„Panorama" wirft Großverleger Springer Grundstücksspekulation in Hamburgs City vor

Hamburg (dpa)

Der Verleger Axel Springer will sich von seinem umfangreichen Althausbesitz in der Hamburger Innenstadt trennen. Der Fernsehsendung „Panorama" zufolge hat Springer seit 1963 in der Hamburger City 32 Grundstücke von mehr als 10 000 Quadratmetern für insgesamt etwa zehn Millionen Mark gekauft. Dieser Komplex sei, wie es in der während der Sendung verlesenen Erklärung des Verlegers heißt, „als Reserve-Areal für Verlagskapazitäten" erworben worden. Für diesen Zweck komme das Gelände jedoch nicht mehr in Frage. Es solle deshalb verkauft werden.

In dem Fernsehbericht wurde jedoch herv[...] gehoben, daß eine Verwendung der zahlreich[...] Grundstücke für den von Springer angegeben[...] Zweck von vornherein kaum möglich gewe[...] sei, da für dieses Gebiet ein sogenannter Baus[...]fenplan vorgelegen habe, der beim Abriß a[...] Häuser im Zuge einer Sanierung den Neu[...] von Wohnungen vorgesehen habe. In der S[...]dung wurde erklärt, Springer wolle das Gelä[...] jetzt zu einem Preis von 25 Millionen Mark [...] äußern. Er versuche somit einen Gewinn [...] mehr als 100 Prozent zu erzielen. Dieser P[...] mache es der Öffentlichen Hand unmöglich, [...] Grundstücke für eine Sanierung zu erwerben.

In der in der Sendung verlesenen Erklärung des Verlegers hieß es, eine Grundstücksspekulation habe er nicht beabsichtigt. Bei dem Wiederverkauf solle nur eine vertretbare Rendite des eingesetzten Kapitals erzielt werden.

Am Montag verteilen wir vor den Betrieben, in den Schulen und Stadtteilen ein Flugblatt, das die Diskussion über die Bulleneinsätze zurück auf den Häuserkampf lenken soll. Montag abend bereiten wir auf einem Teach – In Tribunale in allen Stadtteilen für Freitag und ein zentrales Tribunal an der Hauptwache für Samstag vor. Die Stadtteilgruppen berichten von ihrer Arbeit, Mieter berichten von ihrer Wohnsituation, Emigranten erzählen von Mietstreiks.

Seit Dienstag Mittag erhalten die Bewohner des Kettenhofwegs 51 laufend Hinweise über die bevorstehende Räumung,

- Patienten rufen an und berichten, daß alle Frankfurter Krankenhäuser heute nacht ab 2 Uhr in Alarmbereitschaft sind,
- Spätheimkehrer melden Bullenkonvois auf der Autobahn;
- aus Wiesbaden wird uns die Abkommandierung mehrerer Hundertschaften Bereitschaftspolizei gemeldet.

Um 2 Uhr wird das Telephon des Hauses Kettenhofweg 51 abgestellt.

DIE RÄUMUNG

Um 4 Uhr erhalten wir ein Paradebeispiel für den Bürgerkrieg von oben. 700 Bullen sperren das ganze Viertel hermetisch ab. Sie erscheinen mit gepanzerten Fahrzeugen, Wasserwerfern und Maschinenpistolen. Durch Aspestanzüge geschützte Bullen stürmen das Haus, sie scheinen an das von Müller in Umlauf gesetzte Märchen, daß im Haus hochexplosive Stoffe lagern, zu glauben. Die ganze Szenerie wird von mehreren Scheinwerfern taghell erleuchtet, Nachbarn schauen dem Geschehen von ihren Fenstern aus zu. Die zehn Genossen, die jetzt von einer Bürgerkriegsarmee auf die Straße gesetzt werden, haben noch 3 Tage zuvor in einer Presseerklärung gesagt, daß sie das Haus nicht mehr militant verteidigen werden, da die Solidarität der Bevölkerung mit dem Häuserkampf und den Hausbesetzern den Magistrat zu einer politischen Lösung des Konflikts zwingt. Die Genossen werden verhaftet, das Haus von oben bis unten ergebnislos durchsucht, ein Teil des Mobilars wird noch von Bullen herausgetragen, dann wird das Haus samt zurückgebliebenem Inventar von Bautrupps des Eigentümers unter Aufsicht der Bullen zerstört. Eine Baugenehmigung für dieses Grundstück ist in dem nächsten halben Jahr nicht zu erwarten.

Das Haus ist den ganzen Tag über Ziel vieler Frankfurter, die sich das Ergebnis des Bullenterrors mit eigenen Augen ansehen wollen. Bevor wir am Abend eine Demonstration durch die Innenstadt machten, trafen wir uns in der Uni zu einem Teach-In. Es ging darum, wie wir uns in dieser erneuten Provokation verhalten. Wir einigten uns darauf zunächst eine Demonstration in der Innenstadt zu machen und auf einer Kundgebung an der Hauptwache über die Räumung des Kettenhofweg 51 zu informieren. Als wir weggehen wollen, zettelt die KPD noch eine Auseinandersetzung darüber an, daß es politisch falsch gewesen ist, das Haus nicht gewaltsam zu verteidigen. Sie fordern eine militante Demonstration gegen „Demonstrationsverbot" und den „Abbau demokratischer Rechte".

Bei der Demonstration hielten sich die Bullen im Hintergrund und beschränkten sich darauf uns zu umkreisen. Bei der Kundgebung hat Arndt die Unverschämtheit sich auf der Hauptwache sehen zu lassen. Viele von uns können nicht mehr verstehen, warum einem Oberbürgermeister, dessen Polizei wie wild auf uns einschlägt, der uns wider besseren Wissens als Faschisten bezeichnet, der gewaltsam besetzte Häuser räumen und die mietstreikenden Ausländer von Polizei und gekauften Schlägern terroriesieren läßt, nicht ähnliches geschehen soll, wenn er einmal ohne seine uniformierte Knüppelgarde auftritt. Er wird umringt und beschimpft und muß schleunigst verschwinden. Wir haben klar gemacht, daß wir die Räumung nicht einfach hinnehmen, sondern daß wir darauf mit einer neuen Hausbesetzung antworten werden zu einem Zeitpunkt, den wir auswählen.

Aus Versuch zum Frieden wurde „blutiger Samstag"

FRANKFURTER RUNDSCHAU MONTAG 2.4.73

Der Friede in Frankfurt dauerte nur kurz. Nach zwei Demonstrationen mit Diskussion und viel guten Worten am Freitag und am Samstag früh flogen an der Hauptwache am Samstagmittag um 13 Uhr wieder Steine, lieferte sich die Polizei mit rund 400 Demonstranten eine heftige Straßenschlacht. Über 50 Verletzte, viele davon schwer, sieben Festgenommene, eine verwüstete Hauptwache: Das war das Ende eines Versuchs von Wohnungs-Kämpfern und Polizeiführung, sich friedlich zu einigen.

Drei Szenen enthüllten mit schonungsloser Deutlichkeit das Hoffnungslose des Vorgangs: Am späten Vormittag, die Szene blieb noch friedlich, schmähtenvor dem Opernhaus die Demonstranten Rudi Arndt, Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt, mit lauten Sprechchören als „Verräter" und „Handlanger sozialfeindlicher Profitinteressen". Eine Stunde danach, an der zentralen Hauptwache waren längst Steine geworfen und Polizeiknüppel geschwungen worden, sprangen junge Polizisten auf die Verantwortlichen zu, die gerade den Abzug der Hundertschaften angeordnet hatten, um dadurch vielleicht die Brisanz des Augenblickes zu entschärfen. „Ein Scheiß-Einsatz ist das hier", empörte sich ein Beamter, und seine Kollegen nickten zustimmend, „wir werden schon wieder verheizt." Eine weitere Ahnung, daß ihn der heiße Samstag ahnungslos zwischen alle Stühle poltern ließ, erfuhr Arndt schließlich später im Nordwestzentrum, als etwa 50 Jungsozialisten während einer Pressekonferenz seine Begründungen für die Ereignisse mit spöttischem Gelächter („Rudi, jetzt ist aber Schluß") quittierten.

DIENSTAG:

Westend-SPD für Müllers Ablösung

Schwere Vorwürfe gegen den Polizeipräsidenten / „Offenkundig unfähig"

.. Abschließend heißt es in der Erklärung des innerhalb der Frankfurter SPD am äußersten linken Flügel angesiedelten Ortsvereins Westend: „Auch dort, wo kommunale Entscheidungsgremien aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt haben, können unter dem Schutz eines veralteten Bodenrechts und einer konservativen Richterschaft Spekulanten und Kapitalgruppen den knappen Grund und Boden aufkaufen und durch immer neue Bürobauten und Mieterhöhungen die Wohnbevölkerung aus der Stadt vertreiben. Diese Bedrohung städtischen Gemeinwesens ist nicht durch Straßenschlachten zwischen Hausbesetzern und Polizei zu stoppen — weil das letztlich nur den Spekulanten in die Tasche arbeitet —, sondern nur durch den solidarischen Widerstand der Bevölkerung."

DONNERSTAG OBERBULLE MÜLLER NACH DER RÄUMUNG VON 10 GENOSSEN DURCH 700 BULLEN:

Polizeipräsident Knut Müller stand am Rande der Szene und bemerkte, daß es „eine Schande" sei, so guterhaltenen Wohnraum zu vernichten. Währenddessen schafften seine Beamten Äxte, Motorsägen und Pickel herbei, um die Vernichtung im Sinne der Amtshilfe für den Besitzer des Hauses zu beginnen.

MITTWOCH

Polizei-Nachschub ohne Wohnungen

Mit dem Personalschub von 139 Beamten für Frankfurts Bereitschaftspolizei zum 1. April kam der Ärger. 62 der Neuankömmlinge, alles Hauptwachtmeister und am Main zum erstenmal im Einzeldienst tätig, fanden in Frankfurt keine Wohnung. Die Wohnheime der Polizei sind nämlich ausgebucht.

„Die Leute sind empört", erläutert der Personalratsvorsitzende Hans Koppmann die Stimmung. Die Einquartierung von 46 Polizei-Jüngern in Mühlheim und 16 in Hanau — jeweils in den Kasernen der Bereitschaftspolizei — geht zu Lasten des hessischen Finanzministers und hat auch im Innenministerium Kopfschütteln ausgelöst.

Finanzminister Reitz hatte der Frankfurter Polizeibehörde die Mittel gesperrt, um für die 62 Beamten in Frankfurt zusätzlichen Wohnraum anzumieten. „Es geht um einen Betrag von etwa 6000 Mark im Monat", wundert sich Koppmann über die Wiesbadener Sparsamkeit. Der Personalrat vermutet, der Finanzminister wolle mit den auswärts einquartierten Polizisten die Habenseite im Haushalt aufbessern. Für ihre Unterkunft in Mühlheim und Hanau müssen die Polizisten etwa 40 Mark pro Monat an das Land bezahlen.

Die Kasernierung der „Neuen" kann nach Meinung Koppmanns der Fitness der Beamten nicht zuträglich sein. „Die liegen zum Teil auf Vierbettzimmern. Was das für einen Beamten im Schichtdienst heißt, kann sich jeder ausmalen", schimpft der Personalrat.



Für den Riesenaufwand der Polizei hat dieser Hausbesetzer nur ein Lächeln übrig.

700 Polizisten räumten besetztes Haus!

Am Freitag finden die geplanten Tribunale in allen Stadtteilen statt. Danach treffen wir uns nochmal zu einem Teach-In, um über den Verlauf der Tribunale und unser weiteres Vorgehen in den Stadtteilen zu diskutieren. Durch die Diskussionen am Nachmittag über fehlenden Wohnraum, fehlende Kinderläden und Kinderspielplätze, fehlende Lehrlings- und Schülerzentren wird uns klar, daß wir uns nicht nur auf den Wohnungskampf beschränken dürfen. Es kommt eben nicht nur darauf an, daß wir irgendwo wohnen, sondern auch w i e wir wohnen!

Als ersten Schritt dieser Ausweitung des Wohnungskampfs beschließen wir, nach der Demonstration auch durch andere Stadtteile zu gehen, in denen genauso wie im Westend schon ganze Straßenzüge von Spekulanten aufgekauft werden, um unseren Kampf nicht nur auf das Westend beschränken zu lassen.

Nach dem zentralen Tribunal an der Hauptwache mit Straßentheater, Bericht über Mietstreiks, Situation in den Obdachlosenwohnheimen ziehen wir durch das Nordend nach Bornheim. Die Polizei ist kaum zu sehen, doch ein ganzer Pulk von zivilen Spitzeln begleitete uns; dabei wurden sie von einem Hubschrauber unterstützt. Wir beschränkten uns bis zur Auflösung der Demonstration auf Parolen wie:

- Rudi ist ein Hampelmann – die deutsche Bank zieht auch daran!
- SPD und DGB tun dem Kapital nicht weh!
- auf der Mauer auf der Lauer sitzt ein Spekulant, – holt ihn runter, stoßt ihn runter, klatscht ihn an die Wand – seht den Spekulanten an, wie der plötzlich zittern kann, – auf der Mauer auf der Lauer sitzt ein Demonstrant!

Die Bullen waren geil aufs Prügeln und suchen nach einem Anlaß. Als Demonstranten den Fernsehübertragungswagen der Bullen mit Steinen bewerfen, haben sie ihn gefunden. Nachdem die Demonstration aufgelöst worden ist, und wir in kleinen Gruppen zu einem Fest in der Uni gehen wollen, fährt die Polizei plötzlich mit Hundertschaften und Wasserwerfern auf. Sie greifen sich vornehmlich Demonstranten heraus, die sich, gewitzt durch die zahlreichen Prügel, die sie in der Vergangenheit von „friedlichen" Polizisten bezogen haben, mit Helmen und Gesichtstüchern ausgerüstet haben. In der darauffolgenden Pressekonferenz, die Arndt und Müller im Römer abhalten, wird das Eingreifen erklärt. Man müsse endlich die Masse der friedlichen Demonstranten von den gewalttätigen „Politrockern" trennen, die nur die Konfrontation mit der Polizei suchen. Diese „gefährlichen Kriminellen", so Arndt, die vermutlich im Ausland ausgebildet worden sind (was ein Schwachsinn!), wird die Polizei in Zukunft mit allen Mitteln bekämpfen. Die Greiftrupps am Samstag gegen alles was Helme trug, sind davon der Anfang. Die Zeitungen sprechen von besoffenen Gewalttätern, die es nur auf „Bullenblut" abgesehen haben, kein Wort mehr über den Inhalt der Demonstration. Wenn Demonstranten sich mit Helmen schützen, wenn sie Zivilspitzel zusammenschlagen, weil sie schon allzuoft von diesen Typen verprügelt und festgenommen worden sind, wenn sie sich gegen Photographen der politischen Polizei wehren oder wenn sie gar gegen die uniformierte Knüppelgarde von Arndt zurückschlagen, so ist das nichts anderes, als notwendige Gegenwehr. Wer darauf verzichtet, unterwirft sich wehrlos dem staatlichen Terror! Daß von den Bullen in jedem Fall wieder einmal eine Knüppel- und Verhaftungsorgie geplant war, wird deutlich, wenn man weiß, daß schon 5 Minuten vor dem Einsatz im Radio den Autofahrern geraten wird, das Gebiet um Bornheim zu meiden und gleichzeitig über Funk Krankenwagen angefordert werden. ↑

Die Konsequenz aus dem letzten Samstag heißt für uns: wir müssen auf jeden Fall verhindern, daß der Wohnungskampf nur noch zum bloßen Kampf gegen die Polizei wird, ein Kampf, in dem von den Inhalten nicht mehr gesprochen wird, in dem wir isoliert und zerschlagen werden. Daher liegt jetzt auch das Schwergewicht der nächsten Zeit auf der Arbeit in den Stadtteilen, auf der Arbeit mit den Schülern und Lehrlingen und auf der Arbeit mit den mietstreikenden Deutschen und Ausländern und weniger im Straßenkampf mit der Polizei. Allerdings: die nächste Räumung steht schon an und freiwillig gehen wir nicht raus!

Die vergangenen eineinhalb Wochen haben gezeigt: der Kampf um das besetzte Haus im Kettenhofweg 51 hat in Frankfurt eine Massenbewegung auf die Beine gebracht, die über Tage hinweg in der Lage war, tausende von Flugblätter in die Stadtteile zu bringen und die falschen Informationen der Zeitungen zu widerlegen, die auf überfüllten Versammlungen das Vorgehen gegen Spekulanten, Stadt und Polizei diskutiert hat und die den Kampf auf der Straße getragen hat. Als am „roten Mittwoch" das Haus geräumt werden sollte, waren es vor allem gerade die Schüler und Lehrlinge, die der Polizei erbitterten Widerstand leisteten und als am vergangenen Dienstag tatsächlich geräumt wurde, waren am Abend 3000 Demonstranten auf der Straße. Diese Bewegung hat in Frankfurt ein Ausmaß angenommen, das mit der Studentenbewegung vergleichbar ist, nur daß diesmal vor allem junge Arbeiter, Lehrlinge und Schüler den Kampf auf der Straße getragen haben und daß die Inhalte des Kampfes eine Zustimmung der Bevölkerung mit sich gebracht haben, wie es während der Studentenbewegung niemals der Fall gewesen ist.

VERKAUF DER ZEITUNG:

Die Zeitung ist nicht nur in Buchhandlungen und im Einzelabonnement zu beziehen. Auch Gruppen von Genossen sollen die Zeitung bestellen und weiterverkaufen. Organisiert den Verkauf selber! Außerdem können sich z. B. die Stadtteilgruppen überlegen, ob sie sie verkaufen. Bestellungen immer direkt nach Erlangen.

Aus den Städten mit Buchhandlungen wollen wir keine Einzelabonnements, damit uns die Versandarbeit nicht über den Kopf wächst. Aber durchaus Gruppenbestellungen.

Die Zeitung wird dann gefalzt, aber noch nicht ineinandergelegt verschickt. Für uns ist das insgesamt wahnsinnig viel Arbeit, aber wenn ein Genosse 20 Exemplare bestellt hat er die in 5 Minuten ineinandergelegt.

Alle Bestellungen an: WIR WOLLEN ALLES
8551 Gaiganz Nr.12

MIETER, BLEIBT HEITER
DER WOHNUNGSKAMPF GEHT WEITER!

BERICHT + ZUSAMMENSTELLUNG: GENOSSEN VOM REVOLUTIONÄREN KAMPF



STEINWER 31.3.73

DIE PROVOKATION

Demonstration am 7. 4. 73 in Bornheim. Ein Genosse berichtet:

Zwei Bullen stehen in einem Toreingang und holen ihre Knarren heraus. Ein Ziviler geht mit einem Photoapparat so nahe an einige Genossen heran, daß er sie fast anrempelt. Er photografiert; die Genossen wollen nicht Modell stehen für die Photosammlung im Polizeipräsidium. Sie gehen auf den Zivilbullen los. Die anderen Bullen kommen mit gezogener Knarre aus ihrem Hauseingang raus, bedrohen die Genossen und nehmen einige fest. Um die Ecke herum wartet schon eine Gruppe von ungefähr 10 Uniformierten mit Wagen, um die Genossen abzutransportieren, die in diese Falle liefen.

So beschafft sich Oberbulle Müller die Politrocker, die er für die Spekulatenpropaganda seines Brötchengebers Arndt braucht.

AM TAG NACH DER RÄUMUNG

FRANKF. RUNDSCH. 5.4.73

Ausbruch aus der Isolation?

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, besinnen sich die Hausbesetzer in der Rhein-Main-Metropole auf eine Taktik, die ihre „Genossen" in der dänischen Hauptstadt bereits seit einiger Zeit praktizieren: den gewaltlosen Kampf der skandinavischen Friedensbewegung. Der gewaltlose Auszug aus dem Kettenhofweg 51 in Frankfurt und die sie begleitende Argumentation der Hausbesetzer zeigen jedenfalls gewisse Parallelen zur Theorie und Praxis in Kopenhagen auf.

Am Anfang stand auch dort der kompromißlose Protest gegen die Wohnungsnot. Allmählich entwickelte sich jedoch aus einer Politik der gewaltsamen Selbstverteidigung die Parole, daß es „die Pflicht eines jeden Revolutionärs" ist, von den „Revolutionsromantikern Abstand zu wahren", welche die langsame Bildung von Bewußtsein links liegenlassen und die „revolutionäre Umwälzung mit dem bewaffneten Kampf identifizieren", weil sie im Grunde genommen „nicht der Fähigkeit des Volkes vertrauen, selbst die Macht zu ergreifen".

Die Gegner der mit der Gewalt operierenden Hausbesetzer sahen also deutlich die Gefahr, sich zu isolieren und zogen die Konsequenzen, die in der „Genossensprache" so formuliert wurden: „Aktionen der Avantgarde sind als Vorpostengefechte zu werten; sie mögen notwendige Erfahrungen sein; aber sie können niemals Aktionen ersetzen, die sich auf Massenbasis stützen."

An diesem Punkt scheint man nun auch in Frankfurt angekommen zu sein. Jedenfalls wird der Versuch deutlich, aus der Isolierung auszubrechen, in die man durch die Gewalt geraten ist. Diskussionen in der Stadt sollen Sympathien der Bevölkerung schaffen. Ob sich diese Taktik durchsetzen kann, hängt freilich auch in Frankfurt von den Revolutionsromantikern ab, die mit ein paar Steinen das Konzept der Gewaltlosigkeit durchkreuzen können.

Diskussionen mit der Bevölkerung, wie sie am vergangenen Freitag in der Frankfurter City begannen, zeigen jedenfalls, daß eine neue Phase in der politischen Willensbildung beginnen könnte. Dies setzt freilich voraus, daß ein Demonstrationsrecht, das man für sich in Anspruch nimmt, nicht in eine Provokation der Polizei ausartet und andererseits die Stadtverwaltung sich nicht sofort in die Eigengesetzlichkeit der Gewalt manövrieren läßt. Gewiß — eine risikoreiche Gratwanderung. Dennoch bleibt ein Hoffnungsschimmer. Denn die Herausforderung an die Regierenden, Ungerechtigkeit abzubauen, ist ungleich wirksamer, wenn eine Bevölkerung und die Regierenden selbst nicht zwangsläufig in die aggressive Defensivposition gedrängt werden. In Frankfurt haben die sozialdemokratische Mehrheitsfraktion der Stadtverordnetenversammlung und der Oberbürgermeister mehr als einmal bewiesen, daß sie bereit sind, sich einer dänischen Spielart der Herausforderung zu stellen. Sie haben ein vernünftiges Echo verdient. hw

DAS VERNÜNFTIGE ECHO:

Häuser in Frankfurt zugemauert

9.4.73 FRANKF. RUNDSCHAU

habe FRANKFURT A.M., 9. April. In Frankfurt sind wieder einmal zwei Häuser zugemauert worden. Heute morgen informierten Nachbarn die FR über einen Bautrupp, der in der Krögerstraße anrückte und alle Öffnungen im Keller und Erdgeschoß der Häuser Nr. 1a und Nr. 3 verschloß. Der Hausbesitzer, der Rheinisch-Westfälische Immobilienfonds in Düsseldorf, folgte damit einer Verfügung der Frankfurter Bauaufsicht.

ZUM STREIK BEI MANNESMANN

DIE WILDE SAU MACHT WILDEN STREIK

1. WIE DIE WERKSLEITUNG RATIONALISIERT HAT.

„Wilde-Sau-Schicht" nannten die Mannesmann-Direktoren 1969 die 3. Schicht in ihrem Profilwalzwerk, denn sie war aufsässiger als die anderen 3 Schichten und stellte sich offen gegen die Rationalisierungspläne der Werksleitung. Also lösten sie diese Schicht auf und verteilten die Arbeiter auf Plätze anderswo im Betrieb, dann begannen sie mit ihrer Rationalisierung.

Im Werk waren nun weniger Arbeiter beschäftigt; trotzdem wurde die Produktion auf das Doppelte (bis zu 100 000 t) gesteigert; dabei sank der Lohnanteil pro Tonne von 6,– auf 5,40 DM. Und weil auch Preise und Steuern stiegen, hatten die Walzwerker jetzt nach drei Lohnerhöhungen bei mehr Arbeit weniger Lohn in der Tasche als 1969. Ein erster Walzer mit zwei Kindern verdient z. B. 1.400,– DM brutto = 1.000,– DM netto, und davon zahlt er noch 350,– DM für die Werkswohnung an MM zurück.

Ein Kranführer scheißt in Zeitungspapier und bringt es in der Pause weg, weil er Angst vor Entlassung hat. Solche Schinderei aber können die Direktoren den Arbeitern nicht dauernd aufzwingen. Die Unterbesetzung wurde zu groß, und weil die Anlernzeit im Profilwerk 1/2 Jahr, meist jedoch länger dauert, mußten die Arbeiter der „Wilden-Sau-Schicht" wieder an ihre alten Plätze zurückgeholt werden; sie wurden dabei aufgesplittert auf alle vier Schichten.

Der Erfolg: Jetzt sind alle vier Schichten zu „Wilden-Sau-Schichten" geworden, keine Schicht war mehr bereit, sich steigendes Arbeitstempo und die Aufspaltung in 20 verschiedene Lohngruppen gefallen zu lassen. Sie wissen, daß Rationalisierung kaputtmacht, und fordern deshalb: mehr Lohn, Einstellung von mehr Arbeitern, weniger Arbeitszeit, weniger Leistung. Ihr Ziel: 6-Stunden-Tag, bei 5 Schichten.

2. BETRIEBSRAT UND ERSTE VERHANDLUNG.

Im Werk gibt es 500 Produktionsarbeiter. Obwohl alle für die anderen einspringen und alle Arbeiten tun müssen, wurden sie unterschiedlich bezahlt. Manche, hauptsächlich die Türken, kriegten Lohnstufe 8, die anderen kriegten 9. Die 200 Erhaltungsarbeiter (Schlosser, Elektriker usw.) erhalten sowieso 11–12. Die Walzer forderten: statt Lohnstufen Arbeitsbereichslöhne, also daß man bezahlt wird für alle Arbeiten, die man tun kann. Sie fordern: gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

Deshalb wurde nach der Tarifrunde im Werk eine Angleichung auf Lohnstufe 10 für alle Walzer ausgehandelt. Doch die Unternehmungsleitung erkannte das Ergebnis nicht an: ihr würde ja die Zersplitterung der Arbeiter in verschiedene Gruppen damit unmöglich gemacht.

Die Betriebsräte im Profilwalzwerk sind außergewöhnlich: sie stehen nicht irgendwo zwischen der IG Metall und den Direktoren, sondern führen mit den Arbeitern einen Kampf. Sie laden rationalisierungsfreundliche Direktoren vor und sperren sie in den Verhandlungsraum ein; sie schaffen Bilanzunterlagen der Werksleitung beiseite; sie argumentieren mit den Arbeitern mit „Mehrwert" und „Profitrate". Deshalb wird auch das Telefon beim Betriebsrat ständig von Bullen abgehört.

Und deshalb konnten die Walzarbeiter mit diesen Betriebsräten eine gemeinsame Streikfront aufbauen. Der Betriebsrat weigerte sich, zum Arbeitsfrieden aufzurufen, daraufhin wollte die Werksleitung auch nicht weiter verhandeln.

3. ZUM STREIKVERLAUF.

Am 1. 3. 1973 werden die heißen Brammen zwar noch nach draußen befördert, aber gewalzt werden sie nicht. Das wiederholt sich mehrere Male: die Arbeiter walzen nicht.

Je Schicht beteiligen sich 70 Arbeiter, 350 insgesamt. Darunter 300 Produktionsarbeiter, die direkt betroffen sind. Die restlichen 200 Walzer nahmen einen Krankenschein oder Urlaub. Entgegen den Lügen in der Presse waren nur 5 % arbeitswillig.

Die Werksleitung versucht nun mit aller Macht, das Band wieder in Gang zu kriegen: wenn es erstmal wieder läuft, dann ist der Streik schnell abgebrochen ...

Flugblätter ohne Unterzeichner werden verteilt, im Werk und in den Ausländerwohnheimen. Sie rufen auf deutsch und türkisch zur Arbeit auf; es ist klar, daß sie von der Werksleitung kommen. Die aktivsten Streiker bekommen Drohbriefe von der Werksleitung.

Schließlich versuchen die Ingenieure und Meister mit ein paar Arbeitswilligen, selbst die Walzstraße wieder in Gang zu setzen. Also mußten sich die Arbeiter schichtweise wechselnd auf den Rollgang stellen, Tag und Nacht, während des ganzen Streiks! Gegen sie wollte die Werksleitung mit einer gerichtlichen Verfügung (3.000,– DM, ersatzweise Haft bei Betreten des Werksgeländes) vorgehen; diese wurde zwar ausgefertigt, kam aber nie an.

Sofort nach dem Scheitern der Verhandlungen waren die Streiker in die Eingangshalle des Verwaltungsgebäudes gezogen und hatten es sich in den dicken Ledersesseln bequem gemacht. Sie hielten ihre Stellung eine Woche lang. Am Rosenmontag, als die gerichtliche Verfügung bekannt wurde, verließen sie die Halle, um vor dem Tor eine Protestversammlung zu machen und diejenigen, die bei Schichtwechsel zur Arbeit kamen, zur Solidarität aufzurufen.

Solidaritätsstreiks gab es bei den Eisenbahnern und im Blaswerk, bei vielen der 9 500 MM-Arbeitern gab es Solidaritätsspenden von 5,– bis 200,– DM.

Zehn Türken nutzten die Verwaltungssessel ein bißchen länger aus und blieben im Verwaltungsgebäude sitzen. Als sie vom Oberjuristen nach ihren Namen gefragt wurden, sagten sie alle „Ata-Türk" und berichteten den Vorfall am Tor 1. Daraufhin wurde der Direktor hinter seinen Schreibtisch verwiesen.

Überhaupt wurde der gemeinsame Kampf von ausländischen und deutschen Arbeitern voll durchgesetzt. Von 300 Türken waren 160 beim Streik voll dabei, sie waren auch diejenigen, die besonders die Aufsplitterung in Lohngruppen betraf. Sie verbrannten die Flugblätter der Werksleitung und agitierten in ihren Wohnheimen. Der Plan der Werksleitung, die Türken als Streikbrecher zu benutzen, war ein glatter Fehlschlag. Für alle war klar: erst mehr Lohn, dann arbeiten.

Am 9. 3. 1973 schwenkte die Unternehmensleitung ein; der Produktionsausfall betrug bereits 20 Mill. DM, das hätte für Jahre für die Lohnzahlungen gereicht! Die Lohngruppenerhöhung wurde rückwirkend am 1. 6. 1972 durchgesetzt. Außerdem wird noch über eine Prämienerhöhung verhandelt.

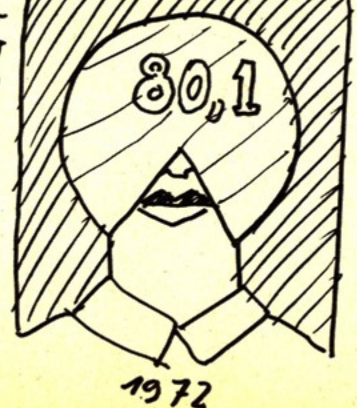
Die IG Metall hatte keinen Fuß auf den Boden gekriegt. Bundesvorstand Judith: „Die Linken sind uns nicht angenehm, aber wir müssen mit ihnen leben. Mit ihnen diskutieren können wir nicht." Die Gewerkschaften wollen jetzt die Streiks von Dortmund und Duisburg analysieren, um die nächsten besser in den Griff zu bekommen.

Sollen sie's doch versuchen, die Arbeiter lassen sich von den Gewerkschaftern längst nicht mehr sagen, wie und wann sie kämpfen sollen.

PROLETARISCHE FRONT



DIE ARBEITS-HETZE SCHAFFT VON JAHR ZU JAHR MEHR UNFÄLLE



Zeitungsstreiks in München

NICHTS IST LOS, GESTREIKT WIRD

Kurz vor dem Umbruch wurde noch dieser Bericht eines Arbeiters aus dem Münchener „Buchgewerbehaus" geschrieben, wo auch „Bild" gedruckt wird.

Bei der Urabstimmung letzte Woche war bei uns noch nichts los. Alle waren für mehr Geld, fast alle stimmten für Streik. Die Gewerkschaften hatten 13% gefordert.

Montag hörten wir dann von den spontanen Streiks beim Süddeutschen Verlag und Merkur, TZ.

Erst als ich heute früh (Dienstag) in die Arbeit komme, liegt was in der Luft. In der Nacht hat die Zeitungsrotation vom Bildzeitungsdruck die Arbeit hingelegt. Sie haben mal gearbeitet, dann wieder nicht. Meistens aber nicht. Jedenfalls wußte der Meister allein ein mickriges Sonderblättchen drucken, auf dem stand, daß gestreikt würde. Das „Blutbad arabischer Terroristen" ist diesmal noch größer als sonst. (Und so viele Druckfehler gab's auch noch nie.) Warum wir streiken steht da natürlich nicht drin.

Inzwischen hatte auch die Gewerkschaft auf die spontanen Streiks reagiert und von 10 - 12 Uhr einen Warnstreik bekanntgeben lassen. Alle waren dafür: „Wenn die anderen streiken, müssen wir auch, sonst bist Du ewig ein Kollegenschwein."

Ein paar Kollegen fingen das Kartenspielen an, auch der Meister arbeitete nicht. Kommt der Besitzer Müller und will den Starken spielen: „Was ist denn hier los, wieso wird hier nicht gearbeitet? "

„Nichts los, gestreikt wird.". Alle, die streiken wollten, sollten in die Kantine kommen, gab der BR bekannt. Die meisten Kollegen waren dann da, als der BR die Aussperrungen bei der Süddeutschen und dem Merkur bekanntgab. Da merkten wir schon, daß auch bei uns was im Busch war. Um halb 12 erfuhren wir dann, daß unsere Nachtschicht wegen des Streiks der letzten Nacht ausgesperrt würde. Da war dann zuerst die Stimmung etwas gedrückt, weil wir da irgendwie reingeschliddert waren und uns nicht besonders stark fühlten, niemand wußte Bescheid, was machen.

Aber nach kurzer Zeit, als klar wurde, daß überall Solidarität war, wurde die Stimmung immer fröhlicher und übermütiger. Auf einmal war alles eine Front. Aus allen Ecken wird die Fortsetzung des Streiks gefordert. Der BR wird umringt und es wird auf ihn eingeredet. Der BR redet weder für noch gegen den Streik: „Der Streik ist illegal und wird weder von Betrieb noch Gewerkschaften bezahlt." Alles winkt ab und lacht. „Auf das Geld scheißen wir." Das wesentliche war die Solidarität mit den Ausgesperrten. Es ging weniger um die paar Prozent mehr, denn die werden sowieso wieder auf die Zeitung oder auf andere Güter aufgeschlagen. Wir wollten klar machen, daß unsere Solidarität eine Macht darstellt. Jetzt war der Betrieb reingeschliddert. Sie wollten der Nachtschicht in die Fresse schlagen, der ganze Betrieb hatte zurückgeschlagen.

Der BR soll die Betriebsleitung holen. Vor uns allen wollten wir ihm mitteilen, daß wir streiken, wenn die Aussperrung nicht zurückgenommen wird. Aber die Betriebsleitung kommt nicht, läßt nur über den BR mitteilen, daß die Aussperrung nicht zurückgenommen wird. Später läßt sie sagen, wer weiterarbeitet bekommt die zwei Stunden bezahlt.

Die Antwort war allgemein: „Jetzt ist Schluß, jetzt wird nicht mehr gearbeitet, Feierabend".

Nur die sehr kleine Tiefdruckabteilung arbeitet weiter. Die 15 Leute haben Angst, weil es Gerüchte gibt, daß die Abteilung aufgelöst werden soll. Großes Gelächter gab es im Buchdruck: da lief noch eine Maschine – bedient vom Meister und der Werkskrankenschwester.

Wir ließen sie und gingen nach Hause.

Später am Nachmittag traf ich dann noch einen Kollegen aus der Süddeutschen, wo es angefangen hatte. In der Nacht vom Sonntag auf Montag, kurz nach Mitternacht, hatten sie zu arbeiten aufgehört. Das war ganz spontan passiert. Jedenfalls wußte niemand wo und wie es angefangen hatte, dafür interessierte er sich auch nicht, wichtig war nur, daß sich endlich mal alle einig waren. Das war auch bei uns das Tolle. Jedenfalls wußte die Gewerkschaft von dem Streik nichts. Irgendwie wollten die Kollegen auch Druck ausüben auf die Gewerkschaft. Einmal kamen Typen von der Betriebsleitung zu ihnen an die Maschinen. Sie fragten ziemlich unverschämt, warum sie nicht drucken, die Zeitung müsse schließlich raus. Antwort: „Wenn ihr nicht gleich abhaut, lassen wir hier einen Hammer durchlaufen."

Später war ich dann noch in einer Kneipe, wo eine zikkige Bedienung sich aufregte, weil es keine Zeitung gab. Aber die Arbeiter an dem Tisch ließ das kalt. Einer sagte: „Hoffentlich streiken's noch 20 Jahre, steht eh nur immer ein Schmarrn drin."

In der nächsten Nummer von „WIR WOLLEN ALLES" gehen wir noch einmal auf die Entwicklung in der Druckindustrie ein.

Am Mittwoch, 11.4. früh, gab die Gewerkschaft bekannt, daß sie mit 10,8 % abschließen wolle. Die Arbeiter wurden aufgefordert, wieder zu arbeiten. Wir sprachen mit Druckern im Süddeutschen Verlag. Sie waren sauer auf die Gewerkschaft und haben schon angefangen, Unterschriften gegen den Abschluß zu sammeln.

Lotta Continua

VOR DEN TOREN VON MIRAFIORI

Nach 6 Monaten Kampf und mehr als 180 Streikstunden pro Kopf haben die Arbeiter von FIAT klar gezeigt, was sie gegen einen Plan machen können, ihre Einheit zu zerbrechen: sie besetzten das Werk. Sechs Monate Kampf wollten die Unternehmer benutzen, die Arbeiter müde zu machen. Die Arbeiter haben die Initiative ergriffen und sie haben, wie 1969, aber mit mehr Bewußtsein und Organisation, gezeigt, daß der Ausgang der Tarifrunde von ihnen und nicht in den Zimmern der Ministerien bestimmt wird. – Heute ist nicht sie Situation der 20er Jahre – der Arbeiterkampf endet nicht im Betrieb, sondern nimmt den Betrieb als rote Basis für den Kampf um Ziele, die das gesamte proletarische Leben betreffen. – Nach 2 Tagen der Besetzung der FIAT leisteten Unternehmer und Gewerkschaften die Unterschrift unter den Tarifvertrag – aus Angst, die Kämpfe könnten sich nach der Besetzung ausweiten.



TURIN – 2. APRIL,

Um 6 Uhr hat die vollständige Stillegung aller Abteilungen begonnen. Überall rote Fahnen und Spruchbänder. Wir machen einen Rundgang von einem Tor zum anderen.

Tor 18: Hunderte von Arbeitern hinter dem Tor, auf dem ein riesiges Spruchband angebracht worden ist mit der Aufschrift: „Liberiamo Tonino Micciche!" (Befreit Tonino Micciche!) Dies ist ein Arbeiter, der von der Polizei verhaftet worden ist. Seine Genossen haben ihn nicht vergessen. Ein anderer Genosse vom Kampfkomittee kommt auf dem Fahrrad an, alle sammeln sich um ihn: „Alles großartig gelaufen, alles so, wie wir es am Freitag beschlossen haben und morgen wird es genauso weitergehen." Die Gewerkschaft macht einen Erkundungsrundgang um zu sehen, ob es sich machen läßt, daß am nächsten Tag zwei Stunden gearbeitet und dann eine Versammlung auf der Piste abgehalten wird. Wir werden morgen reingehen, alles stillegen, ein Tor freilassen und auf keinen Fall zur Versammlung gehen, sondern sie werden vielmehr von einem Tor zum anderen gehen müssen, weil wir die Tore nicht verlassen werden. An den Toren hat die Gewerkschaft Flugblätter verteilt: 8 Stunden Streik und Kontrolle der Tore durch die Gewerkschaft. Ein anderer Arbeiter erzählt: „Heute morgen hat's Prügel gesetzt, für irgend so 'nen Vertrauensmann, der Tor 17 offen halten und die Vorgesetzten rein und rauslassen wollte. Ich hab jetzt einige Genossen dahin geschickt, und es geht in Ordnung, aber wir müssen ein bißchen Bewegung davor organisieren, sonst versuchen sie's nochmal."

Tor 11 – Karosseriebau: das ist ein Tor, das als erstes blockiert worden ist, von der zweiten Schicht am Mittwoch und es ist ein wenig der Mittelpunkt der anderen Tore vom Karosseriebau. Die Genossen sind gut eingeübt: hinter das Tor haben sie ein Holzgerüst von 3 Metern Höhe gesetzt, wie ein kleiner Turm, um das Tor und die Mauer besser überwachen zu können. Da nähert sich ein Gruppenführer und will rein: „Guck mal," sagt einer zu ihm, „da oben sind die Tupamaros, äußerst bösartige Typen, versuch's mal lieber an einem anderen Tor." Der Kerl zieht ab. Am Tor sind die Fahnen von Lotta Continua und eine von der FLM (der italienischen Metallarbeitergewerkschaft). Ein Streikposten erzählt: „Heute morgen sind sie rumgegangen und haben gesagt, daß alle Fahnen wegmüßten, die von der PCI (der italienischen kommunistischen Partei) waren das, und daß da nur die Fahne von der FLM sein dürfte. Ich weiß nicht, wie's an den anderen Toren gelaufen ist, aber hier ist es ihnen äußerst schlecht bekommen! Das waren Leute, die wir nie zuvor gesehen hatten, und dann haben wir gehört, daß alle von der PCI einen Rundbrief erhalten haben. Darin stand, wie sie sich an den Toren zu verhalten hätten und darin stand auch, daß die Fahnen wegmüßten. Wir haben ihnen jedenfalls gesagt, daß, wenn sie Arbeiter wären, sie reinkommen könnten und versuchen sollten, die Fahnen wegzunehmen. Aber die waren keine Fiat-Arbeiter. Und dann sind sie halt wieder weggegangen und zwar recht fix, weil wir ihnen versprochen hatten, daß wir ihnen mit den Fahnen die Fresse einhauen."

Ein anderer Arbeiter erzählt: „Weißt du, daß die Gewerkschaft Fahnen hat machen lassen? Wirklich, die haben einen ganzen Haufen davon gemacht, und jetzt hängen sie die überall hin. Dann kommen sie vielleicht morgen und behaupten, sie hätten alles gemacht, um uns dann dazu zu bringen, den beschissenen Tarifvertrag zu akzeptieren. Da ist ein Genosse von der Leningruppe gekommen, ein Externer, der hat gesagt, daß die PCI alle Parteimitglieder zusammengerufen hat, um ihnen die Anweisungen für morgen zu geben. Auf jeden Fall werden w i r entscheiden, was weiter geschieht. Auch wenn wir am Mittwoch beschließen, daß wir die Arbeit wiederaufnehmen, dann entscheiden w i r das, und wenn wir wieder anfangen zu streiken, dann entscheiden w i r das auch!" Ein anderer Arbeiter: „Weißt du, daß sie hier drin in den letzten Tagen alles geändert haben? Hier, das nächste Mal, wenn Agnelli (der Boß der FIAT) den Schlauen spielt und sagt: 'Ihr seid frei,' weißt du dann, was das heißt? Es heißt, daß wir frei sind, frei um die Tore zu blockieren. Wir haben jetzt ja gelernt, wie man das macht."

Am Tor O: Alle sind reingegangen. Das schöne ist, daß die Streikbrecher von gestern heute nicht bezahlt worden sind, weil die Angestellten für 8 Stunden in Streik getreten sind. Die Kantine streikt auch. Ein Vertrauensmann, einer der bekanntesten, kommt angeradelt: „Viele sind gleich abgehauen," sagt er, „gleich nach dem Stempeln, andere haben 10 Minuten gewartet."

Die Verhandlungen sind um 9.oo Uhr wiederaufgenommen worden. Sie müssen noch einige Punkte klarstellen, sie haben auch die Entlassungen zur Diskussion gestellt, aber es handelt sich nur um voraus zu klärende Forderungen.
aber es handelt sich nur um voraus zu klärende Forderungen. Die von der Geschäftsleitung sollen am Freitag diskutiert werden. Für die Versammlung von Morgen hängt alles in der Luft. Man weiß auch nicht, ob die drei Verhandlungskünstler von der Gewerkschaft erscheinen werden, wenn sie nichts erreicht haben, sie kommen dann sicher nicht. Viele Arbeiter hängen herum, essen, die Kantine hat zu, aber die Gewohnheit ist geblieben.

Tor 1 Karosseriebau: eins der Tore, wo am meisten Leute sind. Hier ist die PCI auch gekommen, um diesen Putz mit den Fahnen zu machen. Wegen der Fahnen haben die wirklich einen ganzen Haufen Leute mobilisiert. Die Arbeiter haben akzeptiert sie wegzumachen, es waren ungefähr zwanzig Fahnen, aber sie haben beschlossen, eine zu lassen und die haben sie ans Tor gehängt. Dann haben sie die Diskussion darüber aufgegeben, weil die vom PCI wahrhaftig scharf drauf sind, sich an diesen Sachen aufzugeilen, um Putz zu provozieren.

„Heute morgen ist alles ganz leicht gewesen. Wir haben jetzt die Tore eingeteilt. Fast alle sind reingegangen, vielleicht ist irgendwer von draußen nicht gekommen, und dann weißt du, mit all dem Theater mit den Ärzten, da traut sich niemand, sich krankschreiben zu lassen, weil man nicht weiß, wie das enden wird mit dieser Entschuldigung, daß man krank gewesen ist. Eine Gruppe Arbeiter liest die Zeitungen: „Seit gestern morgen lassen sie schon diese Platte laufen, 'Morgen wird unterzeichnet, Vertrag steht bevor'. Seit 5 Monaten haben sie kein Wort verloren, und jetzt . . . . Aber in so einer Situation paßt es ihnen auch nicht, die Bullen zu schikken. Weißt du, was wir machen, wenn sie kommen? Wir lassen reinkommen, wir tun so, als würden wir uns zurückziehen. Weil hier drin ist es wie im Urwald. Einer, der keine Erfahrung hat, verliert sich. Dann sind da die Öfen, und w i r wissen, welche Knöpfe man drücken muß, sie aber nicht! Jetzt sind sie alle angewetzt gekommen, morgen kommt vielleicht sogar der Longo, sagt man. Und weißt du, die können morgen nicht einfach so von einem Moment zum anderen kommen mit dem unterschriebenen Vertrag, weil sie wissen, daß es eine Menge Punkte gibt, die die Arbeiter nicht akzeptieren werden. Also fangen sie an, sich den Boden vorzubereiten, zu sagen, sie hätten alles gemacht, weil ihre Fahnen da waren, und daß sie die Streikposten gestellt hätten. Und wir haben ja gesehen, wie sie den Posten gehalten haben; am Tor 17, da waren die Türen auf, und dann sind es auch die gleichen, die rumrennen und behaupten, die Arbeiter würden alle weggehen. Kann ich mir vorstellen, wenn das Tor aufgelassen wird!!! Und heute abend werden sie dann kommen und vom „großen Sieg" reden. Gestern bin ich beim Porta Nuova vorbeigekommen, wo das Zelt von den Gewerkschaften ist. Das einzige, was die von der PCI wie ein Leierkasten ständig wiederholten, war: „Glaubt ja nicht, daß diese Tage bei Fiat es gewesen sind, die zur Vertragsunterzeichnung geführt haben, der Vertrag wär' auch so unterzeichnet worden." Sie versuchen alles, daß man davon nicht redet, sie ham 'n bißchen Angst gekriegt."

Ein Auto mit Genossen kommt hupend vorbei, um Nachrichten aus der Stadt zu bringen: Es sind



die gleichen seit drei Tagen: Rivalta blockiert, die ganze Grugliasco blockiert, Demonstrationszüge von Grugliasco zur Porta San Paolo, wo die Arbeiter von Lancia alle Betriebe leergemacht haben und mit zu den Demonstrationen gezogen sind.

DER ZWEITE TAG DER BESETZUNG, VON EINEM ARBEITER ERZÄHLT

Mirafiorix ist ungeheuer groß, der größte Betrieb Europas: ein Rechteck von 2mal 3 km. Mit dem Auto braucht man 'ne halbe Stunde um einmal rum zu fahren. Es gibt so an die 30 Eingänge und Tore, drinnen kann man Bäume, Alleen, Straßen mit Ampeln sehen, und das alles wird von einer drei Meter hohen Mauer umzäumt. Heute war alles voll roter Fahnen und Spruchbänder. Auf der Mauer, fünfzig Meter entfernt voneinander, sitzen die Streikposten, Arbeiter, die meisten noch sehr jung, mit langen Haaren, ein rotes Tuch um die Stirn oder mit der roten Fahne in der Hand. Wir singen und werfen den Genossen Orangen hoch, die wir an den Ständen genommen haben. In der Fiat wird alles mögliche verkauft: Zitronen, Wassermelonen, Musikkassetten für den Recorder, Rasierklingen, Pullover, Damenstrümpfe.

Hinter den Gittern der Tore stehen die Arbeiter mit roten Fahnen, Spruchbändern, Schildern aus Karton

Aus der Fabrik kommen welche, mit sicherem Schritt und ernstem Gesicht heraus. „Ich muß raus, meine Frau ist schwanger," zwei oder drei haben es so an allen Toren versucht. Dann kommt meistens gleich der Chor: „Meine ist auch schwanger, und ich bleib trotzdem hier" oder „deine Frau mußt du nach Hause schicken, du willst doch wohl nicht, daß dein Kind in Turin auf die Welt kommt?"

Dann gabs da noch den Streit um die Fahnen. Um ganz Mirafiori hängen so an die zweihundert Fahnen von Lotta Continua, die mit der Lotta Continua Faust, an den Toren oder sind an den Fahrrädern, mit denen die Staffetten zwischen den Toren gebildet werden, angebracht. Sie stechen ins Auge und das gefällt der KPI überhaupt nicht.

Am Tor 1 ist einer von der KPI, einer von den besonders eingeordneten, gekommen und wollte die Fahnen runternehmen. Vorher war ein Auto von der Sektion vorbeigekommen, die haben ein bißchen geredet, dann ist der zum Tor gegangen und hat die Fahne von LC runter genommen und die von der FLM aufgehängt. Das gab großen Streit, die Genossen draußen haben ihn gefragt, warum er sie runter genommen hätte und er hat gesagt, daß die politischen Fahnen hier nichts zu suchen hätten, und wenn es dann noch dazu die von Lotta Continua sind, würde die Presse sagen, daß die Extremisten alles blockiert hätten. Er hat sie dann wieder aufhängen müssen, weil sich der Streikposten mächtig aufgeregt hat, werstens weil die Fahnen schon gestern da waren, und die FLM ihre gestern nicht gebracht hätten.



mit der Hand beschrieben: „Die Entlassenen wieder in die Fabrik, Garantierter Lohn." Am Eingang 5, der zum Hauptverwaltungsbüro führt, hängt das Spruchband der FIM und ein Schild „Permanente Versammlung, harter Kampf ohne Angst", dann ein enormes Leintuch aus rotem Stoff mit den Namen der Entlassenen. Dann sind da die Arbeiter, die eine neue Parole erfunden haben: „Hart um hart zu bleiben". Am Tor 2 wird gesungen: „und wenn der Abschluß ein Beschiß ist, dann merkt euch, daß die Fiat besetzt ist" . . . ".

Heute ist auch auf der anderen Seite, in der Via Settembrini, alles blockiert. Hinter den Gittern stehen fast mehr Arbeiter als am Eingang zu den Karosseriewerkstätten. Der Verkehr ist lahmgelegt. 50 - 60 Laster stehen da und kommen nicht weiter.

Am Tor 10 hängt ein großer Hase aus Stoff an einem Draht, oder besser er ist aufgehängt. Darunter steht geschrieben: „So ergeht's den Feinden der Arbeiter." Am Nachmittag kommt ein Streikbrecher, er versucht reinzukommen und rüttelt am Gitter, da fällt der Hase runter und ihm ins Gesicht: einen tiefen Schnitt, und das ganze Gesicht voll Blut. „Ein Streikbrecher von einem Hasen getroffen" lachen die Arbeiter, dann bringen sie ihn zur ärztlichen Versorgung. Das Tor 11, eines der stategisch wichtigsten, wo die Fernlaster einfahren: Dutzende stehen draußen, die Fahrer stehen an den Toren und heben einen Schoppen mit den Streikposten. Es sind nur ein paar kleine Transportunternehmer, die rein möchten, die Streikposten erinnern sie an die fünf Monate Kampf und hängen dann ein Schild auf: „Das Gesetz ist für alle gleich."

Viele Arbeiter von der Frühschicht kommen nach ein paar Stunden, gut angezogen und mit Frau und Kind wieder um die Fiat zu sehen. „Ich bin gekommen, um zu kontrollieren, ob auch alles unter Kontrolle ist. Wir haben gerade eine Runde gemacht zu den anderen Toren, alles blockiert – vorher bin ich an der Stura vorbei, ich hab da einen Cousin, der da arbeitet, alles blockiert, alles still." Viele von uns haben Verwandte hier in der Fiat, es gibt ganze Arbeiterfamilien, die nach Turin gewandert sind, die sich jetzt suchen können und wiederfinden. „Heute morgen, wie wir alles stillgelegt haben, da habe ich meinen Cousin angerufen, er arbeitet im Motorenbau, ich hab die Telefonnummer der Abteilung. Ich hab ihm gesagt: Wir haben hier alles blockiert und was macht denn ihr? Er hat mir gesagt, daß sie drei Stunden streiken, da hab ich ihm gesagt, er soll keinen Stunk bauen und daß sie auch blockieren sollen." Es gibt ein großes Hin und Her von Gruppen, zur Bar um Bier und Zigaretten zu holen, die dann weitergereicht werden. An den Toren stehen die Entlassenen, auch die, die 69 entlassen wurden, man küßt sich und umarmt sich.

Dann hab ich ihm gesagt, wenn er schon so wolle, wir hätten nichts dagegen, wenn er die von der KPI mitbringen würde und daß auf alle Fälle die von Lotta Continua da bleiben, wo sie sind, weil wir die Genossen vor den Toren schon seit Jahren kennen. Daraufhin haben alle diskutiert, sie haben gesagt, daß sich die KPI nicht hat sehen lassen, daß sie nicht einmal gefragt haben, ob wir was brauchen, ein Brötchen; da die Delegierte waren, die alles mögliche versucht haben, um die Besetzung zu verhindern, und sie nur drei Stunden Streik am Motorenbau gebilligt hätten. Ein Gewerkschaftler wollte besonders schlau sein: „Wir sind für den harten Kampf, aber ohne Eile." Dann haben wir die Fahnen von LC genommen und sie wieder an den alten Platz gehängt, gut in Sicht und alle haben gesagt, daß es so richtig ist, und daneben ist die von der FLM geblieben. Die von der KPI sind wirklich unmöglich: Sie haben immer Angst. Heute waren sie an den Toren und haben gleich versucht, uns zu spalten. Einer von ihnen hat zu den Genossen gesagt: „Warum spielt ihr denn diesen Kampf so hoch? Das nützt ja doch nichts, den Vertrag unterschreiben sie auch ohne die ganzen Umstände, die nur die öffentliche Meinung gegen uns aufbringt." „Ich hab ihm gesagt, er solle diese Sachen doch mal den Streikposten sagen und er hat geantwortet: „Was hat das damit zu tun?" "Das ist der Unterschied zwischen uns, sie sagen ein Wort vorne und ein anderes hinten, wenn du aber eine richtige Politik machst, dann kannst du sie überall machen. Und das sind Sachen, die bei den Arbeitern zählen.

Heute haben sie aber noch weite Kreise gezogen, heute haben sie den Boden abgetastet. Sie haben gemerkt, woher der Wind weht und sind weggegangen. Aber am Montag, wirst sehen, da werden sie in Massen ankommen, mit den großen Köpfen, um uns zu erklären, daß wir aufhören sollen. Alles hängt aber schließlich vom Abschluß ab, denn wenn Agnelli am Montag noch nicht unterschrieben hat, dann kann er ein Schild aushängen, daß der Fiat geschlossen ist und die Bullen holen. Wir gehen trotzdem rein, das haben wir schon in der Versammlung beschlossen, heute abend. Und dann rufen wir die Presse und das Fernsehen und wir machen eine schöne Pressekonferenz, eine Arbeiterpressekonferenz, wo wir dann allen sagen, was wir wollen: „Das Geld, die entlassenen Genossen wieder mit uns zusammen in die Fabrik, die automatischen Übergänge von einer Lohnkategorie in die andere, mehr Urlaub!" Auch wenn sie am Montag unterschreiben: die entlassenen Genossen wollen wir auf alle Fälle wieder in der Fabrik haben, von der permanenten Versammlung an!"

FLM = Federatione Lavoratori Metallmeccani

Betriebsrat bei OPEL gefeuert – jetzt gibt's PUTZ!

Mitte März wurde bei Opel-Bochum der Rudi Wischnewski fristlos gekündigt, der hier seit 1968 Betriebsrat war. Die Entlassung Wischnewskis wurde von der reaktionären Betriebsratsmehrheit organisiert und mit 34:5 Stimmen gebilligt. **Seitdem wird von der Belegschaft der Opel Werke die Auflösung des gesamten Betriebsrats und seine Neuwahl gefordert.** Mehr als 3000 von 20.000 Opel-Arbeitern haben bereits diese Forderung unterstützt; nach dem Betriebsverfassungsgesetz müssen insgesamt 5000 Unterschriften zusammenkommen.

WAS LÄUFT BEI OPEL?

Opel wurde Anfang der 60er Jahre in Bochum errichtet, als der Bergbau im Ruhrgebiet kaputt ging. Viele Opel-Arbeiter haben früher unter Tage gearbeitet, sie haben ein paarmal den Arbeitsplatz verloren, sind durchs ganze Ruhrgebiet jahrelang von einer Zeche zur anderen verschoben worden, bis sie bei Opel gelandet sind.

Bei Opel-Bochum ist es nicht so wie bei den anderen Automobilbetrieben in der BRD: der Anteil der Ausländer ist ziemlich gering (ca. 2000 = 10%). An den Bändern und Pressen stehen überwiegend Deutsche, zusammen mit ausländischen Kollegen vor allem aus Spanien.

Die Erfahrung, daß die Zechen dicht gemacht wurden, als die Profite nicht mehr hoch genug waren und die harten Arbeitsbedingungen an den Bändern und Pressen sind die Gründe für die verhältnismäßig große Radikalität der Opel-Arbeiter in den letzten Jahren. Die Streiks der letzten Jahre wurden regelmäßig von der gesamten Belegschaft getragen, den Bandarbeitern und Facharbeitern, den Deutschen und Ausländern. **1970 wurde der von der IGM ausgehandelte Tarifvertrag bei Opel mit 85% der Stimmen abgelehnt**, im Landesdurchschnitt waren es nicht einmal 60%. Ähnliche Abstimmungsergebnisse hat sonst nur noch Hoesch, Dortmund.

Der großen Kampfbereitschaft der Opel-Malocher (im Unterschied z. B. zu der der Stammbelegschaft bei Krupp und Stahlwerke Bochum) steht ein bemerkenswert reaktionärer Betriebsrat gegenüber. Bochum ist eine Stadt mit traditionell rechter SPD. In der SPD bestimmen hier die Gewerkschaftsfunktionäre. Unter den Gewerkschaftsfunktionären haben die Betriebsräte der Großbetriebe Opel, Krupp, Wedag, Stahlwerke das Sagen. Die SPD-Bürokratie hat sich von Anfang an gut mit der Opel-Geschäftsleitung vertragen. Die SPD sorgte gegen den Widerstand der lokalen metallerzeugenden Industrie – vor allem Krupp – dafür, daß sich Opel hier ansiedelte.

– das riesige Gelände wurde Opel halb geschenkt
– Steuern wurden auf Jahre erlassen bzw. eingeschränkt
– die Stadt Bochum haftet für alle evtl. auftretenden Schäden an Hallen und Maschinen infolge von Bergschäden
– die Stadt baute Opel mir nichts dir nichts eine wunderbare autobahnähnliche Schnellstraße, die NS 7, die 1 km hinter der letzten Opel-Ausfahrt im Grünen endet
– die Stadt legte Opel einen eigenen kleinen Straßenbahnbahnhof an und richtete eine neue Linie ein

Opel hat es den Arbeitern vergolten. Opel steht am Ende der Lohnskala in der Automobilindustrie. Dafür an der Spitze mit Überstunden und Sonderschichten. 1971 wurden laut Bilanz 258 Millionen DM als Gewinn ausgewiesen, das sind 33 % Dividende.

Jede Forderung, die in den letzten Jahren aus der Belegschaft kam, wurde von dem SPD-treuen Betriebsrat abge-



UNSERE FINANZIELLE SITUATION:
Sie ist beschissen. Selbst wenn wir die noch nicht bezahlten Rechnungen abziehen bleiben von Nr. 1 und 2 immer noch über DM 5000.– Schulden. Überweist uns also unbedingt Spenden auf das Konto

würgt. Ein besonderes Schwein ist der Vorsitzende des Betriebsrats, Perschke. Er hat sich für Opel so gut bewährt, daß er inzwischen Mitglied des Aufsichtsrats ist. Bei der Belegschaft ist er so beliebt, daß er seit einigen Monaten auf Betriebsversammlungen kaum noch reden darf.

Gegen diesen Betriebsrat bildete sich im letzten Jahr eine breite Opposition. Zu den Betriebsratwahlen kandidierten 11 Listen. Z.T. waren diese Listen beeinflußt und unterstützt von politischen Gruppen (vor allem ML) der größte Teil dieser Listen war jedoch Ausdruck der Unzufriedenheit innerhalb der Belegschaft. Die Liste 2 (Gewerkschaftsopposition) erhielt damals mehr als 2000 Stimmen (ca. 10% der Belegschaft) und 5 Betriebsräte, **die offizielle IG-Metall Liste erhielt nur noch 59% der Stimmen.** Um wenigsten soviel Stimmen noch zu erhalten, war die IGM gezwungen, kämpferische und als Linke bekannte Leute auf ihre Liste zu setzen, so z. B. den jetzt gekündigten Rudi Wischnewski, der 1968 über eine unabhängige Liste in den Betriebsrat gekommen war.

Politische Unterdrückung

Nach der Wahl ging der Terror gegen die Linken richtig los. **Der erste, der geschmissen wurde, war der spanische Genosse und Ersatzbetriebsrat der Liste 2, Andres Lara.** Lara hatte die unglaublichen Zustände in den Wohnheimen der spanischen Arbeiter auf einer Betriebsversammlung aufgedeckt. Er wurde gekündigt, daraufhin traten 60-80% der spanischen Arbeiter bei Opel in den Streik. Durch massiven Polizeieinsatz (z. B. lange Polizeiketten beim Flugblattverteilen am Bürgersteig, damit man nicht an die Autos kommt), Meinungsmache in den lokalen Zeitungen, geschickte Falschinformationen durch die Betriebsratsmehrheit innerhalb Opels, Kündigungsdrohungen usw. wurde der Streik zerschlagen. Letzter Anlaß: ein spanischer Faschist stach am letzten Streiktag einen Streikposten nieder und konnte unter dem Schutz der Werksbullen verschwinden.

Die oppositionellen Betriebsräte und andere Genossen der Gewerkschaftsopposition wurden unglaublich unter Druck gesetzt.

Privatdetektive durchschnüffelten ihr Privatleben. Gewerkschaftsschnüffler folgten ihnen auf Schritt und Tritt im Betrieb, **zeitweise steckte man sogar Politbullen zu ihrer Überwachung in Blaumänner.** Drei Genossen wurden wegen „gewerkschaftsschädigenden Verhalten" aus der IGM ausgeschlossen, die anderen erhielten Funktionsverbot. Einer Reihe von Kollegen wurde gekündigt.

Im Februar wurden über Nacht 200 Spanier gefeuert, besonders solche, die sich am Streik im Oktober beteiligt hatten; den größten Teil setzte man gleich in den Zug.

Im Zuge dieser Säuberungskampagne wurde Rudi Wischnewski Mitte März fristlos gekündigt.

Formaler Grund für die Entlassung Wischnewskis, den man schon lange auf dem Kieker hatte, waren seine Enthüllungen über die Leistungszulagen für die Betriebsräte und deren Korruption. Die Leistungszulagen werden nach einer Punktetabelle errechnet, die **bis 30 geht. Betriebsräte haben 28-30 Punkte**, normale Facharbeiter im Schnitt höchstens 24 Punkte. Damit und mit der Unterstützung einer Lohnforderung hatte Wischnewski den Betriebsfrieden gestört.

NATÜRLICH!

Während die Einschüchterungsversuche bis zum Frühjahr teilweise Erfolg hatten, änderte sich dies nun wieder. Der Unwille über die Praktiken des Betriebsrates wurde durch die Informationen Wischnewskis vergrößert; darüber hinaus haben die erfolgreichen Streiks der letzten Monate im Ruhrgebiet die Stimmung verändert. Ein Beispiel soll die Praktiken der Betriebsräte, die eben nicht nur politische Schweine sind, verdeutlichen:

Vor einiger Zeit wurden die Coca Cola Preise um 5 Pfg. von -40 auf -45 erhöht. (ca. 15% Preissteigerung). Zu einer solchen Erhöhung muß der Betriebsrat sein Einverständnis geben. Wischnewski konnte beweisen, daß mindestens 38 Flaschen Schnaps von Coca-Cola dem Betriebsrat „gespendet" wurden, zum besseren Nachdenken versteht sich. Es ist sicher, aber nicht zu beweisen, daß außerdem auch Geld geflossen ist.

Die Kollegen in den Bochumer Betrieben haben ihre Meinung zu der Preiserhöhung deutlich gezeigt: bei Opel und bei Krupp wur~~dne~~ z. B. die Cola Automaten zerdeppert, bei den Stahlwerken wurden die leeren Cola-Flaschen so systematisch zerschlagen, daß man dort jetzt -30 Pfennig Pfand pro Flasche löhnen muß.

Der Zeitpunkt für die Kündigung Wischnewskis war nicht zufällig. Wischnewski hatte für die Betriebsversammlung Ende März weitere Enthüllungen zugesagt, er wollte den Koffer auspacken.

Auch ohne R. Wischnewski wurde die Betriebsversammlung am 29. 3. zu einer einmaligen Demonstration in der Bochumer Opel-Geschichte. **Die Werksversammlung dauerte hier fast die gesamte Mittagsschicht, die nur noch 40 Minuten gefahren wurde.** Fast die ganze Zeit wurde diskutiert, die Stimmung unter den Kollegen war einhellig: Wischnewski ~~mußte~~ wieder eingestellt werden. Die Rede Wischnewskis wurde übrigens verteilt, sie trug ihren Teil dazu bei, die Betriebsratsmehrheit zu isolieren. Sie ist hier im folgenden in Auszügen abgedruckt.

Die 3000 Unterschriften, die Betriebsversammlung waren die ersten beiden Siege. Einige Tage nach der Betriebsversammlung verlor Opel außerdem einen Prozeß gegen den gekündigten spanischen Betriebsrat Lara, der wieder eingestellt werden muß.

Wenn die Unterschriftensammlung weiterhin Erfolg haben sollte, so kann dies für die Entfaltung und Radikalisierung der Kämpfe eine große Rolle spielen. Dann werden auch die Ängstlichen und Abwiegler, mitmachen. Dann wird es bei Opel in diesem Sommer auch nicht mehr um Betriebsratsposten gehen, sondern um höhere Löhne, weniger Arbeit, bessere Arbeitsbedingungen.

Der Kampf für die Wiedereinstellung Rudi Wischnewskis hat so eine besondere Bedeutung. Wischnewski selber braucht eure Solidarität und Geld zum Leben. Schreibt ihm Solidaritätsadressen, schickt Geld an:

Rudi Wischnewski,
43 Essen-Überruhr
Dellmannweg 61.

Bochumer Lehrlings- und Schülerkollektiv



In dieser Atmosphäre der Verrohung und Verirrung tut jedes klärende ehrliche Wort doppelt gut. Und man muß vor der deutschen Arbeiterschaft den Hut ziehen, daß es aus ihren Reihen kam. Kein Parteivorsitzender, kein Gewerkschaftschef, kein Minister, sondern ein Mann der Basis, Günter Perschke, Betriebsratsvorsitzender bei Opel-Bochum, fand im Fernsehen die richtige Formel für die SPD.

Demokratisierung, also mehr Rechte für den einzelnen Menschen, ja.

Sozialisierung, also Verstaatlichung und Verbürokratisierung, nein.

Günter Perschke (43), ehemaliger Bergmann, verheiratet, Vater eines achtjährigen Sohnes, Münzsammler, ist einer jener vielen Sozialdemokraten, die ein besseres Leben in der Praxis wollen und nicht ein schönes Leben in der Theorie. Diese Männer der Praxis haben eine Arbeitnehmergruppe in der SPD gebildet, die ihre Interessen nicht länger von anderen zerreden lassen, sondern selber vertreten will. Schade nur, daß das erst jetzt geschieht, wo die Radikalen schon in allen Ritzen sitzen, die Jugend verhetzen und das politische Klima vergiften.

Wir können und sollen über vieles verschiedener Meinung sein, aber eines brauchen wir gemeinsam:

Demokratische Solidarität gegen den Radikalismus, von welcher Seite er auch kommen mag.

Der Mann mit dem Koffer

Auszüge aus der Rede von Rudi Wischnewski zur Belegschaftsversammlung bie Opel Bochum (29./30.3.73)

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Im Februar dieses Jahres hatte ich schon angekündigt, daß in dieser Belegschaftsversammlung **der Mann mit dem Koffer** kommt. Es ist also nicht wahr, wenn heute behauptet wird, Wischnewski würde erst auspacken, nachdem er gefeuert worden ist. Zu dem Vorwurf, fürher hätte ich selber die Sauereien im Betriebsrat mitgemacht: Seit einem Jahr bin ich nicht mehr alleine mit meiner Kritik; besser, man bringt spät die Wahrheit ans Licht als gar nicht. Es geht schließlich um Eure gewählten Vertreter! Was wollte ich in dem Koffer mitbringen?

Die Feuerzeuge

Aus dem guten Verkauf von Waren im Betrieb (Taschenlampen, Schirme, Feurzeuge, Fotoapparate, Drehschlüssel u.a.) habe ich bekommen: ein Radiogerät (39.– DM), einen ~~Schirm~~, Schirm, ein Bier-Service (etwa 50.– DM) und einen Zinnbecher (etwa 80.– DM). Es ist also eine glatte **Lüge**, wenn G. Perschke Euch erzählt, durch den Verkauf von Waren hätten die Betriebsräte nichts verdient. Auf der Sitzung vom 12.3.73 hat er selbst zugegeben, daß jeder alte Betriebsrat vom Feuerzeug-Vermittler aus Hamburg ein Radiogerät erhalten hatte. Es ist eine **Schutzbehauptung**, wenn Perschke sagt, die Kollegen hätten diesen Verkauf gewünscht. Eine ordentliche Betriebsratsabstimmung über den Warenverkauf hat in den letzten 5 Jahren nie stattgefunden. Auch die neuen Betriebsratskollegen können bestätigen, daß der Feuerzeugverkauf bis September 72, sowie der Drehschlüsselverkauf (seit November 72) unter der Hand durchgeführt wurden. Meines Wissens sind über diese Verkäufe und den Verdienst nur G. Perschke, S. Sonak und zwei, drei Vertraute wirklich informiert. Eine ordentliche Abrechnung des Verkaufserlöses für das ganze Betriebsratsgremium hat es nie gegeben.

Der Schnaps

Auf der Belegschaftsversammlung diese Woche sollte G. Perschke auch mal auf die 38 Flaschen Weinbrand vom letzten Weihnachten eingehen. Da ich gehört hatte, daß jeder Teilnehmer der Weihnachtsfeier des Betriebsrats vom 22.12.72 ab 12 Uhr zwei Flaschen Schnaps bekommen hat, sagte ich auf der Sitzung vom 17.1.73: „Es ist eine Schweinerei, wenn gespendete Sachen nicht auf alle verteilt werden." Die ‚Opposition' war ja zu dieser Feier nicht geladen worden. Dazu sagte G. Perschke, er könnte sich die Leute selber einladen, mit denen er sich zusammensetzt; er hätte die Flaschen aus eigener Tasche bezahlt und den Firmen mitgeteilt, dieses Jahr nichts zu geben. Nach der Sitzung rief ich die Coca-Cola an und erfuhr, daß diese Firma 38 Flaschen Weinbrand an den Betriebsrat geschickt hätte! Drei Tage später rief mich Perschke an und erklärte, daß der Kollege Gantenberg die 38 Flaschen in Empfang genommen und im Schrank verstaut hätte und dann weggefahren sei. Dadurch hätte niemand von dem Weinbrand erfahren; jedenfalls würden die Flaschen jetzt zurückgegeben. Auch dieses Beispiel zeigt, wie ‚Zusammenarbeit' unter diesem Betriebsrats-Vorsitzenden aussieht.

Die Versicherungen

Ein offenes Geheimnis ist es ja auch, daß sich viele Betriebsräte durch Versicherungen einen einträglichen Nebenverdienst verschafft haben. Bei Lebensversicherungsabschlüssen zum Teil zwischen 200 und 500 DM, und daß während ihrer für 28 - 30 Punkte bewerteten Arbeitszeit! Hier einige Namen von Versicherungs-Räten: Gantenberg, Thorbrügge, Schneider, Urban, Böhm, Labensberg, Krause. Heute streiten sie alles ab und verteidigen ihre 30 Punkte.

Die Möbel

Ungeklärt ist ebenso noch die Sache mit der Möbelvermittlung. Als ich im juni 72 aus dem Urlaub kam, sagten mir die Frauen aus der Küche, sie hätten sich beschwert über die Umstände, unter denen sie in den Betrieb gekommen seien. Sie hätten sich beworben, seien abgelehnt worden mit den Worten, Opel würde sich melden, wenn Leute gebraucht würden. Erstaunlicherweise kreuzte dann ein paar Tage später der Kollege Popenda bei ihnen auf; er hätte Beziehungen zu dem Betriebsrat ("Er würde mit ihm suafen") und zum Einstellungsbüro. Er würde sich für sie verwenden, wenn sie bei dem Möbelhaus Krekeler in Gelsenkirchen, das er kennt, einkaufen. Er war spendabel, fuhr mit den Frauen - **Umsiedler aus Polen** - los und kaufte dann Möbel ein, z. T. zum doppelt so hohen Preis wie im normalen Kaufhaus. Dann ging's zum Betriebsrat, zum Einstellungsbüro und ein paar Tage später konnten sie anfangen.

Die Klagen häuften sich und eines Tages - im Betriebsratzimmer - faucht uns, Lothar Hesse war dabei, der Perschke an: Wir sollten ihn nur nicht mit der Möbelsache in Verbindung bringen, das sei alles bereits im Betriebsrat ausgestanden, es hätte sich nichts ergeben! Mir kam es komisch vor, ich fragte bei den Betriebsratskollegen rum und erfuhr, daß auch in der Zeit, wo ich in Urlaub war, nichts davon im Betriebsrat zur Sprache gekommen sei. Einzig Harry Black erinnerte sich, daß einmal in der SPD-Fraktionssitzung davon geredet wurde, dann die Sache aber wieder verschwand. Die Umsiedler konnten damit nicht zufrieden sein, ich beauftragte den Ermittlungsdienst, um Licht in die Sache zu bringen, doch nach den ersten Schritten zog die Geschäftsleitung die Untersuchung an sich und brachte heraus: Alle haben sich uneigennützig zur Verfügung gestellt. Ich sagte auf der Sitzung am 19.9.72, daß das kein ausreichendes Ergebnis wäre, da sprang der Perschke auf und sagte: „Wenn du das nicht anerkennst, dann muß ich dich Dr. Prein melden!" Ich forderte eine eigene Untersuchungskommission, stellte mich selber als Unabhängigen zur Verfügung und forderte einen roten, einen schwarzen und einen rosaroten auf, mitzumachen. Die allgemeine Ansicht der alten Betriebsräte war: **„Wenn das die Geschäftsleitung ermittelt hat, dann ist das verbindlich!"** Ich mußte feststellen, daß im offiziellen Ermittlungsbericht der Geschäftsleitung diejenigen Aussagen, wo ich Perschke als Lügner entlarvt habe, nicht wiederzufinden sind.

In dieser Runde mußte ich passen. Aber Perschkes Lügen gingen weiter: 8 Tage später ein dicker Hund. Perschke, um mich in den Augen der Betriebsratskollegen herabzusetzen, behauptete in der Betriebsratssitzung, seitdem ich den Ermittlungsdienst eingeschaltet hätte, laufen täglich, dutzende anonyme Anrufe bei der Ermittlung ein, werden Kollegen anonym beschuldigt', ich hätte der Denunziation Tür und Tor geöffnet. Ich habe den Mund gehalten, habe am Nachmittag von Werk II aus, Leo Zwierschowsky ist Zeuge, die Ermittlung angerufen, ob wirklich schon, wieviel Anrufe dieser Art denn eingegangen seien. Die Antwort war, ob ich wohl bestußt wäre, bis zum heutigen Tag sei kein einziger Anruf getätigt worden. Auf der nächsten Sitzung des Betriebsrates vom 28.9.72, als der Perschke wieder eine Unwahrheit losließ, machte ich einen Zwischenruf: **„Auf eine Lüge mehr oder weniger kommt es bei dir auch nicht mehr an."** Und ich er-

Ihr kommt auch noch dran

sagte der Einsatzleiter einer Razzia nachts um 1.00 Uhr im „Türken" (Ostertorviertel), Treffpunkt für Freaks, KBeten und für die Leute aus dem besetzten Haus.

Am selben Tag griffen 500 Bullen in Frankfurt die Hausbesetzergenossen im militärischen Großeinsatz an und wurden zurückgeschlagen.

Am 2. Februar 1973 hatten wir: ca. 300 Schüler, Lehrlinge, Jungarbeiter, Studenten ein großes seit Monaten leerstehendes Haus im Sanierungsviertel „Ostertor" besetzt.

Wir hatten vorher in langwierigen und geduldigen Verhandlungen mit dem Bremer Staatsapparat gelernt: Selbstorganisierte Jugendinitiativen werden nicht unterstützt sondern behindert wie es nur geht. Wenn wir unsere Ziele nicht aufgeben wollten, dann mußten wir ohne und gegen den Bremer Senat handeln. Auslöser waren dann unaufschiebbare Bedürfnisse. In unserem alten Aktionsladen, in dem uns der Senat vergammeln lassen wollte, wurde es eng. Immer mehr Leute kamen, die es zu Hause oder in Kneipen und Diskotheken nicht mehr aushielten und nach Möglichkeiten suchten, ihre Freizeit selber zu gestalten. Unter ihnen auch viele, die endlich dem kleinbürgerlichen Familienmief entweichen wollten oder weder Lust noch Geld hatten, in einem gemieteten Einzelzimmer zu versauern. Diese bürgerliche Gesellschaft bot ihnen keine Möglichkeit zum Zusammenleben. Schließlich war da die Sache mit dem Rauch-Haus, das bis Ende Januar vor die Alternative gestellt war: entweder einen repressiven Vertrag unterschreiben oder gewaltsame Räumung. Uns war klar: die beste Unterstützung für die Rauch-Haus–Genossen war, praktisch zu demonstrieren, daß sie nicht isoliert sind: also auch ein Haus besetzen. All das führte zu dem Beschluß, am 2. Februar endlich loszuschlagen. Uns war dabei von vornherein klar, daß die Bullen versuchen würden, uns wieder aus dem besetzten Haus zu vertreiben. Wir trugen dem auf zwei Arten Rechnung: zum einen betrieben wir die Woche vor der Besetzung im Viertel, an der Uni, in den Schulen eine intensive Agitation, am 2. Februar massenhaft in unseren Aktionsladen zu kommen, zum anderen besorgten wir uns das nötige Material zum Barrikadenbau.

Die Besetzung ging glatt, das Haus wurde sofort verbarrikadiert, vor die Fenster Maschendraht gespannt, Nachtwachen eingerichtet, ein Telefonrundruf-System für den Ernstfall eingerichtet. Der Senat war großzügig: statt des sofortigen gewaltsamen massenhaften Bullenangriffs, verteilte er seine Angriffe und benutzte vielfältige Methoden, die zu unserer Vertreibung führen sollten: Razzien im und vorm Haus, Angabe von Fristen, in denen das Haus geräumt werden solle, Spitzel im Haus, „Verhandlungen": Das Haus sei für andere bereits reserviert: für die Obdachlosen. Das erwies sich dann als eine dicke Lüge: die Obdachlosen sind inzwischen in ein Haus gezogen, deren Umbau schon seit Monaten betrieben wurde. Wir haben die Bevölkerung ständig über die Manöver des Senats informiert. Auch die Bremer Presse und das Fernsehen waren schließlich gezwungen festzustellen, daß der Senat mit seinen bisherigen Vertreibungsversuchen auf den Bauch gefallen war. Der Senat änderte deshalb seine Taktik: die Hand, in der er die Peitsche hält, verschwand vorübergehend hinter seinem Rücken, dafür streckte er uns die andere Hand mit dem Zuckerbrot entgegen: Wenn wir hübsch brav sind, unsere Ziele aufgeben und zu bürgerlichen Rechtsformen zurückfinden, dann wird das Haus für uns instandgesetzt, wir dürfen drin bleiben und kriegen Geld für nötigste Anschaffungen. Die Überbringen dieser Lockangebote waren die Jusos: progressiv verpackt und mit viel Geschimpfe und Kritik am bürokratisch-reaktionären Verhalten des Senats.

Dieser Kampf um das Haus hat uns ganz schön genervt. Vor allem die, die ständig dort wohnen. Es ist nicht gerade angenehm, mit der ständigen Bedrohung eines Bullen-Einsatzes zu leben. Hinzu kam, daß das der ganzen Situation (überall Barrikaden: kein Tageslicht) schadete und somit unzweifelhaft keine der Gruppenansätze zur Aufnahme ihrer Arbei motivierte. Das war schlecht. Uns wurde allmählich klar, daß diese Verzögerungstaktik des Senats zum Ziel hatte, uns zu lähmen und gegeneinander aufzubringen. Und wir begriffen außerdem, daß die beste Verteidigung des Hauses darin lag, daß es möglichst schnell anfing, Aktivitäten nach außen zu entfalten, zum Bezugspunkt für immer mehr Leute zu werden; daß das Haus zu einem Treffpunkt für alle die wird, die kapiert haben, daß Politik was mit Lebensbedürfnissen zu tun hat und daß man zur Verwirklichung dieser Bedürfnisse organisiert kämpfen muß.

Eine ganze Reihe von Initiativgruppen haben sich gebildet und ihre Arbeitsansätze während einer Informationsveranstaltung vorgestellt, zu der die „Scherben" spielten, wo über 800 Leute ins Haus gekommen sind.

Der Kampf mit dem Bremer Staatsapparat und mit der bürgerlichen öffentlichen Meinung geht weiter, die Ebenen, auf denen er sich jetzt abspielt sind schon um ein paar Grade raffinierter als die vorhergehenden plumpen Gewalt- und Täuschungsmanöver. So tauchte neulich das Jugendamt mit einem sorgfältig ausgeklügelten Plan auf unserem Arbeitsgruppenplenum auf:

Der Senat erkennt unseren Selbstorganisationsansatz an, er akzeptiert, daß wir keinen Verein bürgerlichen Rechts haben wollen, er ist auch damit einverstanden, daß wir ohne vom Senat bestellte Aufpasser auskommen wollen. Wir sollen b l o ß eine rechtsverantwortliche Gruppe von über 21-jährigen bilden, die in der Lage ist, nach außen verbindlich zu verhandeln und die für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen im Hause selber sorgt.

Wir haben uns dann klar gemacht, was dieser großzügige und progressive Vorschlag für Pferdefüße hat:

- der Senat verhöhnt und verdreht unseren Selbstorganisationsansatz. Er will, daß wir die ganze Unterdrückung, die von seiner bürgerlichen Gesetzlichkeit ausgeht, auch noch selber organisieren:
- der Senat verzichtet großzügig auf die direkte Kontrolle und will, daß wir uns selber kontrollieren. Er will den Feind in unseren eigenen Reihen sehen und unsere bisherige Geschlossenheit gegen gerade diesen Feind zerbrechen. Er will, daß wir uns selber zur Ordnung rufen. Er will, daß die ganze Unterdrückung dieser Gesellschaft, die uns als ansonsten Polizei, Gericht, Jugendamt, Sozialarbeiter, Gesundheitsbehörde, Kriminalpolizei, politische Polizei, deutlich sichtbar gegenüber tritt und damit als Unterdrückung auch direkt und persönlich faßbar wird, nur noch hinterm Vorhang agieren lassen.

Wir werden diesen Vorschlag der Jugendbehörde ablehnen und stattdessen fordern, daß das Jugendamt selber die Verantwortung für das Haus übernimmt. Wenn sie an den Verhältnissen im Haus etwas auszusetzen haben, z. B. daß es zu wenig Klos und Duschen gibt, dann sollen sie welche bauen. Das kann uns nur recht sein. Und wenn sie uns kontrollieren wollen, dann sollen sie es versuchen.

Dieser raffinierte Versuch, uns über die Selbstkontrolle wieder in den Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft zu zwingen, wird von zwei weiteren Kampfformen flankiert:

Diffamierung und Isolierung unseres Ansatzes auf der einen Seite und massive Einflußnahme auf die anderen Jugendinitiativen in Bremen auf der anderen Seite. Koschnick hat diese Doppelstrategie vor ein paar Tagen in der Bremer Bürgerschaft erläutert:

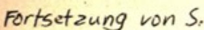
Presse und Senat versuchen, uns als eine Gruppe radikaler Spinner darzustellen und gegen die übrigen Jugendlichen auszuspielen: wir sind aufsässig und exzentrisch, die anderen Jugendlichen brav und vernünftig. Und nun haben wir auch noch angefangen, diese im Kern gesunde Jugend durch unser Auftreten bei Ihren Veranstaltungen zu terrorisieren und ihnen unsere Auffassungen und unsere Kampfformen aufzuzwingen.

Das liest sich im Weser Kurier am   dann so:

Besonders auffällig sei am Freitag vergangener Woche der Besuch einer Gruppe aus dem besetzten Haus „Auf den Häfen" gewesen. Vermutlich hätten ideologische Zusammenhänge zwischen der engagierten Band „Ton, Steine, Scherben" und den Hausbesetzern bestanden. Jedenfalls hätten diese Besucher, so Krahmer, nach Zeugenaussagen Meinungen wie „Schmeißt doch den Popen raus — Besetzt das Haus — Macht Terror" kundgetan. Im Verlaufe des Abends sei dann auch Pastor Schiesches erschienen und habe fotografiert. Als Mitarbeiter ihn auf das Hausverbot ansprechen wollten, sei er wieder verschwunden.

Zu Peinlichkeiten sei es gekommen, als nach einem Lied der Band mit dem Refrain „Macht euch frei" sieben oder acht Gäste sich ausgezogen und nackt getanzt hätten. Deshalb habe der Kirchenvorstand eine Untersuchung angeordnet und die Schließung des Hauses für offene Veranstaltungen verfügt. Die Arbeit der übrigen Jugendklubs werde nicht unterbrochen, erklärte der Kirchenvorstand. Heinz Krahmer meint auch genügend Beweise zu haben, daß zwischen der Beatband vom vergangenen Freitag sowie den Hausbesetzern und Pastor Schiesches Verbindungen bestehen.





klärte den erschreckten Betriebsratskollegen, was ich damit keinte. Ich erzählte ihnen von meinem Anruf. Aber anstatt auf meine Beweise einzugehen, stimmten - ich glaube, es waren 28 - dafür, mir eine Rüge zu erteilen. Perschke saß da mit Heiligenschein und lächelte zum Himmel, die versammelte Mehrheit der Betriebsräte saß da und wollte keine Argumente von mir hören, sie trat die Wahrheit mit Füßen. Wenn ich bisher nur G. Perschke als Wortführer angegriffen habe, so ließen sich -zig Beispiele von anderen Ausschußmitgliedern hinzufügen: Zum Beispiel hat Helga Krause nach der letzten Belegschaftsversammlung im Dezember im Büro von Werk II vor Leo Zwierschowsky und mir die Tür zugeknallt mit den Worten: „Die beiden Verbrecher will ich nicht mehr sehen!" und zog sich zu ihren Gesinnungsgenossen zurück. Dieser Frau Krause ist anscheinend das Betriebsratamt in den Kopf gestiegen. In der Sitzung vom 1.2. 73 griff sie mich persönlich scharf an und fragte dann das Gremium, ob es nicht an der Zeit sei, gegen Wischnewski und Schaumberg ein Ausschlußverfahren zu beantragen. In der Pause dieser Sitzung nannte sie mich dann ‚Sauschwein', Zeugen waren Giebel und Schaumberg, als besondere Beweis für die gute Zusammenarbeit im Betriebsrat.



Etwa 30 jugendliche Störer seien lautstark eingedrungen, hätten angekündet, das Haus besetzen zu wollen, zu zerschlagen, was ihnen unter die Hände käme — ein Striptease von acht Jugendlichen folgte. Doch sie zogen sich wieder an, und auch die jugendlichen Krawallmacher — Krahmer: „Sie kamen aus dem besetzten Haus Auf den Häfen" — beruhigten sich, von den Jugendlichen der Gemeinde dazu bewegt.

Zugleich werden die anderen Jugendinitiativen, so in Huchting, Vahr, Blockdiek und Finndorff zu Tode gehätschelt.

Presse und Senat überschlagen sich in Beteuerungen, wie Recht die Jugend doch habe, nach eigenen Freizeitheimen zu verlangen und bekräftigen die Jugendlichen in ihren Initiativen. Sie werden mit Beifall überschüttet und mit großen Versprechungen eingedeckt, die Berichterstattung der Presse erreicht ein nicht gekanntes Maß an Intensität. Am deutlichsten ist das bei den Finndorfer Jugendlichen am 29. März 1973 zu verfolgen:

Thema: Jugendzentrum

Öffentlich ist die Diskussionsveranstaltung am Freitag ab 18 Uhr im Gemeindesaal der Martin-Luther-Gemeinde in Findorff. Das Thema: Bau eines Jugendzentrums in Findorff. Alle Jugendlichen in Findorff sind aufgerufen, die Forderung nach einem Jugendzentrum zu unterstützen. Das stadteigene Gelände an der Augsburger Straße (brachliegende Fußballplätze) wird von der Jugendinitiative zum Bau eines Jugendzentrums in Findorff für besonders geeignet gehalten. Mit staatlichen Mitteln sollte dort sofort mit dem Bau angefangen werden. Damit — wie es in dem Aufruf heißt — „es endlich einen Ort gibt, wo die Findorffer Jugend ihre Freizeit sinnvoll gestalten kann".

Das Ziel ist klar: eine ähnliche Radikalisierung der anderen Jugendinitiativen soll verhindert werden, eine Verschmelzung mit uns Leuten vom besetzten Haus ebenfalls verhindert werden. Kaum daß die Jugendlichen irgendwo anfangen aufzumucken, werden sie mit einem scheinbar progressiven Konzept abgefangen und so im repressiven Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft gehalten. Auf diesem Feld schlagen sich Jusos und DKPisten mit großer Bravour. Im Stadtteil Vahr forderten die Jusos die dortige Rockergruppe auf, nun endlich das in Aussicht gefaßte Haus zu besetzen.

Die Kehrseite dieser auf die anderen Jugendinitiativen gerichteten Integrationsstrategie ist die Eindämmung und Isolierung des Konfliktherdes auf unser Haus. Unsere Antwort darauf besteht in der Beschleunigung der Gruppenaktivitäten:

Die Stadtteilgruppe Ostertor macht eine Befragungsaktion im Viertel, die als Mittel dient, um mit den mit den Bewohnern über ihre Lebens- und Wohnverhältnisse und über das besetzte Haus ins Gespräch zu kommen.

Aus Anlaß der Straßenschlacht in Frankfurt wurde im Haus eine zweite Informationsveranstaltung durchgeführt, für die durch Flugblätter in Betrieben, Stadtteil und Schulen geworben wurde.

Eine Gruppe von Genossen hat einen täglichen Info-Dienst organisiert. Im Info-Raum hängen Informationen und Termine der einzelnen Initiativ-Gruppen aus, gibt es Anschlagbretter für aktuelle Nachrichten und Wandzeitungen – außerdem einen Bücher – Unterschriften – Tisch, wo Material für die einzelnen Arbeitsgruppen auch von westdeutschen Gruppen ausliegt, die ähnliche Sachen machen wie wir.

Genossen aus den anderen Städten, die ihr dies liest: Schickt uns Flugblätter, Dokumentationen, Broschüren über eure Arbeit!

Die Filmgruppe plant einen Film über die Hausbesetzung, der dann für die Agitation bei anderen Jugendinitiativen eingesetzt werden kann.

Die Jugendlichen aus anderen Stadtteilen sind eingeladen worden, in unser Haus zu kommen, um mit uns zu diskutieren.

Die Kindergruppe ist dabei, einen wilden Spielplatz im Viertel zusammen mit den Kindern aufzubauen.

Die Schülergruppe, unterstützt von allem im Haus, hat sich in den Bremer Schulkampf eingeschaltet und versucht eine von den Bedürfnissen der Schüler ausgehende Politik an den Schulen durchzusetzen. Sie hat dazu einen Artikel geschrieben, der ebenfalls in dieser Zeitung veröffentlicht wird.

Auch die anderen Gruppen: Frauen, Lehrlinge, Jungarbeiter, Theater, um nur einige zu nennen, sind aktiv, z. T. aber noch nicht so weit, um nach außen zu treten.

Natürlich gibt es Probleme im Haus. Die „Selbstorganisation" klappt noch nicht immer. Viele benutzen das Haus nur, sei's zum Schalfen, sei's zum Rumhängen; sie beteiligen sich weder an den anfallenden Arbeiten, z. B. Saubermachen, Wändeziehen, noch an den einzelnen Gruppen, noch am Arbeitsgruppenplenum. Umgekehrt häuft sich dann die Aktivität bei einzelnen, denen es dann auch mal zu viel wird.

Ein zentrales Problem war bisher, daß es keine Räume gab, wo die Arbeitsgruppen in Ruhe ohne ständige Störungen hätten arbeiten können. Das ist jetzt aber in Angriff genommen worden: im 1. Stock werden aus einem großen Saal ein paar Arbeitsräume gemauert. Das kostet natürlich furchtbar viel Geld, Klauen können wir uns nicht leisten, wegen der strengen Überwachung.

Da die unteren Räume bisher nicht gemütlich hergerichtet sind, waren viele Leute in die Stockwerke des Wohnkollektivs gegangen und belämmern die dort Wohnenden, das trägt nicht gerade zur Stabilisierung des Wohnkollektivs bei.

Der letzte Stand: Koschnik hat vor der Bremer Bürgerschaft die aktuelle Taktik gegenüber uns und den anderen Jugend-Initiativen noch einmal zusammengefaßt: Weser Kurier vom 30. 3. 1973:

Leere Häuser für junge Leute

Koschnick gegen illegale Besetzungen

Bremen wird leerstehende Häuser, die sich im Besitz der Stadt befinden und erst in einigen Jahren abgerissen werden müssen, künftig in verstärktem Maße Jugendlichen zuweisen, die sich soziale Aufgaben gestellt haben. Dieses Versprechen machte Bürgermeister Koschnick gestern vor der Bürgerschaft. Der Bürgermeister kündigte jedoch gleichzeitig scharfe Aktionen gegen illegale Hausbesetzungen an. Koschnick: „Wir werden es niemandem gestatten, im Wege des Hausrechts und auf Kosten der Allgemeinheit persönliche Vorteile zu erlangen und demokratische Spielregeln ad absurdum zu führen."

Mit der Zusage des Senats, verwaiste Häuser in Zukunft verstärkt Jugendlichen zur Verfügung zu stellen, fand vor der Bürgerschaft die Besetzung des Hauses Auf den Häfen ihr parlamentarisches Nachspiel, das, wie mehrfach berichtet, vor einigen Wochen von Jugendlichen okkupiert worden war. Bürgermeister Koschnick kündigte an, daß die derzeitigen Bewohner des Hauses ihre Unterkunft nur dann behalten könnten, wenn sie bereit seien, es in ein Jugendzentrum umzuwandeln und einen ordnungsgemäßen Träger ihrer Einrichtung zu bestimmen. Koschnick wörtlich: „Ergibt sich in den Verhandlungen, wie es zur Zeit zu befürchten ist, daß diese Voraussetzungen von den Jugendlichen nicht erfüllt werden, wird das Gebäude anderweitig verwendet."

Ähnlich wie beim Haus Auf den Häfen will die Landesregierung fortan auch mit anderen Gebäuden verfahren, die sich im Besitz der Stadt befinden. Wie der Bürgermeister mitteilte, wurde das Liegenschaftsamt inzwischen angewiesen, zum Abbruch bestimmte Häuser erst dann einzuebnen, wenn dies unbedingt erforderlich ist. In der Zwischenzeit soll unter Einschaltung der Sozial- und Jugendbehörden, des Sozialwerks der Universität sowie der Ortsamts- oder Stadtteilbeiräte eine vorübergehende Nutzung ermöglicht werden.

Dabei machte Koschnick zugleich klar, daß man auch in Zukunft versuchen werde, möglicherweise Obdachlose in diesen Häusern unterzubringen. Der Bürgermeister: „Bei der Frage der Vorrangigkeit stehen bei mir die Obdachlosen an erster Stelle. Sie haben kein Zuhause, während ein Großteil der Jugendlichen jederzeit die Möglichkeit hat, wieder in die Familie zurückzukehren."

MIETERKAMPF IM MÜNCHNER WESTEND



Demonstranten an der Frankfurter Hauptwache

Anfang Januar wurde ein Haus im Münchener Westend vom Vermieter für 230.000 DM verkauft. Der Neuvermieter hat sich bis jetzt noch nicht vorgestellt. Er will die Wohnungen als Eigentumswohnungen zu horrenden Preisen verscheuern. Wenn er sie loskriegt, bekommt er den drei- bis vierfachen Preis raus.

Ein Makler, der sich als Hausverwalter ausgibt, tanzt jeden Tag mit Käufern an, die in die Wohnungen wollen. Nur die renovierten Wohnungen sollen besichtigt werden!

Die Mieter weigern sich, den Typ mitsamt den Käufern einzulassen. Sie kennen den neuen Vermieter nicht,und die Mieten werden auch noch an den alten überwiesen. Der neue hat die Wohnungen den jetzigen Mietern die Wohnungen zum Kauf angeboten, was eine ziemliche Frechheit ist, da diese schon zum Teil seit über 43 Jahren im Haus wohnen und das Haus schon längst abbezahlt haben.

Der Makler erzählt jedem Käufer, daß dieser sofort einziehen kann, wenn er Eigenbedarf anmeldet. Das stimmt nicht, Eigenbedarf tritt erst nach drei Jahren inkraft, und dann kommt noch die Kündigungszeit dazu.

Am Mittwoch, dem 4.April, wurde die erste Mietervollversammlung - zusammen mit Genossen aus der Stadtteilgruppe - einberufen. Es wurde beschlossen, niemanden in die Wohnungen zu lassen. Außerdem haben die Mieter ein Plakat entworfen, auf dem sie die interessierten Käufer warnen, die Wohnungen zu kaufen, weil sie ein Recht auf die Wohnung haben; das Plakat hängt jetzt vor jeder Wohnung und draußen am Haus:

AN DIE SPEKULANTEN UND INTERESSIERTEN KÄUFER !
Dieses Haus ist voll bewohnt
Kein Mieter wird hier ausziehen
Kein Mieter wird in Kürze sterben
Bei Erwerb können Sie erst nach 3 Jahren Eigenbedarf anmelden und kündigen. Danach erst können Sie die Mieter hinausklagen.
Die Wohnungen unterliegen der gesetzlichen Mietpreisbindung
Alle anderen Zusicherungen sind gegenstandslos
Auch wenn die Fassade renoviert werden sollte, bleibt nach wie vor der Schwamm im Haus. Der Zustand des Hauses spricht für sich.

DIE MIETER

Eine alte Frau (sie wohnt 43 Jahre im Haus) hat innerhalb 10 Tagen fünfzehn Pfund abgenommen, da sie Angst hat, morgen auf der Straße zu sitzen. Trotzdem macht sie mit, obwohl sie lieber sterben möchte.

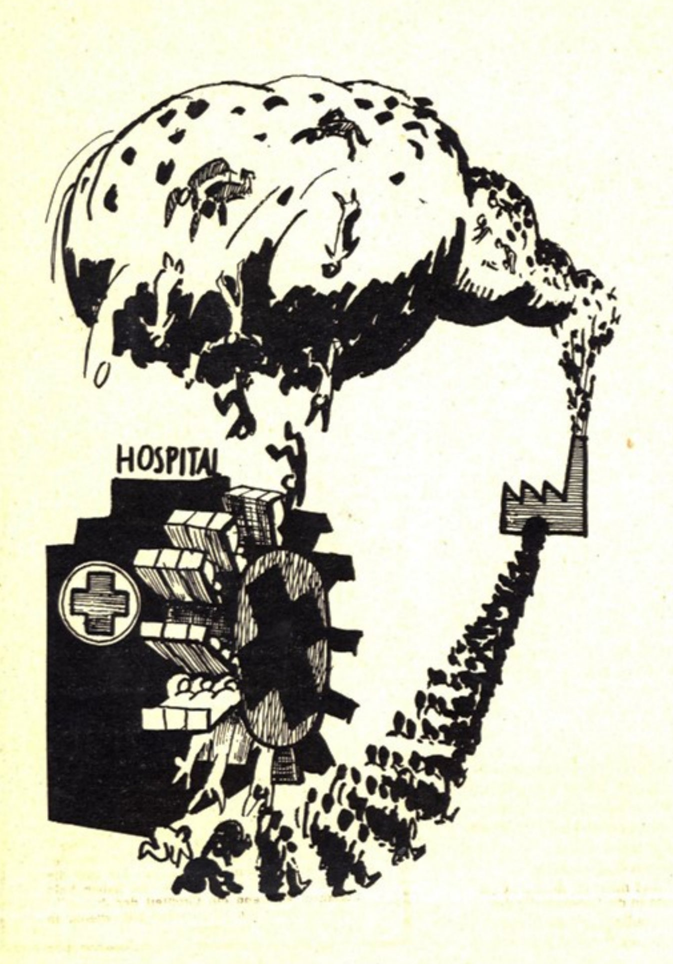
Nächste Woche ist wieder Mieterversammlung. Da soll ein Brief an den alten Vermieter geschickt werden, der den Neuen vorstellen und die Sachlage klären soll. Außerdem schreiben alle Briefe über Mängel in der Wohnung. Wenn innerhalb von vier Wochen nicht renoviert wird, wollen alle weiterhin nur noch die Hälfte der Miete zahlen.

Einer tritt dem Mieterverband bei, um Rechtsschutz zu bekommen. Er macht das im Namen aller.

MENDEN (Rosenmontag)

„Gaststätte Bierbrunnen" erhöht Bierpreise. Jugendliche besorgen sich billiges. Sind bald 500. Blockieren die Hauptstraße, halten Wagen an, feiern. Polizei kann „Auflauf" nicht kaputtgriegen. Keine Wasserwerfer da, deshalb Feuerwehr und Spritzen rangeholt. Suche nach Rädelsführern, Lokalpresse wettert eine Woche gegen die Radikalen.

Proletarische Front



AKTIONEN HELFEN MEHR ALS PILLEN!

An der Universität ist Arbeitsmedizin ein Fach, das sich vor allem mit den Möglichkeiten für eine Intensivierung der Arbeit befaßt.

Dagegen kämpfen die Studenten mit ihren Lehrern um neue „Lehrinhalte". Sie verlangen, daß die meisten Krankheiten nicht als Problem des Individuums angesehen werden, sondern als Berufskrankheiten mit ihren grundsätzlichen Ursachen angepackt werden, genauso wie Unfälle nicht als selbstverschuldet abgetan werden können, sondern als Produkt von Akkord, Rationalisierung, Hetze und verweigerten Investitionen für Sicherheit erkannt und bekämpft werden sollten.

Soweit denken viele Studenten und ihre Marxisten bringen es auf den Begriff von Kapital und Krankheit.

Der Kampf um die Gesundheit des Menschen ist daher in erster Linie der Kampf der Arbeiter gegen's Kapital.

Wir wollten erfahren, was die Arbeiter selbst meinen, zur Intensivierung der Arbeit, zur Verweigerung der Arbeit und zur Durchsetzung ihrer Forderungen. Vom Stand ihres Kampfes hängt die Gesundheit, die Freizeit, der Lohn, die Rente usw. ab.

Wir begannen mit einem arbeitsmedizinischen Fragebogen, von dem die Arbeiter wußten, daß er ihre Scheiße nicht verbessert, aber über den wir Sauereien wie sie in den einzelnen Abteilungen des Großbetriebes (Phönix) laufen ans Licht brachten und gleichzeitig, wie der Widerstand durch Arbeitsverweigerungen und Sabotage geleistet wird.

Wir scherten uns nicht um statistische Probleme, entscheidend war die subjektive Aussage des Arbeiters, über den Widerstand gegen die Krankmacher Lärm, Staub, Akkord, Anstrengung, mangelnde Kommunikation und Anscheißerei der Vorgesetzten.

So erfuhren wir, was ihre Meinung ist, die wir in den Stadtteil, ins Krankenhaus und in die Heime tragen.

Wichtig ist, daß die Ärzte, Schwestern in die zu den Betrieben gehörenden Krankenhäuser gehen dort mit den Arbeitern und Arbeiterinnen sprechen und sie auch durch kräftiges Krankschreiben unterstützen. Wichtig ist zusätzlich, die Kontakte durch Besuche in ihren Wohnungen und Treffen in Kneipen nach dem Krankenhausaufenthalt im Rahmen von Stadtteilarbeit fortzusetzen. Auf diese Weise bekommt das seminarmarxistische Wissen von der Schuld des Kapitals an Krankheit praktischen Wert.

Bei Phönix arbeiten 5000 Arbeiter, davon 1200 Frauen und 1200 Portugiesen. Die meisten Deutschen Arbeiter wohnen in Sozialwohnungen und die Ausländer in Baracken. Auswärtigen ist es verboten, die Baracken zu betreten. Als wir dennoch auch in den Baracken die Diskussion über die Krankheit Arbeit mit den Portugiesen führten, holte die Heimleitung die Bullen, was dazu führte, daß zwei von uns verhaftet wurden, zwei wurden von den Portugiesen versteckt, die anderen konnten ausreißen. Die Protugiesen verstanden unser Kommen als echten Versuch gegen die Krankheit etwas zu unternehmen.
Deshalb kamen wir wieder mit mehreren unter der Parole unidos contra a phönix, vereint gegen Phönix.

Diesmal gingen wir auf Nummer sicher. Den Gehilfen des Heimleiters, der sich dort aufhielt, setzten wir fest und schraubten die Sprechmuschel aus dem Telefon und begannen ungestört die Diskussion mit den Portugiesen, währenddessen andere von uns, die Verbotschilder entfernten. Ein Teil von uns stand Wache auf den Straßen vor dem Heim. In einem unbeobachteten Moment aber konnte der Gehilfe in einem Schrank an ein Direkttelefon zum Werkschutz, über den er die Polizei rufen konnte. Bis diese eintraf, hatten wir uns alle zurückgezogen.

AUS BREMEN:

DOKUMENTATION EINES PARTEIEN-HECK MECK

Am Montag den 19. März haben 700 Bremer Schüler gegen den Rausschmiß von Frank Jeroma und Ralf Friederichs und gegen das Vollversammlungs- und Streikverbot der Schüler demonstriert. Die beiden Schüler wurden entlassen, weil sie trotz Verbotes zu einer Vollversammlung aufgerufen haben und verantwortliche Unterzeichner eines Flugblatts waren, in dem zu lesen war: „Das Endziel müßte sein, das System abzuschaffen." Die demonstrierenden Schüler stellten ein Ultimatum zur sofortigen Zurücknahme der politischen Entlassungen der beiden Schüler. Das Ultimatum wurde abgelehnt, daraufhin streikten am Freitag den 23.3. 2700 Schüler. Am Vorabend hatte die Schulleitung der Gesamtschule für Sozialpädagigik fünf weitere Entlassungen, 99 Androhungen von Entlassungen und 300 Verwarnungen beschlossen. Gleichzeitig wurde den Lehrern, die sich weigerten, Listen der Streikenden anzulegen, beamtenrechtliche Maßnahmen angedrocht und die Verteilung von Flugblättern der ADL (Aktion demokratischer Lehrer) verboten. Das zeigt ganz klar, daß die Schulbehörde nicht die Interessen der Schüler, sondern die des Kapitals vertritt.

WIE WURDE NUN DIESER SCHULKAMPF ORGANISIERT?

Von den in Bremen bestehenden Schülerorganisationen (SSB = DKP-Gruppe und KOB = KBB Gruppe) wurden Tage vor dem Schulstreik Flugblätter verteilt, die versuchten auf rein theoretischer Basis den Schülern die Zusammenhänge zwischen Disziplinierungsmaßnahmen an Schulen und der Faschisierung des Staates (Ausländergesetze, Berufsverbote etc.) und den Zusammenhang zwischen Schule und kapitalistischem System allgemein zu vermitteln. Daß diese Art von Öffentlichkeitsarbeit ein Fehler war, sieht man ganz klar daran, daß sich von 20 000 Bremer Oberschülern nur 2700 am Streik beteiligt haben. Sie hätten über ihre unmittelbaren Interessen als Schüler (Leistungs- und Zensurenterror) angesprochen werden müssen und nicht über abgehobene ‚politische' Themen.

Die Demonstration selber wurde dann folgendermaßen organisiert: Marsch durch die Innenstadt, in achter-Reihen, genau 1 m Abstand, vorher festgelegte Parolen und Sprüche, die den Demonstranten über die Lautsprecherwagen der DKP und des KBB in die Ohren gebrüllt wurden zum Nachbrüllen. Stoppen des Zuges beim Bildungssenator, eine Delegation geht hoch, der Senator lehnt deren Forderungen ab, DKP und KOB schreien „Thape-Volksfeind" und versuchen, den Zug wieder in Gang zu bringen, zur volksdemokratischen Abschlußkundgebung auf dem Marktplatz. Das gelang jedoch vorerst nicht. Eine Gruppe von Schülern, die eingesehen hatte, daß man durch so eine lahme Demonstration nichts erreichen kann, wollte das Büro des Bildungssenators Thape stürmen und besetzen, um der Bevölkerung zu zeigen, daß sie nicht nur verbal für ihre Forderungen eintreten, sondern auch bereit sind, dafür zu kämpfen. Hier zeigte sich jetzt aber das wahre Gesicht der Organisationen: DKpisten und KBeten bildeten zusammen mit den Bullen Ketten, um das Haus des Senators zu schützen. Nach dem Scheitern dieses Sturmversuchs wurde die Demonstration „ordnungsgemäß" mit einer Kundgebung abgeschlossen. DKpisten und KBeten gingen, obwohl sie nichts erreicht hatten, befriedigt nach Hause, weil sie sich wieder einmal von ‚anarchistischen Tendenzen' und ‚blinden Aktionisten' abgesetzt hatten.

TRETET AUS DEN PARTEIEN AUS.
NEHMT EURE SACHEN SELBST IN DIE HAND.
ORGANISIERT EUCH SELBST.



internationales jugendzentrum rüsselsheim

Was bis jetzt gelaufen ist:

Im Zusammenhang mit der Antirassismus-Kampagne begann die Diskussion um ein internationales Zentrum.

Anfang Oktober machten wir nach der Demonstration gegen die Ausländergesetze eine plakative Besetzung (d. h. wir hängten Transparente und Fahnen an ein halb leerstehendes städtisches Haus). Wir sind dabei einige RK-Genossen, die Lehrlingsgenossen, die wir schon kannten, und ein Teil der linken Schüler aus dem in Rüsselsheim existierenden club voltaire.

Der club voltaire wurde kurz darauf von der Stadt geschlossen (er war der einzige politische Treffpunkt von linken deutschen Jugendlichen und Emigranten). Wir bemalten daraufhin das Rathaus und machten mit 80 Leuten ein go-in im Rathaus.

Aus diesen Leuten bildete sich die Initiativgruppe Internationales Jugendzentrum. Mit ihnen zusammen machten wir dann Flugblätter, Fragebogenaktionen, Fest und Diskusionen mit der Stadt.

Nach zwei Monaten besetzten wir eine leerstehende Villa, die der Stadt gehört. Im Haus waren die Leute zunächst einmal geflippt von der Architektur einer „Villa" und von der Tatsache, daß unheimlich viele Leute dort waren, die miteinander redeten, Transparente malten – überhaupt, daß was los war. Alle waren happy und high. Ständig waren so 150–300 Leute im Haus. Gleich am ersten Abend ging dann auch eine Riesenparty los. Es war Klasse, der Haken an der Sache war nur, daß diese Party zur Dauereinrichtung wurde und die nächsten fünf Tage außer dem Plenum die Hauptaktivität der Leute im Haus war. Die Typen taten eigentlich im Haus nicht mehr als das, was ihnen auch in den Freizeitschuppen eingeredet wird (Zigarette lutschen, Bier saufen, sich mit Musik volldröhnen lassen). Nur im Haus war es halt lockerer als in den Diskotheken.

Das lag aber auch an uns. Wir haben uns darauf verlassen, daß die Spontaneität der Massen in der Aktion entfesselt wird, ohne die geringste Ahnung davon zu haben, wie diese wohl inhaltlich aussehen würde (d. h. ein bißchen hatten wir schon vorbereitet, wie Druckmaschinen, Sachen zum Malen und Kleben etc., aber wir machten uns kaum Gedanken darüber, wie diese Spontaneität im Hause selber zu organisieren sei).

Beispiel: Viele Jugendliche entwickelten zwar Ideen, erzählten die aber immer nur den Obermackern. Wir hätten eine Gruppe vorschlagen müssen, wo man solche Vorschläge macht, die dann dort diskutiert werden und ins Plenum eingebracht werden. So blieben die Ideen immer nur frustierte Einzelinitiativen. Aber wir hatten auch nur fünf Tage Zeit und standen unter dem permanenten Druck der Räumung. (All das steht sehr ausführlich in unserer Dokumentation, die wir zusammen mit den Besetzern geschrieben haben!) Nach dem Rausschmiß machten wir zwei spontane, ziemlich militante Demonstrationen und trafen uns bis Weihnachten regelmäßig mit 80 Leuten in einem Keller, den die Stadt zur Verfügung gestellt hatte.

Nach Weihnachten schlaffte die Sache ab, auch deshalb, weil wir nicht mehr in den Keller gingen, da sechs Leute Hausverbot dort bekommen hatten. Dafür organisierte sich jetzt die Sache durch die „Berufsjugendlichen" (Jusos, DKP, KJVD etc.).

Es besteht jetzt ein Plenum mit 40 Leuten, die sich regelmäßig treffen, und die Perspektive ist entweder die Übernahme eines von der STadt angebotenen Gebäudes oder eine neue Besetzung.

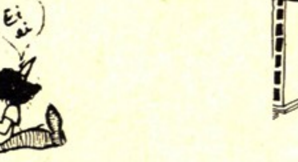
Nach zwei Jahren Betriebsarbeit beim Opel warenwir endlich soweit, wir begannen mit der Stadtarbeit.

Im Laufe der Betriebsarbeit waren wir immer wieder auf ein Riesenproblem gestoßen: in der Fabrik hatten wir es vornehmlich mit älteren Arbeitern zu tun, die aufgrund ihrer demoralisierenden Erfahrungen wie Faschismus, Krieg, Wiederaufbau ziemlich kampfunwillig waren, was ein objektives Problem für die Entwicklung einer Kampfperspektive für den Opel darstellt. Auf der anderen Seite aber auch jede Menge Verhaltensschwierigkeiten für die im Betrieb arbeitenden Genossen produziert.

Beim Opel sind die jungen Arbeiter fast alle Facharbeiter (oder Ausländer) und die Genossen arbeiten als ungelernte Arbeiter am Band, d. h. sie lernen die Typen kaum in der Fabrik kennen. Deshalb die These: „Arbeit im Freizeitsektor wird Kontakt mit diesen Typen bringen!"

Wir haben auch gemeint, Stadtarbeit ist ganz einfach, gehst mal hin und guckst, kennst aus der Studentenbewegung noch die paar Schlagworte: „Manipulation, Isolation, Konsumterror, Kleinfamilienhorror" und damit wird man die Sache schon schmeißen.

Das einfachste in der gesamten Konzeption von Stadtarbeit ist die Arbeit mit Jugendlichen und die scheint auch politisch am vielversprechendsten zu sein. In gewisser Weise sind wir da auch einer bürgerlichen Ideologie aufgesessen: „Die Jugend ist jederzeit zum Putsch bereit, es gibt eine jugendliche Protestbewegung und es gibt ein freak potential". Wir haben von **den** Jugendlichen und **den** Typen geredet, ohne uns konkret klarzumachen, **welche Unterschiede zwischen den einzelnen Jugendlichen bestehen.**



Da gibt es einmal diejenigen, die aus relativ liberalen bürgerlichen Elternhäusern kommen, zur Oberschule gehen und aus „wissenschaftlichen" Interessen links werden.

Die andere Gruppe sind die Lehrlinge, die schon mit 15 Jahren Tag für Tag 8 Stunden in der Fabrik schaffen müssen.

Da sind dann die „Kurzen", die auf der Grundschule noch hängen und dort ihre letzten zwei Jahre absitzen und mit drei weiteren Geschwistern samt Eltern in einer Drei-Zimmer-Sozialwohnung hausen.

Die letzte Gruppe, die wir mobilisierten, waren dann die ausgeflippten Jungarbeiter, leicht kriminalisiert und scharf auf Alkohol, oder die andere Fraktion der ausgeflippten Jungarbeiter, nämlich die Dauerkiffer oder Fixer.

Mädchen waren in all diesen Gruppen nur relativ wenig dabei und die meisten zudem als Freundin irgendeines Typen. Genau wie wir in der Fabrik erst lernen mußten, **das** Proletariat nicht als einen einzigen festen Block wahrzunehmen (selbst wenn uns das vorher schon abstrakt klar war, sah es doch konkret anders aus), genauso mußten wir in der Arbeit mit den Jugendlichen lernen, diese Unterscheidungen zu machen. Wobei erschwerend hinzukommt, daß es oberflächlich zunächst einmal so aussieht, als seien sich diese verschiedenen Gruppen verdammt ähnlich. Alle hängen cool rum, finden alles beschissen und rühren sich ziemlich wenig (jedenfalls in Rüsselsheim).

Anders als in der Fabrik, wo wir 8 Stunden lang die Situation in der Arbeit miterleben, stecken wir bei der Jugendarbeit absolut nicht in derselben Situation wie die Jugendlichen (sei es in der Schule oder Werkstatt, sei es im Familienzusammenhang).

Das bedeutet konkret, sich neue Untersuchungsmethoden auszudenken, um rauszukriegen, welches die Bedürfnisse sind, deren Artikulation in Konflikt mit der Organisation ihres Lebens und Arbeitszusammenhangs stehen (wie Sexualität gegen Familie / Konsumwünsche gegen Ausbildungsentlohnung / Wunsch nach Aufhebung der Isolation gegen Leistungsdruck und Konkurrenzdruck in Schule und Werkstatt).

Wir sind nicht hingekommen wie die organisierten Kommunisten, die schon von vornherein wissen, welche Bedürfnisse die Jugendlichen zu artikulieren haben.

Wir haben wahrscheinlich den gegenteiligen Fehler gemacht, nämlich uns zunächst total ihren oberflächlichen Bedürfnissen anzupassen wie rumhängen, kiffen und Musik. **Diese Anpassung hat z. T. eine faktische Entpolitisierung bedeutet.** Die meisten Jugendlichen haben nämlich denselben Horror vor Politik wie ihre Alten; und haben auch deren Mißtrauen, nämlich vor den politischen Karren irgendeiner Organisation gespannt zu werden.

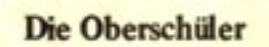
Wir beschränkten uns deshalb häufig in der Diskussion auf die allerunmittelbarsten Bedürfnisse und hoben nicht die politische Bedeutung einer Forderung wie „selbstverwaltetes internationales Jugendhaus" und den Kampf dafür in einer Stadt wie Rüsselsheim hervor.

Dieser politische Opportunismus hat sich während der Besetzung gerächt. Zum großen Teil kamen die aktuellen politischen Einschätzungen über unsere Besetzungssituation von uns, **was uns eine faktische Monopolstellung gab** und absolut nicht demokratisch war.

Zum anderen politisierten uns die Zeitungen, indem sie die Genossen vom RK als Anarchisten darstellten und den RK als Terrororganisation, ohne daß viele Jugendliche von uns klar vorher erfahren hätten, **wer wir genau politisch sind.**

Bei all unseren Aktionen und auch den meisten Diskussionen sind wir bisher immer **vor** der Arbeitssituation stehen geblieben. Wir wissen immer noch nicht, welche Wirkung eigentlich so eine Aktion auf das faktische Verhalten der Typen am Arbeitsplatz hat. Dieses Interesse mag dogmatisch leicht mal etwas für mich als Schülerin innerhalb der Schule Lust, nur als die duften Kumpels rumzuspringen (wobei wir eins mit Sicherheit dennoch sagen können: wir haben die Typen angeturnt, so daß sie motziger geworden sind, vielleicht kann man zunächst auch nicht mehr erwarten und die Diskussion über die Arbeit ist ungeheuer langweirig, vielleicht!).

Immerhin sind wir jetzt so langsam in der Lage, nach der Analyse der Einzeldiskussionen, unserer Erfahrung während der Besetzung und in Kneipen, Diskotheken, Partys, die verschiedenen Gruppen genau zu beschreiben und eine neue Besetzung oder Übernahme eines Jugendhauses anders zu organisieren.



Die Oberschüler

Die „Unfähigkeit" der Rüsselsheimer Oberschüler, ihre eigenen Bedürfnisse zu erkennen und zu äußern, daß sie sich stattdessen vielmehr in die Interessen der Emigranten und der Lehrlinge hineinsteigerten (was ja in der Vorbereitungszeit bis zur Besetzung hin und im besetzten Haus selbst stark der Fall war), läßt sich in einigen Punkten vielleicht aus ihrer Situation in Rüsselsheim selbst erklären. Ich selbst war mal Rüsselsheimer Schülerin und kann es in etwa nachvollziehen.

Es fängt mit den üblichen Auseinandersetzungen mit den Eltern an. Dies gibt Gesprächsstoff über Jahre hinweg für alle. Dann kommen die gesellschaftskritischen Themen und Bücher, die auch z. T. von Lehrern angesprochen werden. Man bekommt immer etwas mehr Einblick in die tagespolitischen Geschehnisse, Rassismusprobleme, Emanzipation, Stellung des Proletariats im Kapitalismus und weiß der Teufel was noch. Man übt sich darin, den Unterricht des einzelnen Lehrers zu kritisieren und all diese Themen dort durchzudiskutieren. Doch nie fängt man an, seine eigene Schulsituation mehr zu durchleuchten, was natürlich von Seiten der Lehrerschaft bewußt verhindert wird.

Der unwahrscheinliche Druck – um politisch links, d. h. „in" zu sein, muß man über Kapitalismus, Sozialismus, Imperialismus bescheidwissen – steht hinter einem . Also wird viel gelesen und darüber innerhalb des Unterrichts gequatscht. „Man muß ja theoretisch auf der Höhe sein, um dann evtl. in Mainz oder in Frankfurt an der Uni sich auch angemessen artikulieren zu können."

Da es in Rüsselsheim keine richtige „Schülerbewegung" gab, sondern später nur den Club Voltaire, werkelte nur jeder isoliert vor sich hin, brachte sein Abi so gut wie möglich hinter sich und stürzte sich dann auf den Hochschulkampf.

Ich selbst wußte natürlich auch ganz genau über alles andere Bescheid, nur über mich als Schülerin nicht. Außer das ich vielleicht von zu Hause wegwollte. Ich richtete mich voll und ganz nach den „linken" Studenten. Auf die Idee, vielleicht mal etwas für mich als Schülerin innerhalb der Schule und der Stadt zu tun, bin ich nie richtig gekommen. Wozu auch. Mit den paar Versuchen, die man machte, stieß man nur auf Widerstand und Passivität der anderen. Also fängt man wieder an, sich auf sein Notenbild zu konzentrieren, um endlich zur Uni zu kommen.



Die Lehrlinge

Wie sich die Lehrlinge im Haus verhalten haben, ist wohl bestimmt durch ihr bisheriges Leben im Betrieb, zu Hause und in der Freizeit.

In der Schule in den letzten Klassen fängt das schon an. Sie haben unklare Vorstellungen, was auf sie zukommt. Als Volksschüler, wenn man nicht total doof ist, muß man eine Lehre anfangen. Da geht die Scheiße schon los. Der Berufsberater labert ein bißchen und man wird irgendwo hingestopft, wo man überhaupt keine Ahnung hat, was auf einen zukommt.

Aber noch hat man ja Illusionen; man hat ja alle Möglichkeiten aufzusteigen; Meister, Ingenieur, Betriebsleiter. Es dauert aber nicht lange, bis man kapiert hat, daß die einfachsten Dinge nicht klappen. Der Meister wird zum lieben Gott und der Betriebsleiter ist überhaupt unerreichbar.

Von nun an geht es bergab. Man überlegt sich, einfach abzuhauen, aber wohin weiß keiner. Also klingelt morgens der Wecker und alle gehen wieder arbeiten und außerdem sind es nur noch drei Tage bis zum Wochenende.

Jeder hat ja auch viele Möglichkeiten, z. B. im Lotto gewinnen, eine eigene Werkstatt aufmachen, eine reiche Frau auftun; überhaupt, irgendwas passiert mal, man muß nur Geduld haben, warten und die Klappe halten. Aber nichts passiert und die Träume werden mit dem Warten immer größer und sie rücken immer weiter weg. Aber der Wecker, der klingelt, der Meister brüllt und die Maschinen werden auch nicht leiser. Zu Hause gibts auch nur noch Stunk. In zwei Tagen ist Wochenende und diesmal passiert aber wirklich was ganz Duftes.

Am Freitag geht die Scheiße schon wieder los. Die halbe Million vom Lotto ist futsch, weil die nicht die richtigen Zahlen gezogen haben. Am Samstag sind die Frauen noch genauso doof wie beim letzten Mal und so geht das weiter, Woche für Woche.

Die Illusionen entstehen wohl nicht zuletzt durch die isolierte Situation, in der jeder lebt. In Rüsselsheim wird das noch dadurch verstärkt, daß die Lehrlinge aus den umliegenden Dörfern anreisen und ihre Freizeit nicht in Rüsselsheim verbringen, sondern in ihren Käffern. Die besondere Schwierigkeit für viele Lehrlinge ist es, daß es zwar den Opel mit ca. 900 Lehrlingen gibt, sonst aber nur ganz kleine Klitschen mit 2–3 Lehrlingen. Diese haben dann kaum die Möglichkeit, sich untereinander zu treffen und sich zusammenzuschließen. Aus dieser Situation heraus kann wohl niemand in ein paar Tagen seine Bedürfnisse wirklich erkennen und auch danach handeln. Deshalb war es wohl auch ein Trugschluß zu glauben, daß Lehrlinge, wenn sie in ein Jugendhaus kommen, sofort anfangen Arbeitsgruppen über Kriegsdienstverweigerung und Sexualität usw. machen. Deshalb flippten alle rum, hörten Musik und taten nichts. Die Erfahrungen, die gemacht wurden, konnten in dieser kurzen Zeit von niemanden verarbeitet werden.

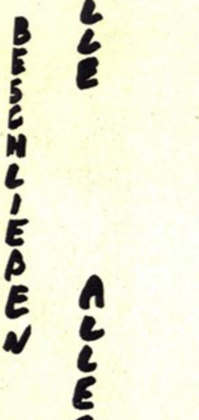




Der Rüsselsheimer Magistrat ist ein Gangstersyndikat











Die „Kurzen"

Das Problem mit den „Kurzen", die noch zur Schule gehen. Die meisten von ihnen sind einfach keine Kinder mehr, und eben aus der Tatsache, daß sie überall noch wie Kinder behandelt werden, entsteht ihre Wut und die Lust, etwas zu tun und sich einzusetzen.

Ihre Probleme sind ziemlich klar: Ausgang, Taschengeld, Sexualität, Schule.

Außer für den Schulkampf lassen sich Organisationsformen für die kämpferische Lösung der Probleme kaum angeben.

Beispiel: Taschengeld – die Proleten verdienen z. T. so wenig, daß sie ihren Kindern kein ausreichendes Taschengeld geben können.

Es kann jetzt nur darum gehen, zu erklären, woher das kommt, Versammlungen mit den Eltern zusammen zu machen und dann einen Marsch der Kurzen auf den Opel zu, um mehr Geld für die Eltern zu verlangen.

Ausgang und Sexualität: – Mit den Kurzen diskutieren, warum die Eltern so heftig reagieren, welche Sexualverdrängungen bei ihnen dahinterstecken und wiederum Versammlungen mit den Eltern einberufen. Da können dann die Kurzen kollektiv gegen die Eltern eine einheitliche Regelung treffen.

Sinn dieser ganzen Aktivitäten ist zunächst einmal, daß die Betroffenen lernen, ihre Situation einzuschätzen und ihre Bedürfnisse klarer kriegen. Wir können uns nicht zustimmend dazu verhalten, daß sie am liebsten den ganzen Tag rumhängen und sich von der Musik durchschütteln lassen.

Wenn wir bei der Diskussion über die Alten nicht gleich auch deren Arbeit miteinbeziehen (die außerdem die reale Perspektive auch der Kurzen ist), werden wir nicht weit kommen.

Diese Diskussion muß geführt werden, nicht um die Alten zu entschuldigen, sondern um an deren Beispiel aufzuzeigen, wie kaputt man wird, wenn man sich diesen beschissenen Verhältnissen ohne Widerstand unterwirft.

VOLKER, HÖRT DIE SIGNALE...



AUF ZUM LETZTEN GEFECHT!

Die „Hüttjes"

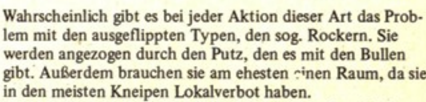
Die Hüttjes sind eine Gruppe von 16–30jährigen Typen, von denen sich die meisten durch Gelegenheitsarbeiten durchschlagen, die Teils aber auch einen festen Arbeitsplatz (wie z. B. beim Opel) haben. Viele von ihnen haben keinen festen Wohnsitz, sie leben im Ostpark (in einer Laube – dem sogenannten Hüttje), sorgen gemeinsam für ihre Verpflegung und unterhalten sich in ihrer eigenen Sprache. Alle haben jede Menge Gerichtsverfahren am Hals, haben z. T. auch schon im Knast gesessen, fast immer wegen irgendwelcher Schlägereien oder wegen Einbruchs. Wenn sie nicht regelmäßig arbeiten gehen, so auch deswegen, weil sie ihren Lohn gepfändet bekommen, das Geld, was ihnen dann übrig bleibt, reicht kaum für ein paar Flaschen Bier aus. Innerhalb der Hüttjesgruppe gibt es eine hierarchische Ordnung. Die Hüttjes halten zumindest nach außen auf Biegen und Brechen zusammen.

Ins besetzte Haus sind die Hüttjes deswegen gekommen, weil sie wußten, daß da was los ist. Im Haus nisteten sie sich sofort in einem Raum im ersten Stock ein, wo sie bei lauter Musik und viel Bier zusammen rumhingen. Die Hüttjes waren von den anderen im Haus (Schüler und Lehrlinge) ziemlich isoliert, weil sie den ganzen Tag miteinander soffen, weil sie sich kaum am Plenum beteiligten und dann auch wegen ihrer aufreißerischen Sprache. Der eigentliche Grund war aber die Erfahrung, die die Rüsselsheimer schon mit ihnen gemacht hatten. Sie kannten die Hüttjes hauptsächlich durch Schlägereien und hatten Schiß, von ihnen verkloppt zu werden. Vor allem die Schüler hatten deswegen ziemliche Angst, einige meinten sogar, die Hüttjes hätten nichts im Haus zu suchen. Die Angst war eigentlich unbegründet, weil die Hüttjes ja mit uns zusammen ein Interesse am Haus hatten und es auch mit uns zusammen halten wollten, was sich auch daran zeigte, daß sie den Besen zur Hand nahmen, wenn es darum ging, das Haus sauber zu machen.

Unsere größte Sorge war aber, wie sie sich bei einer evtl. Räumung verhalten würden. Wir erwarteten einfach, daß sie jede Gelegenheit aufgreifen würden, wenn es darum ging, Putz zu machen, falls die Bullen auftauchten. Tatsache ist aber, daß sie bei der Räumung auf die Provokationen der Bullen reagierten, so wie alle anderen auch, nur daß sie halt die ersten waren.



DIE INTERNATIONALE...



ERKÄMPFT DAS MENSCHENRECHT!

Rassismus

Wahrscheinlich gibt es bei jeder Aktion dieser Art das Problem mit den ausgeflippten Typen, den sog. Rockern. Sie werden angezogen durch den Putz, den es mit den Bullen gibt. Außerdem brauchen sie am ehesten einen Raum, da sie in den meisten Kneipen Lokalverbot haben.

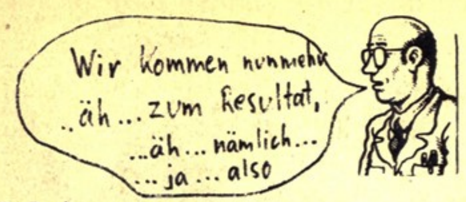
Diese Typen versuchen noch, nicht völlig ohne Widerstand gegen die Scheiße in Arbeit und Betrieb eingemacht zu werden. Aus ihren Aggressionen und Frustrationen haben gerade diese Typen einen militanten Rassismus entwickelt. (Der seine Antwort darin findet, daß natürlich die Ausländer, sobald sie in Cliquen zusammen sind, ihre Wut über die deutschen Kapitalisten an einzelnen Deutschen, die sie gerade erwischen, auslassen.)

Das Idiotische an diesem Rassismus ist wirklich, daß er produziert wird bei Deutschen und Ausländern vom Opel, ausgetragen wird aber gegeneinander und nicht gemeinsam wird gewandt gegen den Opel.

(Ein Beispiel: Wir hatten nach der Besetzung einen grossen Kellerraum bekommen, da waren alle Leute, die auch im Haus gewesen waren. Natürlich auch die wenigen Italiener und die Hüttches. An einem Samstag wollten wir dort ein Fest feiern. Waren aber zu faul gewesen, was vorzubereiten und hauten fast alle wieder ab, ein Teil der Jugendlichen kam auch mit nach Frankfurt. Zurück blieben die Hüttches, die darüber irre sauer waren.

Nicht nur, daß nichts lief an diesem Abend, irgendwo waren sie auch allein gelassen, die anderen hatten sich verpißt und sie nicht mitgenommen. In dieser aggressiven Stimmung kamen dann auch die Italiener rein und an denen ließen sie sich dann aus, d. h. sie verprügelten sie ganz mächtig. Ende der Konzeption des multinationalen Zentrums).

Wir haben ihnen dann zusammen mit den Italienern Prügel angedroht und eine lange Diskussion mit Italienern und Hüttches geführt.



Das Resultat

Das Resultat: Im Jugendhaus und auch im RK Haus, werden keine Ausländer mehr angerührt und man wird sich bemühen, miteinander zu reden etc. Wobei man wirklich dazu sagen muß, daß dieser Kompromiß nur durch unsere Interventionen aufrechterhalten wird. Gleichzeitig läßt sich aber absehen, daß sich zu einigen Ausländern das Verhältnis bessert, einfach, weil sie konkret in einem Haus zusammen sind. Aber es geht halt verflucht langsam.

Unsere Perspektive: Wir wollen versuchen, mit ihnen zusammen bei der Stadt Wohnkollektive durchzudrücken und Überbrückungsgeld für die Zeit der Lohnpfändungen zu finden.

D. h. zunächst mal ganz schlichte Resozialisationsversuche. Aber wir haben auch noch eine andere Dimension der Arbeit, die bei der Arbeit mit Randgruppen während der Studentenbewegung nicht da war. Dadurch, daß die Genossen auch im Betrieb arbeiten, können sie mit ihnen über die Arbeit reden, sie in den Abteilungen besuchen und dadurch zu ihnen ein anderes Verhältnis kriegen als nur Sozialarbeiter. Einfach, weil sie mit uns und wir auch mit ihnen lernen können sich in der Arbeit gegen den „richtigen" Feind zu wehren.

Reform

a)im Betrieb

Was immer wir im Betrieb im Verlauf unserer politischen Intervention gemacht haben: sei es die Aufklärungsflugblätter, verschiedene Kampagnen, durch Auftreten auf den Betriebsversammlungen; – immer mehr sind wir auf den organisierten Widerstand nicht nur etwa des Kapitals gestoßen (nichts ist logischer als daß ein Kapitalist ihm unangenehme Arbeiter entläßt, bedroht, usw.) sondern all der politischen Kräfte im Betrieb, die man gemeinhin reformistisch nennt, also die Arbeitervertreterorganisationen, Vertrauensmann, Betriebsrat, Gewerkschaft und Sozialdemokratie. – Wers nicht glaubt:

- auf den Betriebsversammlungen wetterten die Arbeiterkader gegen die ‚Linken' und die ‚Anarchisten', schlimmer noch als die Geschäftsleitung; so als ob der Feind links stünde
- als im Oktobe 71 in der Tarifrunde 2000 spanische und italienische Arbeiter mit dem Ruf ‚eine Mark für alle' in die Betriebsversammlung zogen, beschloß die Gewerkschaft in Zukunft für jede Nationalität eine getrennte Betriebsversammlung zu machen, perfekte Spaltung.

bei allen Arbeits- und Entlassungskonflikten sorgen die ‚Reformisten' für einen möglichst reibungslosen Ablauf. . . , und garantieren minimale Lohnerhöhungen, Sozialleistungen usw.

derzeit entwickelt sich anscheinend eine eher rechte Gruppierung im Betriebsrat und Vertrauenskörper gegen unsere subversive Tätigkeit. .

b) in der Stadt

Sicher, hier herrscht seit zwanzig Jahren die Sozialdemokratie nahezu absolutistisch; ein rechter Jungsozialist wie der Birkholz gilt der Stadt als extrem links, nur weil er, z. B. parlamentarisch daran rumnörgelt, daß dem heimischen Bauunternehmer Rodenheber beliebig viele und teure Projekte in den Arsch geschoben werden. Aber hier gibt es, und das hat spätestens die Aktionsgeschichte ums Jugendzentrum gezeigt, keinen organisierten reformistischen Kader, ob links oder rechts, wie er sich im Opel entwickelt hat. Die Hausbesetzungsaktion und unsere (RK) Stärkeposition sind in der Form nur möglich gewesen, weil solch ein progressiver, aktiver oder oppositioneller Kader in der Stadt gefehlt hat. Es waren also wesentlich die Genossen des RK (und etwa die KJVD-Genossen), die die Bedürfnisse und Vorstellungen der Initiativgruppe – Jugendlichen f ormulieund radikalisieren konnten. – Jugendzentrum, leuchtet ein, o.k., aber wie? ! Den Kampf ums Jugendzentrum und das Leben darin versuchten wir als Einheit darzustellen: wir brauchen solch ein Haus, weil wir dort am ehesten in dieser trostlosen Stadt unsre verschiedenen Bedürfnisse realisieren können. Das Haus muß von der Stadt sein, klar. Aber wenn wir uns an die Stadt und ihre Institutionen wenden, dann nicht in Erwartung von Zugeständnissen und Verhandlungsbereitschaft, sondern zur Politisierung des Verhältnisses von mannigfachen, unklaren, bewußten Bedürfnissen vieler proletarischer und sonstiger Jugendlicher und der realen Machtsituation, die gegen diese Bedürfnisse gerichtet ist. Und diese Radikalisierungserfahrung veröffentlichen wir an die Masse der Nichtbeteiligten, aber ‚eigentlich' ebenso interessierten Jugendlichen, durch die Agitation.

Das ist das eine. Das zweite folgt logisch aus dem ersten und ist die aktuelle Situation: Gerade weil solch ein reformistischer Kader in der Stadt gefehlt hat, wird er jetzt entstehen. Einziger Ausdruck des Widerstands gegen die kapitale Monostruktur dieser Stadt ist für mich neben dem ehemaligen Club voltaire die hohe Fixerquote, die Rockerscene, und evt. die steigende ‚Eigentumskriminalität' bisher gewesen.

Bleiben wir bei der ‚Jugendzentrumsbewegung:: AUF DEN FAHRENDEN Zug aufgesprungen ist die ‚Bürgerintiative Jugendhaus' eine zwar personell schwächliche Gruppierung von DKP, einem cleveren Gemeindehelfer und so; sie wird von der Presse wohlwollen als Gesprächspartner empfangen. Ebenso stellt das "Rüsselsheimer Echo" Überlegungen an, endlich einen Stadtjugendring, wie es ihn in vielen Städten gibt, zu gründen. Insofern ist die Bürgerinitiative eine gewünschte organisatorische reformistische Kraft, nicht real mächtig, aber mächtiger Ausdruck eines massenhaften, legalistischen, ängstlichen, autoritären Bewußtseins der ‚Bevölkerung'. Und Ausdruck unserer eigenen Unsicherheit.

Als wir die halbjährliche Kulturveranstaltung der DKP (floh de cologne) wegen des Profitpreises (5 Mark Eintritt) stürmten, schlug er sich voll mit dem DKP-Wächter.

Der sich eben organisierende Reformismus in der Stadt steht auf wackligen Beinen, wenn er sich politisch äußert. Insofern sind wir, zur Zeit jedenfalls, in der Offensive. Wir hängen uns weniger an reformistische Kampagnen an, um die zu radikalisieren, als vielmehr, daß wir reformistische Organisierungen verursachen oder beschleunigen. Allerdings haben wir, wie gesagt, einen ziemlichen Einfluß auf die Entwicklung dieser Organisierung. . .

Selbstverwaltung:

Wir haben eigentlich von Anfang an ein Problem gehabt, das offensichtlich so ziemlich alle Initiativgruppen beschäftigt und uns sich jetzt wieder ganz aktuelle und praktisch stellt: wie wollen wir ein Jugendzentrum ‚verwalten'? ? ? Was bedeutet die Parole „für ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung". wenn es nicht mehr eine Parole innerhalb der Kampagne für ein Jugendhaus ist, sondern wenn die Stadt Gruppen versuchen, unsere Vorstellungen über Gestaltung und Verwaltung (Unabhängigkeit von der Stadt, Plenum, Hausrat etc. Politische Arbeitsgruppen, underground- und Politfilme release, Schülerladen usw. usw.) gegenüber der Stadt durchzusetzen. Und das ist ne Machtfrage und bringt jede Menge Konflikte. Besonders wenn die Stadt ablehnt und den Laden nicht aufmacht. Oder das Haus wird tatsächlich geöffnet, und die Auseinandersetzung läuft in dem Haus weiter. – In dem Fall schlagen wir eine Art ‚Übergangsregierung' vor: die Stadt muß entweder Revolutionäre im Haus managen lassen oder uns rausschmeißen. . .

Ausgangspunkt der zweiten Position ist also: ‚die' Jugendlichen wollen und brauchen ein Jugendzentrum, vielleicht mehr als wir; es geht darum, die Öffnung und Gestaltung des Hauses möglichst schnell durchzusetzen, entsprechend den Umständen natürlich auch mit ner neuen Besetzung. Aber es gibt keine ‚befreiten Gebiete' in dieser Gesellschaft. Also auch keine befreiten Jugendzentren. Insofern ist die Selbstverwaltungsparole eine agitative Forderung, aber als reales Modell noch nicht einlösbar.

(RK und Iniativgruppe Int. Jugendhaus)

Die Räumung: Der unauffällige Herr in der Mitte hat Olympiamassakererfahrung



Spanier fordern sieben Wochen Urlaub

Opel: Betriebsversammlung mußte nach Tumulten vorzeitig abgebrochen werden

Rüsselsheimer Echo 5. April

Irrer Bericht des RK über seine Betriebsarbeit

(bri). Nach Tumulten, bei denen der Versammlungsleiter, Betriebsrat Arnold Kühlke, mehrfach vom Mikrophon weggestoßen wurde, mußte am Dienstag eine Betriebsversammlung der spanischen Arbeitnehmer bei Opel vorzeitig abgebrochen werden. Kühlke setzte der Zusammenkunft ein Ende, nachdem er keine Möglichkeit mehr sah, „für einen ordnungsgemäßen Ablauf zu sorgen". Es war nach den Informationen des RE das erste Mal, daß eine ausländische Betriebsversammlung bei Opel nicht über die vorgesehene Zeit ging.

Ein Teil der etwa 400 Spanier, die an der Betriebsversammlung teilnahmen, hielt sich nicht an die Regelung, eine Wortmeldung auf einem Zettel an den Versammlungsleiter zu geben. Diese Gruppe, die von Kühlke als eine Minderheit von etwa 15 bis 20 meist junger Personen bezeichnet wurde, brachte eine Reihe von rderungen vor, die auch in einen. Flugblatt niedergelegt worden waren.

So setzte sich die Gruppe, die nach Kühlke offensichtlich einer linken Partei nahestehe, für eine Verlängerung des Werksurlaubs von bisher fünf auf sieben Wochen ein. Wie Kühlke mitteilte, erhalten die Ausländer, also auch die Spanier, ohnehin statt der normalen drei fünf Wochen Urlaub, wobei man auf die weite Hin- und Rückreise und die damit verbundenen Schwierigkeiten Rücksicht genommen habe. „Die Geschäftsleitung kann jedoch unmöglich die Urlaubszeit auf sieben Wochen ausdehnen, wenn sie nicht die Produktion in Gefahr bringen will, weil ein beträchtlicher Teil zu einem späteren Zeitpunkt aus dem Urlaub zurückkehrt."

Eine weitere Forderung der Spanier betrifft die ärztliche Versorgung in den Opelwohnheimen, die nach ihren Wünschen rund um die Uhr gewährleistet sein müsse. Dazu erklärte Betriebsrat Kühlke, eine solche Forderung könne kaum erfüllt werden, denn selbst in der Bundesrepublik könne keine Wohngemeinschaft den ganzen Tag und die Nacht über ständig die Anwesenheit eines Arztes beanspruchen. Überdies sei Gewähr dafür gegeben, daß in akuten Notfällen über die Heimleitung sofort Abhilfe geschaffen werden könne. In diesem Zusammenhang teilte der Betriebsrat mit, daß der seither in den Opelwohnheimen seinen Dienst verrichtende spanische Arzt zur Ableistung des Wehrdienstes in die Heimat beordert worden sei. Ein türkischer Kollege, der von seiner Zeit in Südamerika her der spanischen Sprache mächtig sei, habe seine Stelle eingenommen.

Schließlich wollten die Spanier sichergestellt wissen, daß ihnen ab sofort gemäß der gesetzlichen Bestimmungen acht Quadratmeter Raum pro Person bereitgestellt werden. Arnold Kühlke: „Wie bereits bekannt ist, baut die Firma derzeit Y-Häuser, um diesen Notwendigkeiten genügen zu können."

Kühlke zeigte sich trotz der Vorkommnisse am Dienstag in seiner Beurteilung sehr zurückhaltend und verwahrte sich gegen eine pauschale Beurteilung der spanischen Sektion bei Opel. „Für mich sind die Vorfälle auf sprachliche Mißverständnisse zurückzuführen und zum Teil auch auf Erfahrungen der Spanier in ihrer Heimat und der daraus resultierenden Unerfahrenheit mit demokratischen Spielregeln. Außerdem muß ich betonen, daß eine Gruppe älterer Werksangehöriger der spanischen Gruppe sehr besonnen reagiert hat." Kühlke wies auch auf den schwierigen Stand hin, den der spanische Betriebsrat Fernandez Garcia Miguel angesichts der auch politisch gespaltenen spanischen Sektion habe.

Für die in drei Monaten folgende nächste Versammlung der Spanier will der Betriebsrat Überlegungen anstellen, damit solche Vorgänge wie am Dienstag vermieden werden können. Wie verlautet, ist eine stärkere Information in spanischer Sprache im Gespräch. Die Sprechstunden des Betriebsrats für die spanischen Kollegen haben nach den Angaben von Arnold Kühlke dazu geführt, daß bereits 500 Lohnfälle direkt geregelt werden konnten.

Seine positive Einstellung zu den allein den ausländischen Problemen vorbehaltenen Teilversammlungen hält Arnold Kühlke auch nach den Ereignissen vom Dienstag aufrecht. Die Frage, ob viele der Probleme nicht auf der Ebene von Vertrauensleuten abgeklärt werden könnten, ist nur schwer zu beantworten. Von den rund 700 Vertrauensleuten bei Opel sind nach unseren Informationen 43 ausländische Arbeitnehmer. In vielen Abteilungen, in denen die Spanier ein starkes Übergewicht haben, entschieden sie sich bei der letzten Wahl nicht für einen eigenen Landsmann, sondern für einen Deutschen.





Das Markus-Haus-Lied

Pfarrer Seidel und Genossen, kämpfen weiter unverdrossen
für die Schließung unseres Hauses, zum 1. müssen wir raus.
Refrain:
Doch der Kampf fängt gerade an, drum schließt Euch alle an.
Doch wir packen's nicht allein, drum Genossen reiht Euch ein.

Was sollen wir dagegen machen, man sagt: „Packt zum 1. Eure Sachen".
Was Ihr dann macht ist uns egal, wir haben keine andere Wahl.
Refrain: Doch der Kampf ...

Wir forderten für UNS ein Haus, doch man lachte uns nur aus.
Wir lassen uns vom EGD nicht dämpfen, wir werden unser Recht erkämpfen.
Refrain: Doch der Kampf ...

Wir werden UNSER Haus besetzen, sollen sie die Bullen hetzen.
Das macht uns überhaupt nichts aus, wir lachen alle Bonzen aus.
Refrain: Doch der Kampf ...

Wir werden nicht verlieren, weil wir uns organisieren.
Mut und Solidarität, damit es uns mal besser geht.
Refrain: Doch der Kampf ...

Das MARKUS-HAUS ist besetzt

Sozialpädagogisches Jugendheim für männliche Jugendliche

Das „Markus-Haus" in Düsseldorf-Gerresheim sollte mal ein sozialpädagogisches Jugendwohnheim für männliche Jugendliche werden. So wollten es die vom Evangelischen Gemeindedienst angestellten Sozialarbeiter. Ihre „fortschrittliche" Konzeption wurde vom Träger nicht unterstützt. Deshalb kündigte ein Teil der Sozialarbeiter. Unter dem Vorwand personeller Schwierigkeiten und der schlechten Finanzlage kündigte der Träger die Schließung des Heimes zum 31. 3. 1973 an. Wir hatten mittlerweile gelernt, was es für uns bedeuten würde, auf Heime oder Einzelzimmer verteilt zu werden. Wir hatten mittlerweile durch die Arbeit in einer Theatergruppe erfahren als wir über Heimprobleme und Lehrlingsausbildung ein Stück gemacht und es vor Sozialarbeiterschulen gespielt haben, daß uns niemand helfen kann, als wir uns selber. Am Tag der Verkündigung der Schließung des Hauses (19. 1. 1973) wurde es uns ganz klar:
Wir müssen zusammenhalten. Gemeinsam sind wir stark.
Wir wollen zusammenleben und unser Leben gemeinsam organisieren.

Deshalb gingen wir einige Tage später alle zu einer internen EGD-Besprechung (1. 2. 1973), stürmten das Büro und stellten den verdutzten Typen unsere Forderungen auf:
Wenn wir nicht bis zum 31. 3. 1973 ein Haus für unser Kollektiv von der Kirche zur Verfügung gestellt bekommen, besetzen wir das Markus-Haus.



Ohne uns auf Diskussionen einzulassen, zogen wir gemeinsam wieder ab. Am Montag, den 5. 2. 1973 um 14.00 Uhr, wo alle vernünftigen Leute arbeiten sind, hat sich die EGD anmelden wollen, um mit uns zu reden. Wir lehnten den unvernünftigen Termin ab und ließen sie am Donnerstagabend um 19.00 Uhr kommen. Da machten wir den Vertretern der EGD klar, daß wir uns nicht von Heim zu Heim rumschieben lassen wollen, unter der autoritären Führung irgendwelcher Bürokraten leben wollen, sondern ohne Sozialarbeiter, ohne Kontrolle, Bevormundung und Strafen unser Leben **selbständig** organisieren wollen. Dabei könnte der EGD sogar viel Geld sparen, da er nicht mehr die Sozialarbeiter, Küchenpersonal, Hausmeister und Verwaltungskräfte zu bezahlen braucht.

Da vor zwei Jahren ein dicker Skandal mit dem evangelischen Kinderheim „Oberlin-Haus" war, das auch geschlossen werden sollte, befürchteten sie die Reaktion der Presse, der Sozialarbeiter und die Aktivitäten der Jugendlichen. Deshalb sagten sie vorsichtig ihre Unterstützung unserer Forderungen zu, wollten von uns aber ein ausgearbeitetes Konzept über unser Wohnkollektiv. Wir aber wollten wissen, ob sie grundsätzlich bereit wären, uns überhaupt ein Haus zu geben. Konkret haben sie uns nie unterstützt. Ganz im Gegenteil: in der Presse erschienen laufend verleumderische Artikel.

Am 8. 2. 1973 war der EGD wieder bei uns, dann am 12. 2. 1973. Bei diesen Gesprächen kam nie etwas Konkretes raus. Man schlug uns vor, uns in kleine Gruppen zu spalten und dort mit Sozialarbeitern des EDG über kleine Wohngemeinschaften zu verhandeln. Das lehnten wir ab.

Am 24. 2. 1973 besuchten wir ein Konzert mit TON, STEINE, SCHERBEN in Düsseldorf und fuhren abends zusammen mit ihnen auf eine Fete. In den nächsten Tagen waren sie öfters bei uns zu Besuch und erzählten uns, was im GEORG-VON-RAUCH-HAUS passiert war.

An unser Haus malten wir die Parolen:
DAS IST UNSER HAUS
RAUS MIT DEN SOZIALPISSERN
DER MARKUS-LÖWE KÄMPFT MIT UNS

Dann kamen die Fernsehleute zu uns. Wir begannen einen Film zu drehen über unseren Kampf. Am Dienstag, 27. 2. 1973, besetzten wir die Küche und begannen für uns selber zu kochen, weil wir kein warmes Essen mehr zu Mittag bekamen und weil der Fraß uns nicht mehr schmeckte.

Am 7. 3. 1973 war der EGD zum vierten Mal bei uns. Das war ein großer Erfolg für uns, weil wir jetzt einen schriftlichen Vertrag für das Wohnkollektiv bekommen sollten.

Wir komponierten ein eigenes Lied über das Markus-Haus.

Vom 10. bis 13. 3. 1973 machten wir Dreharbeiten für „DIREKT", druckten Flugblätter, fuhren in viele Jugendwohnheime in Düsseldorf und verteilten sie dort. Dann besuchten wir die Vollversammlung der Sozialarbeiterschulen und bekamen Hilfe: Flugblattpapier, Solidaritätsadressen, Geldspenden.
WIR BRAUCHEN ABER NOCH VIEL MEHR!

Damit wir nicht durch das Gesundheitsamt gelinkt werden und weil wir ein schönes Zuhause haben wollen, machten wir Frühlingshausputz. ALLE packten mit an.

Der EGD schickte uns am 16. 3. 1973 einen Vertragsentwurf ins Haus, den wir so nicht angenommen haben. Darin sollten die Bedingungen für unser Wohnen geregelt werden. Für uns bedeutete der Vertrag die totale Aufgabe unserer ursprünglichen Forderungen. Sofort machten wir einen Alternativvertrag. Wir sagten, der EGD solle Dienstag, den 20. 3. 1973 zu uns kommen, damit wir darüber reden, doch er kam nicht.

Jetzt rührten wir wieder die Solidaritätstrommeln, fuhren zum DGB, in die Vollversammlungen und fragten andere politische Organisationen nach Geld für Sprit und Papier.

Am 22. 3. 1973 machten wir eine Pressekonferenz.

Am Sonntag, 25. 3. 1973, fand eine große Informationsveranstaltung in unserem Haus statt. Viele Leute kamen; es gab Diskussionen, Musik, Bier und viel Stimmung.

Um unsere SOLIDARITÄT weiter zu vermehren, haben wir eine Dokumentation gemacht, wo alle dran mitgearbeitet haben.
Durch unsere Aktivität haben wir Erfolg gehabt:
Vorläufig dürfen wir im Haus bleiben!

Und die Verhandlungen gehen weiter ...
MACHT ÄHNLICHE AKTIONEN, da wo Ihr seid, kämpft mit uns für die SELBSTORGANISATION aller, die in der gleichen beschissenen Lage wie wir sind.
MUT UND SOLIDARITÄT –
damit's uns allen besser geht!

Das Markushaus-Kollektiv

Schickt Solidaritätserklärungen.
Markus-Haus, 4000 Düsseldorf, Kamperweg 178
Sendet Geld auf das Konto:
Giro, Stadtsparkasse Düsseldorf
46291308 Stichwort: Markushaus



Genossen, schickt Berichte über Eure Arbeit an WIR WOLLEN ALLES. Diese Zeitung ist nicht unser privates Nachrichtenorgan.

JUGENDHAUS RÜSSELSHEIM

Eine Dokumentation über die Besetzung eines Jugendzentrums in Rüsselsheim, die Räumung durch die Bullen und was danach geschah ist inzwischen fertig. Sie kann durch Überweisung von (je) DM 3.- auf das Postscheckkonto 329887-605, K.H. Bender Sonderkonto, Frankfurt, bezogen werden. 94 Seiten Din-A-4. Kontaktadresse: J. Fischer, 6090 Rüsselsheim, Waldstr. 33.



WIR WOLLEN ALLES – AUSGABEN IN ITALIENISCHER UND GRIECHISCHER SPRACHE ---

Die Zeitung erscheint auch in diesen beiden Sprachen und kann über die Gruppen oder den Verlag bezogen werden. Genossen, bitte organisiert den Vertrieb, indem ihr sie bestellt und an Italiener und Griechen, die ihr kennt, weitergebt. DAS IST SEHR WICHTIG!

Die Zeitung kostet im Abo DM 12,00 für 12 Nummern inkl. Versandkosten. Der Aboversand wird aufgenommen, sobald der Abo-Betrag auf dem Konto der Zeitung eingegangen ist, und zwar ab der darauf folgenden Nummer. Abo rückwirkend nur, soweit noch alte Nummern vorhanden.

Sämtliche Zahlungen nur auf diese Konto:
WIR WOLLEN ALLES - Postscheckamt Nürnberg Nr. 4684-852
Presserechtlich verantwortlich:
Gisela Erler 8 München 80 Josephsburger Str, 16

nicht vergessen unterzubringen:

Druck + Verlag: Politladen Erlangen

80% der Frauen wollen eine Legalisierung der Abtreibung
Frauenärzte fallen uns in den Rücken

Die Hüter mittelalterlicher Sexualmoral formieren sich, um vom frauenfeindlichen § 218 zu retten, was zu retten ist.

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken : "Ein Staat, der dem ungeborenen Leben den umfassenden Schutz des Rechts versagt, stellt das Leben überhaupt in Frage." (FR v. 26. 3. 73)

Der ehemalige CDU-Minister Paul Lücke: "Die Fristenlösung des § 218 ist ein Ermächtigungsgesetz zum Mord am ungeborenen Leben." (FR v. 26. 3.)

In die gleiche Front stellen sich die Standesorganisationen der deutschen Frauenärzte. Die Kirche droht mit dem Finger Gottes, die Ärzteschaft wird handfester: sie droht unverhüllt mit medizinischem Boykott, falls die Fristenregelung Gesetz wird. Sie wollen sich "aus Gewissensgründen weigern, Schwangerschaftsunterbrechungen, die jeglicher Rechtfertigung entbehren (!), durchzuführen (AZ vom 23. 3.)

Diese Drohung ist eine eindeutige Erpressung. Wer Frauen gesetzlich zum Austragen zwingen will, setzt sich zynisch über die Bedingungen hinweg, unter denen Frauen Kinder gebären und großziehen müssen. Was soll das Gerede vom "Schutz des ungeborenen Lebens", wenn auf das geborene eine Gesellschaft wartet, in der

- jeden dritten Tag ein Kind zu Tode geprügelt wird,
- der amtlich verordnete Spielraum pro Kind im Freien 0,5 qm beträgt, während die Grundfläche eines Zwingers für einen mittelgroßen Hund 6 qm betragen muß (laut Erlaß des hess. Sozialministeriums Nr. 241)
- über 150 000 Kinder in Heimen und Fürsorgeerziehung sind,

Nicht wir sind Kinderfeindlich, sondern die Gesellschaft, in der wir leben. Nicht wir wollen die Abtreibung, sondern diese Verhältnisse zwingen die Frauen dazu.

Mit ihrer Stellungnahme machen sich die ärztlichen Standesorganisationen zu den ideologischen Aposteln der gesellschaftlichen Unterdrückung der Frau, von der ihre Entmündigung durch den Abtreibungsparagraphen nur ein Teil ist.

Die Behauptung, daß die Entscheidung einer Frau zum Schwangerschaftsabbruch "jeglicher Rechtfertigung entbehrt" heißt nichts anderes als: Frauen sind dumm, selbstsüchtig und sozial verantwortungslos. Dem entspricht ihre Einschränkung auf Haushalt und Familie durch Erziehung und Gesetzgebung (vergl. § 1356), die sich für die Unternehmer in der extremen Ausbeutung der Frauenarbeit in Betrieb und Büro finanziell auszahlt: weil Frauen "nur dazuverdienen", machen sie für weniger Lohn die schlechtesten Arbeiten.

Die Herrenmoral, die hinter dem Geschwätz von Schutz des Lebens steht, entlarvt sich als zweckgerichtete Doppelmoral.

- wann hat sich die Ärzteschaft je gegen die gesundheitsgefährdende Akkordarbeit von Frauen gewandt? (Akkordarbeit führt nachweislich zu Kreislaufstörungen, Bandscheibenschäden, Menstruationsstörungen usw.)
- warum haben die Ärzte nie mit Widerstand gedroht, um die Einhaltung von Mutterschutz- und Arbeitsschutzbestimmungen zu erzwingen? (Alle 10 Minuten geschieht in der Bundesrepublik ein Arbeitsunfall).
- wo bleibt die ärztliche Verantwortung bei den Werksärzten, die den Arbeiterinnen jahrelang Mittelchen verabreichen, die die Arbeitshetze erträglich machen sollen und in Wirklichkeit die Gesundheit noch mehr ruinieren?

Warum fordern wir die ersatzlose Streichung des § 218?

- Weil die Frau selbst entscheiden kann und muß, ob und wann sie ein Kind haben will.
- Weil nur die Frau selbst weiß, ob sie die Verantwortung für ein Kind übernehmen kann oder nicht. Wenn das Kind erst geboren ist, nimmt ihr niemand mehr die Verantwortung ab.
- Weil wir wissen, daß der § 218 keine Abtreibung verhindert, sondern die Frauen den Kurpfuschern in die Hände treibt. (nach offiziellen Schätzungen werden in der BRD jährlich 400 000 Abtreibungen vorgenommen. Cirka 200 Frauen sterben dabei).

Warum halten wir die Indikationslösung für unannehmbar?

Danch können die Ärzte willkürlich entscheiden, ob der Grund, den eine Frau nennt, ausreicht oder nicht. Sicher ist, daß privilegierte Frauen sich besser ausdrücken und den Arzt von ihrer Not überzeugen können als Arbeiterinnen. Die Frau ist dem Urteil der Ärzte ausgeliefert. Wieder einmal wird sie entmündigt.

Warum genügt die Fristenlösung nicht? (generelle Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs bis zum 3. Monat)

Viele Frauen stellen erst sehr spät fest, daß sie schwanger sind. Das frühe Erkennen einer SChwangerschaft setzt biologisch/medizinische Informationen voraus, die vor allem Arbeiterinnen vorenthalten werden. Außerdem versuchen Ärzte, die gegen die Freigabe der Abtreibung sind (z.B. in katholischen Gegenden und auf dem Land), den Eingriff so lange hinauszuzögern, bis die Frist überschritten ist. Oft tauchen für die Frauen auch erst im Verlauf einer SChwangerschaft schwerwiegende Gründe auf, diese abzubrechen. Ein Verbot der Abtreibung nach dem 3. Monat würde erneut viele Frauen in die Illegalität treiben.

Der Klassencharakter des § 218 bleibt bei dieser Regelung weiterhin bestehen.

Deshalb fordern wir:

- Ersatzlose Streichung des § 218.
- Entwicklung und Anwendung von humanen und schonenden Abtreibungsmethoden.
- umfassende, nicht moralisierende Aufklärung (z.B. in eigenen Frauenzentren)

Verhüten ist immer besser als Abtreiben!

Aber dieselben reaktionären Gruppen wie Ärzteschaft und Kirchen, die das Abtreibungsverbot aufrechterhalten wollen, behindern sexuelle Aufklärung und die Propagierung und freie Zugänglichkeit von Verhütungsmitteln.

Was macht die SPD?

Die Reform des § 218 war eines der vielen Reformversprechen der SPD/FDP-Koalition bei ihrem Regierungsantritt. Die großangekündigte "Verbesserung der Qualität des Lebens" hat nur zu einer Verschlechterung der realen Lebensbedingungen von Arbeitern und Angestellten geführt (6,8 % Steigerung der Lebenshaltungskosten und Steuererhöhungen bei minimalen Lohnsteigerungen).

Nachdem zuerst die Reformen gestrichen wurden, die Geld kosten und die die Profite hätten angreifen müssen (Streichung des Babyjahres, Vertagung der Steuerreform), bleibt jetzt von den anderen Versprechungen auch nicht mehr viel übrig. Die Auseinandersetzungen um den § 218 zeigen:

parlamentarische Reformvorlagen verfehlen die wirklichen Interessen der Frauen und verfälschen ihre Forderungen.

STATT SELBSTBESTIMMUNG DER FRAU NUR EINE LOCKERUNG IHRER BEVORMUNDUNG.

STATT EINER FREIGABE DER ABTREIBUNG NUR EINE FRISTENLÖSUNG (und die ist auch nicht einmal gesichert).

Weg mit § 218!

Brecht die Macht der Moralapostel: Ärzte, Kirchen, Justiz, Sonntagsredner der Parteien.



Stürzt die Gynäkologengockel von ihrem Medizinersockel!

Aktion § 218, Vera Eschkowa, 6 Frankfurt, Fichardstr. 63